Abgeordnetenhaus BERLIN

20. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

2. Sitzung

Donnerstag, 12. November 2026

Inhalt ..... Seite

Mitteilungen der Präsidentin und Geschäftliches 18

Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde 18

1 Aktuelle Stunde 18

gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Berlin gedenkt des 9. November – Erinnerung bewahren, Demokratie und Freiheit verteidigen 18

(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Elif Eralp (LINKE) 18
Stefan Evers (CDU) 20
Dr. Kristin Brinker (AfD) 22
Derya Çağlar (SPD) 25
Werner Sebastian Graf (GRÜNE) 26
Regierender Bürgermeister Kai Wegner 28

2 Fragestunde 30

gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Abfrage von Kürzungsmöglichkeiten bei Kultureinrichtungen durch den Senat 30

Tobias Schulze (LINKE) 30
Senator Stefan Evers 30
Tobias Schulze (LINKE) 31
Senator Stefan Evers 31
André Schulze (GRÜNE) 32
Bürgermeister Stefan Evers 32

Wirkung einer Vergesellschaftung auf die Möglichkeit zur Kreditaufnahme 33

Olaf Schenk (CDU) 33
Bürgermeister Stefan Evers 33
Olaf Schenk (CDU) 33
Bürgermeister Stefan Evers 33
Jan-Philip Streeck (AfD) 34
Bürgermeister Stefan Evers 34

Ersetzung der Einheitsflagge durch eine Palästinafahne durch einen Aktivisten 35

Martin Kohler (AfD) 35
Senatorin Iris Spranger 35
Martin Kohler (AfD) 35
Senatorin Iris Spranger 35
Hendrik Pauli (AfD) 36
Senatorin Iris Spranger 36

Zurückstellung von Baumfällungen 36

Antje Kapek (GRÜNE) 36
Senatorin Ute Bonde 36
Antje Kapek (GRÜNE) 36
Senatorin Ute Bonde 36
Pascal Grothe (GRÜNE) 37
Senatorin Ute Bonde 37

Veröffentlichung der Evaluation des Winterdienstes 37

Mathias Schulz (SPD) 37
Senatorin Ute Bonde 37
Mathias Schulz (SPD) 37
Senatorin Ute Bonde 37
Antje Kapek (GRÜNE) 38
Senatorin Ute Bonde 38

Sicherheitslage in der Weihnachtsmarktsaison 38

Marc Vallendar (AfD) 38
Senatorin Iris Spranger 38
Marc Vallendar (AfD) 39
Senatorin Iris Spranger 39
Martin Kohler (AfD) 39

Senatorin Iris Spranger 39

Steigende Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten 39

Carsten Ubbelohde (AfD) 39
Senatorin Cansel Kiziltepe 39
Carsten Ubbelohde (AfD) 40
Senatorin Cansel Kiziltepe 40
Daniela Ehlers (GRÜNE) 40
Senatorin Cansel Kiziltepe 40

Medizinische Versorgung von trans Personen in Berlin 40

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE) 40
Senatorin Dr. Ina Czyborra 40
Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE) 41
Senatorin Dr. Ina Czyborra 41
Charlotte Steinmetz (GRÜNE) 41
Senatorin Iris Spranger 41

Bezeichnung der Polizei Berlin als „krimineller Clan“ aus dem Umfeld von Parteien 41

Roman Simon (CDU) 41
Senatorin Iris Spranger 41
Roman Simon (CDU) 42
Senatorin Iris Spranger 42
Christopher Förster (CDU) 42
Senatorin Iris Spranger 42

Beurteilung der jüngsten Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes durch den Senat 43

Christian Zander (CDU) 43
Senatorin Iris Spranger 43
Christian Zander (CDU) 43
Senatorin Iris Spranger 43
Christopher Förster (CDU) 44
Senatorin Iris Spranger 44

3 Prioritäten 44

gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

3.1 Priorität der Fraktion Die Linke (keine Anmeldung) 44

3.2 Priorität der Fraktion der CDU (keine Anmeldung) 44

3.3 Priorität der AfD-Fraktion 44

4 Gesetz zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2027 44

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0016

Erste Lesung

Rolf Wiedenhaupt (AfD) 44
Heiko Melzer (CDU) 45
Rolf Wiedenhaupt (AfD) 46
Heiko Melzer (CDU) 47
Niklas Schrader (LINKE) 47
Marcel Hopp (SPD) 48
Dr. Kristin Brinker (AfD) 49
Marcel Hopp (SPD) 50

Persönliche Bemerkung nach § 65 GO 51

Robert Eschricht (AfD) 51

Sebastian Walter (GRÜNE) 51

Ergebnis 52

3.4 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (keine Anmeldung) 52

3.5 Priorität der Fraktion der SPD (keine Anmeldung) 52

6 Bezahlbare Spritpreise sicherstellen – Steuern auf Kraftstoffe dauerhaft senken 52

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0012

Frank-Christian Hansel (AfD) 53
Lucas Schaal (CDU) 54
Dr. Julia Behrens (LINKE) 54

Ergebnis 55

9 Das Recht aller Schüler auf bestmögliche Förderung verwirklichen – Elite-Schulen in Berlin einrichten und Hochbegabtenförderung systematisch stärken 55

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0015

Tommy Tabor (AfD) 55
Sandra Khalatbari (CDU) 56
Dr. Maja Lasić (SPD) 57
Tommy Tabor (AfD) 58
Dr. Maja Lasić (SPD) 58

Ergebnis 59

Anlage
Konsensliste

5 Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen 60

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß § 32 Abs. 5 Satz 2 GO Abghs
Drucksache 20/0017

Ergebnis 60

7 Unterstützung für Alleinerziehende: Flexible Kinderbetreuung berlinweit bedarfsgerecht sicherstellen 60

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0013

Ergebnis 60

8 Kurzzeitwohnen für versorgungsintensive junge Menschen ermöglichen – das „einePause-Haus“ verwirklichen 60

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0014

Ergebnis 60

Präsidentin Hendrikje Klein eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Medienvertreterinnen und Medienvertreter sehr herzlich.

Dem Kollegen Graf von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darf ich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. Alles Gute!

[Allgemeiner Beifall]

Als Geschäftliches habe ich Folgendes mitzuteilen: Am Montag sind folgende fünf Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde eingegangen:

- Antrag der Fraktion Die Linke zum Thema: „Berlin gedenkt des 9. November – Erinnerung bewahren, Demokratie und Freiheit verteidigen“
- Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Schwarz-Rot-Gold statt Extremismus! Verfassung schützen, Zusammenhalt verteidigen“
- Antrag der AfD-Fraktion zum Thema: „88 Jahre nach der NS-Pogromnacht – Bald institutionalisierter Antisemitismus im Berliner Senat?“
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema: „Berlin gedenkt des 9. November – Erinnerung bewahren, Demokratie und Freiheit verteidigen“
- Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Berlin gedenkt des 9. November – Erinnerung bewahren, Demokratie und Freiheit verteidigen“

Die Fraktionen haben sich auf das Thema der Fraktion Die Linke verständigt. Somit werde ich gleich dieses Thema für die Aktuelle Stunde unter dem Tagesordnungspunkt 1 aufrufen. Die anderen Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde haben damit ihre Erledigung gefunden.

Für die heutige Sitzung liegen keine Dringlichkeiten und dementsprechend keine Dringlichkeitsliste vor. Unsere heutige Tagesordnung ist damit angenommen.

Dann darf ich auf die Ihnen zur Verfügung gestellte Konsensliste hinweisen – und stelle fest, dass dazu kein Widerspruch erfolgt. Die Konsensliste ist damit ebenfalls angenommen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Drucksache 19/2681, das ist die Vorlage – zur Beschlussfassung – „Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für das Haushaltsjahr 2024“, als Drucksache der 20. Wahlperiode zu übernehmen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann wird die Vorlage als Drucksache 20/0019 übernommen. Vorgesehen ist eine Überweisung an den Hauptausschuss. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich darf Ihnen noch die Entschuldigungen des Senats mitteilen: Frau Senatorin Giffey nimmt heute an der Energieministerkonferenz teil.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1:

Aktuelle Stunde

gemäß § 52 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Berlin gedenkt des 9. November – Erinnerung bewahren, Demokratie und Freiheit verteidigen

(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Für die Besprechung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung. In der Runde der Fraktionen beginnt die Fraktion Die Linke, und ich bitte Frau Eralp nach vorne. – Bitte schön!

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Charlotte Steinmetz (GRÜNE)]

Elif Eralp (LINKE):

Sehr geehrte Präsidentin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Der 9. November ist ein wichtiges Datum in der deutschen Geschichte und auch gerade in der Geschichte unserer Stadt. Als Erstes denke ich an die Reichspogromnacht, in der Synagogen brannten, jüdische Geschäfte geplündert, Menschen misshandelt, ermordet und vor den Augen der Nachbarn rund 30 000 Juden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt wurden, auch hier in Berlin.

Die Novemberpogrome markierten eine entscheidende Eskalation der antisemitischen Verfolgung und einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Shoah. Es folgte das größte von deutschem Boden aus geplante und durchgeführte Menschheitsverbrechen, der Holocaust, bei dem über sechs Millionen Jüdinnen und Juden, eine halbe Million Roma und Sinti sowie viele Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Oppositionelle, Arbeiterinnen und Arbeiter, Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten und viele mehr ermordet wurden.

Auch nach 1945 wurde der 9. November für rechtsextreme Übergriffe genutzt, es kam aber auch zu antisemitischen Übergriffen an vielen anderen Tagen im Jahr wie dem Anschlag in Halle oder auf die Synagoge hier in der Brunnenstraße. Auch heute, inmitten unserer Stadt, haben jüdische Menschen wieder Angst, ihr Jüdischsein sichtbar zu zeigen. Es kommt zu Anfeindungen, Übergriffen und Beschimpfungen von verschiedenen Seiten,

[Carsten Ubbelohde (AfD): Da haben Sie großen Anteil dran! – Zuruf von Alexander Bertram (AfD)]

vermehrt seit dem Hamasmassaker vom 7. Oktober.

Antisemitismus findet sich leider in allen gesellschaftlichen und politischen Milieus, auch wenn die aktuelle Mitte-Studie den Schwerpunkt klar rechts verortet. Wir müssen immer konsequent dagegen vorgehen, egal, von wo er kommt.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und der SPD – Beifall von Cornelia Seibeld (CDU), Dr. Kristin Brinker (AfD) und Rolf Wiedenhaupt (AfD)]

Selbstverständlich nehme ich ernst, wenn jüdische Menschen auch in Hinblick auf bestimmte Vorgänge in meiner Partei Sorgen äußern, und kümmere mich. Kritische Selbstreflexion ist eine demokratische Tugend, und auch ich stelle mich dieser ständig und rate das auch allen anderen.

[Zuruf von der AfD]

Mein Schutzversprechen für jüdisches Leben gilt, und ich möchte den vorgestellten Fünf-Punkte-Plan mit Leben füllen. Es braucht mehr Aufklärung, Prävention und Schutz, aber auch die Sichtbarmachung und Förderung jüdischen Lebens, der Religion und Kultur in all ihrer Vielfalt. Ich bin den jüdischen Gemeinden in unserer Stadt und den vielen engagierten Menschen sehr dankbar, dass sie diese Sichtbarkeit jeden Tag schaffen.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und der SPD – Alexander Bertram (AfD): Das können Sie Ihrem Bezirksverband in Neukölln sagen! – Zuruf von der AfD: Unglaubwürdig!]

Unsere Zeit wird in Anbetracht der Zustimmung zu einer faschistischen Partei oft mit der Weimarer Republik verglichen. Ich bin aber überzeugt davon, dass es heute eine große Mehrheit in Deutschland und Berlin gibt, die nicht bereit ist, wegzusehen, und es muss darum gehen, die vielen Menschen in unserer Stadt, die sich tagtäglich gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus engagieren, noch stärker zu unterstützen.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und der SPD]

Auch sehr viele Menschen in der Linken engagieren sich tagtäglich dafür. Deswegen finde ich es absolut inakzeptabel, wenn die CDU-Bundestagspräsidentin Klöckner mit Blick auf eine Regierungsbeteiligung der Linken in Berlin meint, das „Nie wieder“ werde zur Farce.

[Rolf Wiedenhaupt (AfD): Recht hat sie! – Zurufe von der AfD: Sie hat recht!]

Das ist ein absoluter Tiefpunkt in der Debatte, und ich möchte daran erinnern, dass der Ausspruch „Nie wieder“ aus dem Schwur der Überlebenden des KZs Buchenwald stammt, darunter den vielen jüdischen Menschen, auch Sozialdemokraten, Sozialisten

[Zuruf von der CDU]

und Kommunisten, die wegen ihres Widerstands gegen den Hitler-Faschismus interniert wurden.

Um auf die kritische Selbstreflexion zurückzukommen, gehört dazu, finde ich, auch, dass die CDU auch ihre eigene Rolle hinterfragt,

[Heiko Melzer (CDU): Schauen Sie mal in Ihre eigene Fraktion!]

zum Beispiel, wenn es um den Tabubruch im letzten Jahr geht, als sie mit der AfD einen migrationsfeindlichen Antrag durch den Bundestag brachte,

[Zurufe von der AfD: Haltung nennt man das! – Das war doch ein CDU-Antrag! – Zurufe von der CDU]

oder um die Merz-Äußerung zum Stadtbild, die viele Menschen mit Migrationsgeschichte gedemütigt hat, oder aber auch darum, dass offenbar auch CDU-Abgeordnete für einen Landtagspräsidenten einer faschistischen Partei gestimmt haben, und was das heißen könnte für die Ministerpräsidentenwahl in Sachsen-Anhalt.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und der SPD – Jan-Philip Streeck (AfD): Mein Gott ey! – Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!]

Ich vermute, dass auch hier gleich von der rechten Seite des Parlaments etliche Anwürfe gegen mich und meine Partei kommen werden.

[Zuruf von der AfD: Zu Recht!]

Die Berlinerinnen und Berliner nehmen aber meine klare Haltung wahr und haben einen differenzierten Blick. Bei den Gedenkveranstaltungen am Montag haben mir viele Menschen ihre Solidarität ausgesprochen und mich ermutigt weiterzumachen, denn sie verbinden mit mir und mit uns die Hoffnung auf ein besseres und gerechteres Berlin, und genau deswegen mache ich weiter.

[Beifall bei der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD]

Wo ich über Hoffnung spreche, möchte ich zum 9. November 1989 kommen, dem Tag des Mauerfalls, der durch die Friedliche Revolution in der DDR und viele mutigen Menschen – gerade auch Ostberlinerinnen und Ostberliner – schlussendlich wahr wurde.

[Zurufe von Tommy Tabor (AfD) und Marc Vallendar (AfD)]

Die Mauer, die Tod, Leid und Unfreiheit über so viele Menschen gebracht hatte, war endlich weg.

[Carsten Ubbelohde (AfD): „Nie wieder ist jetzt!“ – Weitere Zurufe von der AfD]

Auch bei dem Gedenken an der Bernauer Straße ging es um diesen Mut und um Hoffnung. Die Mitbegründerin des Demokratischen Aufbruchs, Hildigund Neubert, sprach von den Protesten der Schülerinnen und Schüler und dass es ihr Hoffnung macht, wenn junge Menschen für ihre Zukunft auf die Straße gehen. Auch die Schülerinnen und Schüler selbst sprachen beim Gedenken davon, dass Hoffnung der Mut sei, an eine Zukunft zu glauben, die noch nicht existiert, und dort wachse, wo Menschen einander zuhören und füreinander Verantwortung übernehmen. Ich finde das sehr weise, und wir sollten uns das alle zu Herzen nehmen.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich finde, es sollte uns auch zu denken geben, wenn junge Menschen Angst um ihre Zukunft haben – Sorgen wegen des Rechtsrucks und des Klimawandels,

[Zurufe von der AfD]

aber auch wegen mangelnder Bildungschancen, hoher Mieten, sozialer Einschnitte oder auch vor der Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Ich möchte auch sagen, dass ich hier heute für Die Linke spreche, wäre nicht denkbar, wenn meine Partei und ihre Vorgänger sich ihrer Verantwortung nicht gestellt und mit dem Stalinismus gebrochen hätten.

[Dr. Kristin Brinker (AfD): Ach? – Zuruf von Robert Eschricht (AfD)]

Ich weiß aus der Erfahrung meiner eigenen Familie, was Unfreiheit und die Verfolgung politisch Andersdenkender bedeuten. Deswegen ist mir unser Engagement als Linke für Demokratie, gegen alle Mauern und Abschottungen, für die Menschenrechte, für die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit so wichtig.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – Beifall von Lars Düsterhöft (SPD) und Orkan Özdemir (SPD)]

An dieser Stelle möchte ich auch einen weiteren 9. November erwähnen, der ebenfalls untrennbar mit der Geschichte der Demokratie in Deutschland verbunden ist. 1918 wurde in unserer Stadt nach den Schrecken des Ersten Weltkrieges die Republik ausgerufen. Die Novemberrevolution führte zum Sturz der Monarchie und zur Umwandlung in eine Demokratie, und es entstand die Weimarer Republik. Frauen und Arbeiterinnen und Arbeiter erkämpften sich das Recht zu wählen und den Achtstundentag. Die Geschichte der Weimarer Republik lehrt uns, dass demokratische Kräfte einander niemals unversöhnlich gegenüberstehen dürfen

[Robert Eschricht (AfD): Kommunisten!]

und dass das Versprechen auf politische Freiheit durch soziale Sicherheit und Teilhabe geschützt werden muss. Unser Grundgesetz vereint all diese Lehren. Es ist ein antifaschistisches Manifest, das die Unantastbarkeit der Menschenwürde

[Frank-Christian Hansel (AfD): Antitotalitär! Das ist ein Unterschied! – Weiterer Zuruf von der AfD: Antitotalitär!]

in den Mittelpunkt stellt, das Grund- und Freiheitsrechte und auch soziale Errungenschaften absichert. Diese Werte zu verteidigen ist unser aller Aufgabe – gemeinsam.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Auch deswegen ist es notwendig, dass wir den Kampf für Freiheit und soziale Sicherheit ebenso zusammendenken wie den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus sowie gegen jede andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

[Alexander Bertram (AfD): Wo ist denn Frau Emde heute?]

Deswegen haben wir gemeinsam mit Grünen und SPD in unserer Sondierungsvereinbarung auch die Aufnahme dessen als Staatsziel in der Berliner Verfassung vereinbart. – Ich hoffe, dass wir als demokratische Parteien hier zusammenkommen.

[Zuruf von der AfD: Linksfront!]

Ich hoffe, dass wir es gemeinsam schaffen, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden und wieder zusammenzuführen,

[Zuruf von der AfD: Was soll das?]

damit alle Menschen in unserer Stadt – egal, woher sie kommen, egal, an was sie glauben, egal,

[Frank-Christian Hansel (AfD): – wen sie wählen!]

welche Identität sie haben – ein gutes und sicheres Leben in Würde haben können. – Danke!

[Anhaltender Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Als Nächstes spricht für die CDU-Fraktion Herr Evers. – Bitte schön!

Stefan Evers (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! – Ich sehe Frank Ebert, unseren Aufarbeitungsbeauftragten. Ich sehe Karsten Dreinhöfer, den Vorsitzenden der margot friedländer stiftung. Ich sehe eine Vertreterin des World Jewish Congress – herzlich willkommen, liebe Bella! – Ich sehe eine Vertretung der israelischen Botschaft. Ich sehe Menschen versammelt, denen es ein Anliegen ist, hier und heute mit

uns des 9. November zu gedenken. Herzlich willkommen im Abgeordnetenhaus!

[Allgemeiner Beifall]

Meine Damen und Herren! Eine Gesellschaft, eine Stadt wie unsere, zeigt ihr Gesicht womöglich vor allem dann, wenn und indem sie etwas geschehen lässt, auch dann, wenn ein Mensch auf offener Straße gedemütigt wird, wenn Nachbarn bedroht werden, wenn einer den Mut aufbringt, den viele andere vermissen lassen. Wer steht auf, wenn es leichter wäre, sitzen zu bleiben? – Kaum ein Tag unserer Geschichte stellt diese Frage eindringlicher und unerbittlicher als der 9. November. Für meine Generation war der 9. November vor allem Tag des Mauerfalls, und wir alle erinnern uns an die Bilder der Freude und Freiheit. Wir erinnern uns an die Menschen, die die Mauer friedlich zu Fall gebracht hatten, die die deutsche Teilung überwunden hatten, die sich in dieser Nacht 1989 in den Armen lagen und das Gefühl ausstrahlten, zusammenzugehören. Sie taten dies, während die deutsche Flagge, während Schwarz-Rot-Gold über ihnen wehte. Das sind Bilder, die bis heute nahegehen, Bilder, die auch mir bis heute Gänsehaut bereiten.

[Beifall bei der CDU]

Am vergangenen Sonntag, am Vorabend eines 9. November, wurde am Reichstag die Fahne der Einheit heruntergerissen. Sie wurde zu Boden geworfen und an ihrer Stelle wurde eine palästinensische Fahne gehisst – das Bild des 9. November 2026, ein Bild der Schande,

[Beifall bei der CDU und der AfD]

ein Akt der Verachtung für die Freiheit, für die Schwarz-Rot-Gold steht, ein Akt der Verachtung für Einigkeit, Recht und Freiheit, für ein Symbol, das für die Überwindung von Unfreiheit, für die Friedliche Revolution und für die Einheit unseres Landes steht.

[Zuruf von der AfD: Da klatschen manche nicht mit!]

Dabei sollte dieser 9. November uns alle genau daran erinnern, wie kostbar und verletzlich unsere Freiheit ist. Denn der Tag erzählt nicht nur vom 9. November 1989, als Menschen ihre Freiheit zurückgewonnen haben, er erzählt eben auch davon, wie Menschen ihrer Freiheit, ihrer Rechte und ihres Lebens beraubt wurden. 1989 fiel in Berlin eine Mauer, Menschen lagen sich vor Freude in den Armen. 1938 brannten in Berlin die Synagogen, jüdische Geschäfte wurden verwüstet, Menschen aus ihren Häusern gezerrt.

Wer Schutz suchte, musste erleben, dass der Staat selbst zum Verfolger geworden war. In jener Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 ging auch hier in Berlin ein Fernschreiben an die Staatspolizeistellen. Darin stand, unter welchen Bedingungen eine Synagoge brennen durfte. Die Häuser daneben sollten vor dem Feuer geschützt werden. Man muss sich das vorstellen: Auf der einen Seite sollten Häuser geschützt sein, dort galt der Schutz des Staates. Auf der anderen Seite standen Gotteshäuser in Flammen. – Genau das war gewollt.

Heute werden in der Fasanenstraße am 9. November jedes Jahr die Namen von 55 696 ermordeten Berliner Jüdinnen und Juden verlesen. Wir hören einen Namen nach dem anderen. Jeder Name steht für ein Schicksal, jeder Name wurde einmal gerufen, gerufen zum Essen, Kinder wurden bei diesem Namen gerufen, hinter diesen Namen stehen Schicksale.

Gleichzeitig erleben wir heute, wie eine völkische Rechte diese Erinnerung aus dem öffentlichen Leben zurückdrängen will. Ihre Abgeordneten verhöhnen das Gedenken an den Holocaust als – ich zitiere – „Schuldkult“. Sie fordern einen „Schlussstrich“ und geben das als Patriotismus aus. – Ich frage Sie: Was soll das für eine Liebe zum eigenen Land sein, die vor der Wahrheit über das eigene Land zurückschreckt? Die Schuld an den Verbrechen tragen die Täter, aber unsere Verantwortung beginnt damit, dass wir die Wahrheit über Verbrechen weitergeben und dass wir die Namen der Ermordeten aussprechen. Wer das „Schuldkult“ nennt, der verhöhnt die Opfer und verhöhnt auch die Grundlagen unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung.

[Beifall bei der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der SPD –
Zuruf von der AfD: Quatsch!]

Heute können wir miteinander stolz sein. Wir können auf das stolz sein, was aus Deutschland seit 1945 geworden ist – auf eine Demokratie, die auf Trümmern der Diktatur errichtet wurde, auf eine Gesellschaft, die Freiheit und Menschenwürde zu ihren wichtigsten, höchsten Gütern erklärt hat. Das ist nicht trotz unserer Erinnerungskultur entstanden, das ist ganz untrennbar mit ihr verbunden.

Ich will aber an jemanden erinnern, wenn wir über Erinnerung sprechen, der in jener Nacht vom 9. zum 10. November hier in Berlin gezeigt hat, worauf es ankommt; ein Name, der auch vergessen ist, ein Name, der belanglos klingt: Wilhelm Krützfeld, ein Berliner Polizeibeamter, der in dieser Nacht die Haltung, das Rückgrat zeigte, das viele andere vermissen ließen. Er war es, der die Neue Synagoge in der Oranienburger Straße davor bewahrte, bis auf die Grundmauern niederzubrennen. Was tat er? – Christian Gaebler wird es wissen: Er berief sich auf den Denkmalschutz und rief die Feuerwehr und sorgte dafür, dass die von den Nationalsozialisten gelegten Brände gelöscht wurden; ausgerechnet auf den Denkmalschutz, aber dieser versetzte ihn in die Lage, aus seinem Amt, aus seinen ganz bescheidenen Möglichkeiten heraus zu zeigen, worauf es ankommt: Recht von Unrecht zu unterscheiden und in diesem Fall das Feuer in einem Gotteshaus zu verhindern. Es kommt darauf an, dass man aufsteht, wenn es darauf ankommt.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN, der AfD,
den GRÜNEN und der SPD]

Die Shoah steht in ihrer historischen Dimension für sich, aber der Mut dieses einen Mannes, dieses Polizisten, stellt uns alle vor die Frage, die in jede Zeit gehört, in jede Zeit, auch in unsere: Was tun wir mit der Verantwortung in dem Augenblick, in dem es darauf ankommt? – Ich erinnere daran: Als die Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel einfiel, massenhaft mordete, Menschen als Geiseln verschleppte, da wurden auf der Neuköllner Sonnenallee Süßigkeiten verteilt. Es gab Menschen, die das als legitimen Akt des Widerstands bezeichneten, und Menschen, auch in Parteien und Fraktionen dieses Hauses, haben bis heute Schwierigkeiten, das klar und deutlich als das zu benennen, was es ist: hasserfüllter Terror.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und der SPD]

Wenige Monate später wurde der jüdische Student Lahav Shapira in Berlin, in unserer Stadt, zusammengeschlagen, schwer verletzt. Im Februar 2025 wurde ein Mann am Denkmal für die ermordeten Juden Europas antisemitisch angegriffen, lebensgefährlich verletzt. 2025 konnte nur mit Mühe und dank des Verfassungsschutzes, den einige in diesem Haus gerne abschaffen würden, ein Massaker an Jüdinnen und Juden hier in unserer Mitte, hier in Berlin verhindert werden. Im letzten Jahr hat RIAS allein 2 197 antisemitische Vorfälle dokumentiert – die Zahl ist seit dem 7. Oktober 2023 explodiert –, durchschnittlich sechs pro Tag. Jeder einzelne Vorfall ist eine Mahnung an uns, ist ein Auftrag an uns. Ich will, dass jedes Kind in Berlin ohne Angst zur Schule gehen kann. Ich will, dass Eltern sich darauf verlassen können, dass diese Stadt ihr Zuhause ist, dass jüdisches Leben seinen Platz hat und behält in diesem und in unserem Berlin.

Was wir seit Wochen in diesem politischen Berlin erleben, das macht mich fassungslos. Da wird stundenlang verhandelt, wie sich mögliche Regierungspartner zu Judenfeindlichkeit und Organisierter Kriminalität verhalten wollen, als wären das Fragen, bei denen es unterschiedliche demokratische Auffassungen geben kann. Das ist nicht so; dazu gibt es nur eine legitime Auffassung. Erklärungen werden unterschrieben, anschließend infrage gestellt, antisemitische Äußerungen und Relativierung des Terrors gegen Israel sorgen für Empörung. Konsequenzen werden angekündigt, Beratungen folgen. Entscheidungen werden ein ums andere Mal vertagt, und vielleicht soll irgendwann eine einzelne Personalentscheidung ein Problem lösen, das weit über eine Personalie hinausreicht.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Antisemitismus verschwindet nicht dadurch, dass man ihn in Vereinbarungen verurteilt. Er verschwindet dadurch, dass man Konsequenzen zieht. Es geht nicht um einzelne unbedachte Äußerungen, es geht um immer wiederkehrende Grenzüberschreitungen. Es geht um strukturellen Antisemitismus, es geht um den Umgang damit und um die Frage, welche Maßstäbe für jeden einzelnen von uns gelten. Das Existenzrecht Israels kann niemals zur Verhandlung stehen. Die Sicherheit Israels ist und bleibt deutsche Staatsräson. Der Schutz jüdischen Lebens ist keine Zugabe, auf die man sich nach langen Verhandlungen vielleicht verständigt; er ist eine Verpflichtung, die sich gerade aus diesem 9. November für uns alle ergibt.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Wer politische Verantwortung übernehmen will, der muss darauf eine überzeugende Antwort geben, nicht mit Worten, sondern mit Taten, mit Entscheidungen. Er muss sprechen, er muss widersprechen, wenn andere schweigen. Er muss aufstehen, wenn es leichter wäre, sitzen zu bleiben. Er muss Konsequenzen ziehen, auch dann, wenn diese Konsequenzen politische Mehrheiten gefährden. Darum geht es. Das ist die wichtigste Frage, die uns der 9. November stellt: nicht, was wir im Rückblick über den Mut anderer denken, sondern welchen Mut wir selber aufbringen, wenn es darauf ankommt. Haltung beweist sich nicht dort, wo es Beifall gibt, sondern dort, wo Haltung Konsequenzen hat. Nie wieder! –, sagen wir im Gedenken an die Toten. Halten müssen wir dieses Versprechen an den Lebenden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die AfD-Fraktion spricht Frau Dr. Brinker.

[Zuruf von der CDU: Interessant, wer nichts sagt!]

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der 9. November ist ein Schicksalstag für unser Land; ein Tag der Trauer, aber auch ein Tag der Freude, je nachdem, in welches Jahr, in welche Zeit man zurückblickt. Der 9. November 1938 bleibt als Zivilisationsbruch unauslöschlich im kollektiven Gedächtnis unserer Nation. Juden wurden verhaftet, deportiert und ermordet, weil sie Juden waren. Das Naziregime brach mit allen Regeln menschlicher Zivilisation und schrieb so das dunkelste Kapitel unserer deutschen Geschichte. Das dürfen wir niemals vergessen, und deshalb sind Gedenktage wie der 9. November so wichtig.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Kurt Wansner (CDU) –
Zuruf von Orkan Özdemir (SPD)]

Am 16. November 2023, also vor drei Jahren, fand hier im Abgeordnetenhaus eine Gedenkstunde anlässlich des 85. Jahrestags der Novemberpogrome statt. Prof. Michael

Wolffsohn war zu Gast und hielt eine eindrucksvolle, ehrliche, sehr persönliche und deutliche Rede. Er nahm vor drei Jahren vorweg, was schneller Realität in Berlin geworden ist, als viele von uns geglaubt haben. Unter dem Eindruck der Ereignisse vom 7. Oktober in Israel, also des folgenschwersten Massakers an Juden seit dem Holocaust, beschwor Wolfssohn den Wankelmut deutscher Politik. Er sprach über den hausgemachten und den importierten Antisemitismus

[Beifall bei der AfD]

und erklärte, dass die Schonzeit für Juden definitiv vorbei sei. Und Wolfssohn stellte eine entscheidende Frage: Kann der deutsche Staat Juden schützen, und nicht nur Juden, sondern alle Bürger in Deutschland? – Diese Frage lässt sich heute erweitern: Kann eine designierte Bürgermeisterin alle Berliner schützen, wenn sie selbst Angst vor ihren eigenen Unterstützern aus dem Spektrum der Hamassympathisanten hat?

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Nein!]

Und wenn sie diese Ängste bis heute nicht erklären kann oder will, wie will sie die Bürger unserer Stadt, wie will sie unsere Demokratie schützen, wenn ihre eigenen Leute unsere Demokratie schamlos für den Terror gegen Juden missbrauchen?

[Beifall bei der AfD]

Wir erleben heute einen Antisemitismus in einem Ausmaß, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht mehr kannten. Juden können sich nicht mehr erkennbar frei ohne Angst in Berlin bewegen, egal ob in den Straßen der Stadt oder den Universitäten. Mehr als 80 Jahre nach dem Ende der Shoah müssen sich Juden in Deutschland wieder fürchten.

[Zuruf von der SPD: Auch wegen der AfD!]

Sie verzichten in der Öffentlichkeit auf das Tragen des Davidsterns, manche sprechen sogar kein Hebräisch mehr. Immer mehr überlegen, unsere Stadt, unser Land zu verlassen. Dieser Befund ist umso schlimmer, da wir uns selbst sehenden Auges in diese Lage gebracht haben.

Ende August 2026 singt auf einer Wahlkampfbühne der Linken in Neukölln ein Rapper „Yallah, yallah, Intifada“ und „Death to the IDF“. Anwesende Linke-Politiker griffen offenbar nicht ein. Am Wahlabend feierte dieselbe Neuköllner Linke ihren Sieg, mittendrin: Clanchef Issa Remmo; ungeladen, sagt die Linke. Remmo sagt der Berliner Morgenpost, er fühle sich erstmals von einer Partei unterstützt. Dazu kommen Kontakte der Linken zu Personen, die der Terrororganisation Hamas nahestehen. Die meisten Berliner hören in diesem Zusammenhang den Namen Ibrahim Ibrahim zum ersten Mal. Vielen Berlinern, vielen Juden macht das Angst; Angst davor, wer demnächst tatsächlich im Roten Rathaus sitzt und die Geschicke unserer Stadt lenkt. Sind das wirklich Leute, die Erinnerung bewahren, Demokratie und Freiheit schützen wollen,

[Zuruf von der LINKEN: Ja!]

oder sind das Leute, die aus Angst vor Judenhassern und Clankriminellen mit den Grundwerten unserer Gesellschaftsordnung brechen und unser aller Freiheit aufs Spiel setzen? Allein die aktuellen wochenlangen Debatten um Koalitionsverhandlungen mit einer Partei, die es nicht schafft, sich klar und deutlich in der Antisemitismusfrage zu verhalten, sondern laviert, in Gremien verschiebt, auf Zeit spielt, sind ein Armutszeugnis sondergleichen.

[Beifall bei der AfD]

Die Partei der Antisemiten, Spalter und Hetzer wird dabei flankiert von SPD und Grünen, die jegliche politische Glaubwürdigkeit verloren haben. Es ist skandalös, wie sich Grüne und SPD als Wahlverlierer um jeden Preis an die Macht klammern – zulasten jüdischen Lebens in unserer Stadt.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Danke! –
Zurufe von den GRÜNEN und der SPD]

Alle sollten sich endlich die Frage stellen: Was sind denn Worte wie „Nie wieder ist jetzt“ noch wert? Merken Sie immer noch nicht, wie sehr Sie, die sich so gerne als Parteien der Mitte bezeichnen, dem Antisemitismus hier in unserem Land den roten Teppich ausrollen?

Wie menschenverachtend linke Politik sein kann, haben all diejenigen am eigenen Leib erfahren, die 41 Jahre unter der DDR-Diktatur gelitten haben. Dass der 9. November 1989 ein Freudentag sondergleichen werden würde, hatte lange Zeit niemand kommen sehen. Die Mauer, so schien es, stand felsenfest. Kein Mensch durfte ohne Genehmigung passieren. Die Mauer wurde von der SED errichtet. Sie trug den pathetischen Namen „antifaschistischer Schutzwall“; angeblich wollte man ja die Bürger der DDR vor den Einflüssen der Faschisten aus dem Westen schützen, so zumindest die Erzählung. Die Wahrheit war aber eine ganz andere: Man baute die Mauer, um die eigenen Bürger dahinter einzusperren. Niemand sollte sich in den freien Westen absetzen können, und wer es doch wagte, auf den ließ die DDR-Führung schießen. Auch das ist einmalig in der deutschen Geschichte: eine Regierung, die den Schießbefehl auf die eigenen Bürger erließ. Die Mauer war kein Schutzwall, sie war ein Todesstreifen, und verantwortlich für die Toten und die menschenverachtende Politik war die SED.

[Beifall bei der AfD]

Seit 1989 hat sich genau diese SED viermal umbenannt, zuletzt 2007 in Die Linke. Rechtlich sind Sie heute immer noch dieselbe Partei – die Partei, die auf das eigene Volk schießen ließ und es jahrzehntelang unterjocht hat. Ihre Partei ist verantwortlich für Tod und Terror an der Grenze, an der Mauer.

[Beifall bei der AfD]

Sie ist nicht nur verantwortlich für Tod und Terror, für zerrissene Familien, sondern auch für massenhaft rechtswidrige Enteignungen.

Die SED hat eine reale Mauer gebaut. Das Bauen von Mauern liegt offenbar in den Genen dieser linken Partei, ihrer Rechtsnachfolger.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der LINKEN]

Sie bauen immer noch Mauern, werte Kollegen: ideologische Mauern. Für Sie gibt es nur Schwarz oder Weiß. Wer nicht in Ihr Schema passt, wird hinter die ideologische Mauer gesteckt.

[Zuruf von Niklas Schrader (LINKE)]

Sie haben nichts aus der Geschichte gelernt; außer ein paar billigen Lippenbekenntnissen hat sich die Linke noch nie mit ihrer dunklen Vergangenheit auseinandergesetzt und sie angemessen aufgearbeitet.

[Beifall bei der AfD –
Jeannette Auricht (AfD): Bravo!]

Darum sage ich: Wer der Linken den Weg ins Rote Rathaus ebnet, gefährdet das jüdische Leben in der Hauptstadt.

[Beifall bei der AfD]

Das sage im Übrigen nicht nur ich, das sagt auch der Zentralrat der Juden in Deutschland.

In diesem Haus gibt es eine parlamentarische Mehrheit ohne die Linke. Warum verhandeln Sie, Grüne und SPD, trotzdem mit diesen Leuten?

[Zuruf von Tommy Tabor (AfD)]

Sind Sie so naiv, dass Sie die Gefahren nicht erkennen – nach all den Enthüllungen, nach all den Kontakten in kriminelle Clanmilieus, nach all den Lippenbekenntnissen ohne echte Folgen?

[Rouzbeh Taheri (LINKE): Das müssen
Sie gerade sagen! Frau Brinker,
was ist mit Ihren Mitarbeitern?]

Glauben Sie wirklich, es reicht aus, eine Abgeordnete aus der Fraktion auszuschließen? Was ist denn mit den vielen anderen Gesinnungsgenossen?

[Rouzbeh Taheri (LINKE): Frau Brinker,
was ist mit Ihren Mitarbeitern? –
Zuruf von den GRÜNEN]

Wem wollen Sie eigentlich unsere Stadt anvertrauen? Warum lassen Sie sich auf sozialistische Experimente ein, die zum Scheitern verurteilt sind?

[Tommy Tabor (AfD): Weil Sie selber
Sozialisten sind!]

Wer wie ich im Osten Deutschlands aufgewachsen ist, hat den real existierenden Sozialismus kennengelernt. Ich habe hautnah erlebt, was es bedeutet, Menschen gleichzuschalten, Regierungskritiker mundtot zu machen, freie Wirtschaft abzuwürgen, zu enteignen.

[Beifall bei der AfD –
Tobias Schulze (LINKE): Und das
von der Partei von Björn Höcke!]

Enteignen kostet Geld, zumindest in einer Demokratie und in einer sozialen Marktwirtschaft – Geld, das erwirtschaftet werden muss und das eben nicht vom Himmel fällt. Gemeinschaftseigentum statt Privateigentum war das sozialistische Mantra der DDR. Das ist auch das Mantra der Linken, dabei war in den Straßen der ostdeutschen Städte sichtbar, wohin sozialistische Planwirtschaft führt. Die Wohnungsnot war bis zum Zusammenbruch der DDR immens. Die Mieten waren niedrig, das stimmt, aber man zahlte trotzdem einen hohen Preis:

[Tobias Schulze (LINKE): Siegmund hat die Wahl
aus DDR-Nostalgie gewonnen, Frau Brinker!]

Sanierungen und Instandsetzungen waren nämlich nicht möglich, abzulesen an den vielen unsanierten, verrotteten Altbauten, in denen Linke heute so gerne wohnen, weil böse Kapitalisten diese Häuser nach dem Fall der Mauer saniert haben.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von Rouzbeh Taheri (LINKE)]

Dass die Linke sich mit dieser Geschichte nicht auseinandersetzen will, ist schlimm genug, aber dass Grüne und SPD mitspielen, ist fatal. Sie ruinieren jetzt schon, bevor eine Regierung in Berlin überhaupt zustande gekommen ist, den Ruf, die Glaubwürdigkeit und die Kreditfähigkeit unserer Stadt.

[Zuruf von der AfD: Letzte Chance! –
Lachen bei der LINKEN]

Verehrte Kollegen! Ganz ehrlich: Am Ende werden Sie nicht die Demokratie und die Freiheit verteidigen, sondern die Marionetten linker Politiker sein, von denen nicht wenige, so scheint es zumindest, aus einem judenfeindlichen und kriminellen Umfeld gesteuert werden.

[Beifall bei der AfD]

Darum appelliere ich an Sie: Der Gradmesser für eine neue Regierung muss sein, dass sich jeder Mensch, jeder Bürger ohne Angst in unserem Land bewegen kann. Demokratie ist nicht einseitig zu instrumentalisieren, Demokratie ist für alle da, und Freiheit ist ihre unbedingte Voraussetzung. Setzen Sie das bitte nicht aufs Spiel! – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Çağlar.

[Zuruf von der AfD]

Derya Çağlar (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was, wenn wir mutig sind? Der 9. November liegt erst wenige Tage zurück. Es gibt in der deutschen Geschichte keinen Tag, an dem sich so klar gezeigt hat, wie unterschiedlich die Folgen sind, ob man mutig ist oder eben nicht, was passiert, wenn man sich nicht traut, füreinander einzustehen, wenn man Unrecht geschehen lässt, ohne einzugreifen. Wir haben an diesem Datum auch Momente der Hoffnung erlebt, was alles möglich ist, wenn Menschen mutig sind. Mut überwindet sogar Mauern.

[Zuruf von der AfD: Brandmauern!]

An einem einzigen Datum bündelt sich, worum es in diesem Land immer wieder ging: Revolution und Republik, Putsch, Pogrom und schließlich die Freiheit. Das Ringen um Rechte, Leben in Sicherheit, in Würde und in Freiheit wird auch heute noch entschieden durch den Mut eines jeden einzelnen Menschen. Jeder Mensch verfügt über die Fähigkeit, Unrecht zu erkennen.

Vor 108 Jahren gingen am 9. November Arbeiterinnen und Arbeiter und Soldaten auf die Straße. Ihr Mut und die Revolution führten dazu, dass die Monarchie beendet und die Republik ausgerufen wurde. Es war eine fragile Demokratie, die von Anfang an bekämpft wurde, bis sie einige Jahre später unterging. Am 9. November 1923 scheiterte in München der Putschversuch der Nationalsozialisten. Dieses Scheitern wurde damals viel zu leicht genommen. Zehn Jahre später übernahmen dieselben Leute die Macht auf legalem Weg, weil zu viele zugesehen und mitgemacht haben. Am 9. November 1938 brannten in ganz Deutschland die Synagogen, auch hier in Berlin. Dies war der Auftakt zur Vernichtung des europäischen Judentums. Am 9. November 1989 fiel die Mauer, und Zehntausende Berlinerinnen und Berliner strömten über die Grenzen in die Freiheit. Vier Daten – ein Tag. Wer diesen Tag wirklich versteht, versteht, warum Demokratie niemals selbstverständlich ist, und warum Erinnerung kein Ritus ist, sondern ein Auftrag, mutig für Gerechtigkeit einzustehen.

Die Reichspogromnacht 1938 war keine unkontrollierte Eskalation von unten; sie war organisierter Terror von oben. In dieser Nacht und den darauffolgenden Tagen wurden mehr als 1 400 Synagogen und jüdische Einrichtungen zerstört, mehr als 7 000 Geschäfte und Wohnungen geplündert, mindestens 400 jüdische Menschen ermordet und rund 30 000 Jüdinnen und Juden in Konzentrationslager verschleppt. Die Feuerwehr griff vielerorts nicht ein; sie schützte allenfalls die Nachbargebäude. All das geschah nicht irgendwo, sondern mitten in unseren Stadtteilen, vor den Augen der Nachbarschaft. Wer heute durch Berlin geht, dem begegnen diese Orte weiter. Es gibt Stolpersteine vor den Häusern, aus denen Menschen deportiert wurden, und Gedenktafeln an Schulen, von denen jüdische Kinder vertrieben wurden. Zwischen 1933 und 1945 wurden aus Berlin mehr als 50 000 Jüdinnen und Juden deportiert und ermordet. Das ist keine ferne Geschichte, das ist die Geschichte unserer Nachbarinnen und Nachbarn, unserer Straßen, unseres Landes.

Aber es gab auch Mutige, die dem Terror die Stirn geboten haben: In der Oranienburger Straße stand die Neue Synagoge, die größte Berlins. Auch dort wurde in jener Nacht Feuer gelegt. Polizisten unter der Leitung des Polizeibeamten Wilhelm Krützfeld und Feuerwehrleute fuhren ihrem Gerechtigkeitssinn folgend und gegen die Anweisung des Regimes dorthin. Sie löschten den Brand. Die Neue Synagoge überstand die Pogromnacht, weil einige wenige sich weigerten, wegzuschauen. Das ist die Lehre dieses Tages: Nicht die Macht der Täter war am Ende entscheidend, sondern die Frage, ob Menschen Haltung haben.

[Allgemeiner Beifall]

Widerstand war möglich.

Der 9. November 1989 zeigt das Gegenstück. Dieser 9. November ist ein Tag, an dem Berlin wieder zusammenfand. Am Abend öffnete sich der Grenzübergang an der Bornholmer Straße. In dieser Nacht fiel die Mauer. Auch das war kein Zufall. Die Freiheit wurde errungen. Die Friedliche Revolution, getragen von Tausenden mutigen Menschen der DDR, hat mit Kerzen und Zivilcourage erreicht, was lange für unmöglich gehalten wurde. Diese Menschen sind auf die Straße gegangen, obwohl sie nicht wussten, ob auf sie geschossen wird. Damit ist die Warnung dieses Tages nicht widerlegt, sondern bestätigt: Freiheit ist nie endgültig gesichert. Jede Generation muss die Demokratie neu verteidigen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,
der CDU und den GRÜNEN]

Genau deshalb kann man an diesem 9. November nicht nur gedenken, man muss auch über heute reden. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus hat in Berlin für das Jahr 2025 mehr als 2 000 antisemitische Vorfälle dokumentiert. Das sind durchschnittlich sechs an jedem einzelnen Tag. Hinter jeder dieser Zahlen steht ein Mensch, der beleidigt, bedroht oder angegriffen wurde. Jüdinnen und Juden berichten, dass sie in der Öffentlichkeit keine Kippa und keinen Davidstern mehr tragen, dass sie in der U-Bahn kein Hebräisch mehr sprechen, dass sie ihren Kindern raten, nicht zu sagen, woher die Familie kommt. Man muss sich klar machen: In der Stadt, in der die Synagogen brannten, haben jüdische Menschen heute wieder Angst.

Das werden wir nicht hinnehmen,

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,
der CDU und den GRÜNEN]

nicht als Parlament,

[Martin Trefzer (AfD): Schön wär's!]

nicht als Stadtgesellschaft und nicht als Demokratinnen und Demokraten.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,
der CDU und den GRÜNEN –
Martin Trefzer (AfD): Peinlich! –
Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Jede demokratische Partei muss in den eigenen Reihen klare Grenzen ziehen, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Eine Unterschrift unter eine Erklärung ist ein Anfang. Glaubwürdig wird sie erst durch das, was danach geschieht.

Was folgt daraus konkret für Berlin, für dieses Haus? – Erstens brauchen wir eine klare und unmissverständliche Haltung gegen jeden Antisemitismus. Das braucht es grundsätzlich; nicht erst dann, wenn öffentlicher Druck entsteht, sondern weil es die Sache selbst verlangt.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,
der CDU und den GRÜNEN –
Beifall von Rolf Wiedenhaupt (AfD) –
Zuruf von Dr. Kristin Brinker (AfD)]

Wer Führungsverantwortung trägt, muss Grenzen benennen, bevor sie überschritten werden.

Zweitens, der Kampf gegen Antisemitismus braucht dauerhafte Strukturen. Die Antisemitismusbeauftragten, die Beratungseinrichtungen, die Aufklärungsarbeit an unseren Schulen: Diese Strukturen müssen personell und finanziell gesichert bleiben, gerade mit Blick auf den Haushalt in schweren Zeiten.

[Zuruf von Alexander Bertram (AfD)]

Drittens, die jüdische Gemeinde Berlins ist ein zentraler Teil dieser Stadt. Sie ist lebendig, vielfältig und gewachsen. Für eine demokratische Hauptstadt mit unserer Geschichte ist es nicht hinnehmbar, wenn Jüdinnen und Juden heute wieder Angst haben müssen. Ihre Sicherheit ist staatliche und historische Pflicht.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Beifall von Stefan Evers (CDU) –
Robert Eschricht (AfD): Weiß die Linke das auch?]

Viertens, und das ist vielleicht auch das Wichtigste: Erinnerungskultur besteht nicht aus Worten an einem Novembertag. Sie zeigt sich darin, ob wir Haltung beweisen, ob wir dann mutig sind, wenn es unbequem wird,

[Beifall bei der SPD und der CDU]

ob wir Antisemitismus benennen und klar verurteilen – auch in den eigenen Reihen –, ob wir Position beziehen, auch wenn es Stimmen kostet.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,
der CDU und den GRÜNEN –
Zuruf von Rolf Wiedenhaupt (AfD)]

Wer heute im Saal ist, ist vorher über den Margot-Friedländer-Platz gegangen, der an eine Frau erinnert, die dieses Haus und diese Stadt durch ihr Leben viel gelehrt hat. Margot Friedländer wurde 1921 in Berlin geboren, hier sozialisiert und hier verfolgt. Sie überlebte im Konzentrationslager, während Bruder und Mutter ermordet wurden. Nach Jahren im Exil in Amerika tat sie, was kaum jemand für möglich hielt: Im hohen Alter kehrte sie zurück nach Berlin, zurück in die Stadt, die sie ausgestoßen hat. Sie tat dies, um zu erzählen. Sie sprach vor Schulklassen, weil sie wusste, dass die Zeitzeugen einmal fehlen werden. Ihre Botschaft war nie Verbitterung, sondern Wachsamkeit: Redet miteinander, schaut hin, seid mutig, wehrt euch, schließt euch zusammen, sobald Menschen ausgegrenzt werden, und seid Menschen, die füreinander einstehen! Der Margot-Friedländer-Platz vor diesem Haus ist eine Mahnung an uns alle. Dass jüdisches Leben in Berlin selbstverständlich bleibt, ist unsere Pflicht.

[Allgemeiner Beifall]

„Nie wieder" ist keine Zustandsbeschreibung, sondern die Erinnerung an jeden Menschen, bei Unrecht mutig den ersten Schritt zu tun. Lasst uns diesen 9. November also nicht nur begehen, sondern verstehen. Es ist ein Tag, an dem sich gezeigt hat, wie schnell eine Demokratie verloren gehen kann und wie viel Mut es braucht, sie zu verteidigen. Es ist ein Tag, an dem Freiheit erstritten wurde und an dem wir uns verpflichten, sie zu bewahren. Erinnern heißt, Position beziehen. Verteidigen heißt, gemeinsam handeln, heute und an jedem anderen Tag. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,
der CDU und den GRÜNEN]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Graf. – Bitte schön!

[Alexander Bertram (AfD): Der wird jetzt
Claudia Roth zitieren!]

Werner Sebastian Graf (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Kaum ein Datum hat den Lauf der Geschichte unserer Stadt so verändert wie der 9 November. Am 9. November 1918 rief Philipp Scheidemann unweit von hier, vom Fenster des

Reichstags, die Republik aus. Am 9. November 1938 brannten in dieser Stadt die Synagogen, und am 9. November 1989 fiel die Mauer durch eine friedliche Revolution.

Manche nennen diesen Tag den Schicksalstag der Deutschen, aber an diesem Tag war nichts, aber auch gar nichts, Schicksal. Schicksal ist, was über Menschen kommt und wogegen niemand etwas tun kann. Was an diesem Tag passierte, war eben kein Schicksal. An diesem Datum haben Menschen entschieden und gehandelt, im schlimmsten und im besten Sinn. Die Novemberpogrome von 1938 waren eben kein Schicksal. Sie wurden organisiert, und nichtjüdische Berlinerinnen und Berliner haben mitgemacht. Es waren Berlinerinnen und Berliner, die Scheiben einschlugen und Synagogen anzündeten. Es waren Nachbarn, die plünderten. Es waren Berlinerinnen und Berliner, die zusahen, wegsahen, mitmachten, als Jüdinnen und Juden gedemütigt, geschlagen und verschleppt wurden.

Der 9. November 1989 war genau so wenig ein Schicksalstag. Die Mauer ist nicht durch irgendeine Fügung des Schicksals gefallen. Mutige Menschen haben sie zum Einsturz gebracht. Sie gingen auf die Straße. Sie wollten die Freiheit, und sie haben sie sich mit friedlichen Maßnahmen genommen. Wer an diesem Tag von einem Schicksalstag spricht, macht beides kleiner: Er entlastet die Täter von 1938, und er nimmt den Mutigen von 1989 ihre Courage. Beides war von Menschen gemacht und von Menschen gewollt.

[Zuruf von Jeannette Auricht (AfD)]

Das ist die Zumutung dieses Tages, und es ist seine Botschaft: Da es Menschen waren, können Menschen es auch anders machen, auch wir.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und der SPD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Auch diese Koalition!]

55 696 ermordete Jüdinnen und Juden hier aus Berlin: Jedes Jahr werden ihre Namen vor dem Gemeindehaus in der Fasanenstraße verlesen, von 9 Uhr morgens bis tief in den Abend. Zu den wenigen, die überlebt haben, gehörte Margot Friedländer, Ehrenbürgerin dieser Stadt. Am Morgen nach der Pogromnacht, so hat sie erzählt, roch die Luft nach kaltem Rauch. In der Uhlandstraße lag Glas auf dem Boden. SA-Männer und SS-Männer standen herum, machten zynische Witze, Passanten plünderten die Läden. Ihre Mutter und ihr Bruder wurden in Auschwitz ermordet. Die letzte Nachricht ihrer Mutter lautete: „Versuche, dein Leben zu machen.“

Margot Friedländer hat es gemacht. 2010 kehrte sie nach Berlin zurück, an den Ort, an dem man ihr alles genommen hatte. Sie ging in die Schulen, und sie sagte den jungen Menschen nicht: Ihr seid schuld. Sie sagte: Es ist an euch, dass so etwas nie wieder passiert. Liebe Demokratinnen und Demokraten! Seit dem 7. Mai dieses Jahres trägt der Platz vor dem Abgeordnetenhaus ihren Namen. Wer dieses Parlament betritt, kommt an Margot Friedländer nicht mehr vorbei. „Seid Menschen!“ hat sie uns hinterlassen. Daran werden wir uns messen lassen müssen, jeden Tag, in jeder Entscheidung.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und der SPD]

Der 9. November zeigt aber auch das andere, was Menschen zum Guten wenden können. 28 Jahre war diese Stadt geteilt. Und dann? – Dann gingen Menschen auf die Straße, in Leipzig, in Dresden, in Berlin, Hunderttausende mit Kerzen in der Hand, ohne Gewalt. Sie wollten Freiheit. Und sie haben sie sich friedlich erkämpft.

Das war keine glückliche Fügung des Schicksals. Mutige Menschen haben gehandelt. Auch das ist die Botschaft dieses historischen Tages. Wo Menschen entschlossen und gemeinsam handeln, können die härtesten Widerstände überwunden werden.

Eine Stunde des Gedenkens muss auch die Gegenwart in den Blick nehmen, denn sonst ist Gedenken wertlos.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Derya Çağlar (SPD) und
Steffen Krach (SPD)]

Wir haben es heute schon ein-, zweimal gehört. RIAS Berlin hat für 2025 genau 2 197 antisemitische Vorfälle dokumentiert. Das sind rund sechs antisemitische Vorfälle an jedem einzelnen Tag, mehr als doppelt so viele, als es noch vor dem 7. Oktober 2023 waren. Hinter diesen Zahlen stehen Menschen, Menschen, die angegriffen, geschlagen, bespuckt wurden, bespuckt wurden, weil man sie für Juden hielt. Was Betroffene berichten, bedrückt mich ganz besonders. In den meisten Fällen griff niemand ein. Das ist nicht 1938, aber das Wegsehen, das wiederholt sich.

Es wäre falsch, den Antisemitismus in unserer Stadt auf eine politische Richtung zu verkürzen. RIAS ordnet die Fälle dem rechtsextremen Milieu zu, dem antiisraelischen Aktivismus, dem linken, dem verschwörungsideologischen und dem islamistischen. Für die Betroffenen ist die Richtung zweitrangig. Für uns muss sie das auch sein. Antisemitismus ist nicht verhandelbar, egal, woher er kommt.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der AfD]

Ja, ich weiß, dass viele Menschen mit Unsicherheit und Skepsis auf das blicken, was wir gerade zusammen mit den Linken und der SPD derzeit verhandeln.

[Zuruf von der AfD: Auf jeden Fall!]

Viele fragen sich, ob eine neue Regierung in Berlin auch aus diesen drei Parteien tatsächlich die Sicherheit von Jüdinnen und Juden zur Priorität machen wird oder ob gar antisemitische Haltungen mit diesem Bündnis womöglich

salonfähig gemacht werden könnten. All diesen Menschen möchte ich ganz klar versichern: Wir Grüne würden einer solchen Entwicklung niemals die Hand reichen, wenn wir uns nicht sicher wären, dass diese neue Regierungskoalition nicht klar ist im Kampf gegen Antisemitismus,

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und der SPD – Jan-Philip Streeck (AfD): Lächerlich! – Zuruf von der AfD: Wehret den Anfängen!]

dass Rot-Grün-Rot den Kampf gegen Antisemitismus ausbauen wird und mehr in die Sicherheit von Jüdinnen und Juden investieren wird. Genau deshalb haben wir auf all diese Fragen ganz zu Beginn unserer Verhandlungen mit den Linken und der SPD auch unsere Erklärung gestellt.

[Martin Trefzer (AfD): Die ist doch das Papier nicht wert!]

Für uns ist klar: Eine Berliner Landesregierung steht zum jüdischen Leben in dieser Stadt und kämpft gegen jeden Antisemitismus. Das ist für uns unverhandelbar. Da gibt es für uns kein Wenn und auch kein Aber.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und der SPD]

1989 haben die Menschen die Mauern einer gespaltenen Stadt überwunden. Heute erleben wir wieder viel Gegeneinander statt Miteinander. Aber eine Stadt ist nur gemeinsam stark. Sie ist nur stark, wenn jeder in ihr sicher und gut leben kann. Berlin als Stadt der Freiheit zu verteidigen, das ist die größte Herausforderung unserer Zeit.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ganz genau!]

Das heißt hinsehen, wo andere wegsehen, widersprechen, wo andere schweigen, sich neben den stellen, der angepöbelt wird, weil er Hebräisch spricht, jene schützen, die wegen ihrer Hautfarbe ausgegrenzt werden, solidarisch sein, wenn queere Menschen angegriffen werden, denn die Zukunft Berlins als Stadt der Freiheit ist keine Schicksalsfrage,

[Zuruf von der AfD: Deswegen: Sozialismus, nein danke!]

genauso wie der 9. November kein Schicksalstag ist. Er zeigt uns, wozu Menschen fähig sind, im Schlimmsten wie im Besten. Wir haben es jeden Tag in der Hand, welche Seite wir stärker machen. Mehr gemeinsam, das ist kein Schicksal. Das entscheiden wir. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und der SPD]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für den Senat spricht nun der Regierende Bürgermeister von Berlin. – Bitte sehr, Herr Regierender Bürgermeister Wegner, Sie haben das Wort.

Regierender Bürgermeister Kai Wegner:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 9. November ist in unserer Geschichte ein Tag, der uns deutlich macht, wie nahe Freude, aber auch Leid zusammen stehen können. Der 9. November 1989 ist ein Tag der Freude, ein Tag der Hoffnung, ein Tag, wo Freiheit über Willkür, wo Rechtsstaat über Unrechtsstaat gesiegt hat, ein Tag, der deutlich gemacht hat, dass Menschen Mauern zu Fall bringen können, dass, ja, Regierungen Menschen einsperren können, dass Regierungen Mauern bauen können, aber dass die Sehnsucht nach Freiheit, der Wunsch nach Demokratie nicht wegzusperren sind.

Deswegen ist der 9. November 1989 nicht nur für viele von uns, die diesen Tag erlebt haben, ein Tag der Hoffnung und der Freude, sondern er ist weltweit ein Symbol, ein Symbol für Berlin als Stadt der Freiheit. In diesen Tagen treffen sich viele Menschen aus der ganzen Welt, die nicht in einer Demokratie leben können, sondern in einer Diktatur, in einer Autokratie, in Berlin. Lieber Frank Ebert, wir haben zurzeit viele freiheitsliebende Menschen, Freiheitskämpfer in unserer Stadt zur Freedom Week, die Berlin als Hoffnungsstadt sehen, weil Berlin bewiesen hat, dass sich Zeiten ändern können, dass Wandel möglich ist. Ich denke in diesem Zusammenhang immer sehr gerne an Masih aus dem Iran, wo Frauen auf die Straße gehen für Freiheit, für Menschenrechte und für Demokratie.

Unsere Geschichte, der 9. November 1989, verpflichtet uns, an der Seite aller freiheitsliebenden Menschen auf der ganzen Welt zu stehen. Denn der 9. November 1989 zeigt, dass Wandel möglich ist.

[Allgemeiner Beifall]

Aber der 9. November ist auch ein Tag der Mahnung, ja, ein Tag der Schuld, der Schuld für uns in Deutschland. Diese Schuld hat keinen Ablauftermin. Diese Schuld wird für immer bestehen bleiben. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung. Margot Friedländer ist heute schon mehrfach zitiert worden. Ich möchte sie auch gerne mit einem ganz anderen Satz zitieren. Sie hat uns auch ins Stammbuch geschrieben:

> „Was war, war – wir können es nicht mehr ändern. Es darf nur nie, nie wieder geschehen."

[Allgemeiner Beifall]

Wir alle sind nicht die Täter von damals, aber wir alle tragen eine Verantwortung, dass es nie wieder geschieht.

Vor wenigen Tagen haben wir uns in der Jüdischen Gemeinde zum alljährlichen Gedenken getroffen. Mein erster Satz war in der Jüdischen Gemeinde, dass ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir Jahr für Jahr an diese Geschehnisse erinnern. Aber ich habe auch gesagt, mein Eindruck ist, dass es in diesem Jahr ganz besonders wich-

tig ist, denn wir leben wieder in Zeiten, wo jüdische Menschen Angst haben, in unserer Stadt angegriffen zu werden. Am 9. November 1938 brannten Synagogen, Geschäfte wurden geplündert, Menschen wurden gejagt, angegriffen, Wohnungen wurden verwüstet. Das war erst der Anfang. Das sage ich, weil wir heute wieder in Zeiten leben, wo in meinem Büro vor wenigen Jahren jüdische Studierende saßen, die mir sagten: Herr Wegner, wir haben Angst. Wir haben Angst, die Hörsäle in unseren Universitäten zu betreten. – Zuerst war auch damals Angst. Dann kamen Verbote. Was dann folgte, kennen wir aus den Geschichtsbüchern. Wenn mir jüdische Eltern sagen: Herr Wegner, wir überlegen, unsere Kinder aus den staatlichen Schulen zu nehmen, weil wir sie auf jüdische Schulen bringen wollen –, dann bewegt mich das. Das sollte uns alle bewegen. Denn wenn diese Eltern mir sagen, dass ihre Kinder an den Schulen angefeindet, beschimpft werden, dass „Du Jude“ wieder regelmäßig an Schulen zur Beschimpfung von Kindern genutzt wird, dann ist das inakzeptabel.

Die Übergriffe und Angriffe gegen Jüdinnen und Juden, die explodierenden Zahlen nach dem 7. Oktober 2023 sind angesprochen worden. Ich sage es auch an dieser Stelle noch mal deutlich: Wir hatten auch vor dem 7. Oktober 2023 antisemitische Übergriffe. Wir hatten auch vor dem 7. Oktober 2023 Angriffe auf Rabbiner, auf Menschen, die mit Kippa durch die Straßen laufen oder den Davidstern zeigen. Nach dem 7. Oktober 2023 sind die Zahlen explodiert, in eine Richtung, die wir hoffentlich alle nicht wollen. Ich kann mich noch gut an die Tage nach dem 7. Oktober 2023 erinnern. Es gab viele Solidaritätsbekundungen, viele Demonstrationen. Politikerinnen und Politiker aller Parteien sagten: Nie wieder ist jetzt. – Drei Jahre später muss man zumindest bei einigen die Frage stellen, wie ernst dieses „Nie wieder ist jetzt“ vor drei Jahren gemeint war. Ich sage Ihnen: Nie wieder ist jetzt –, aber „Nie wieder ist jetzt“ gilt auch morgen, übermorgen und in alle Zukunft, denn wir haben auch als Berlinerinnen und Berliner – in der Stadt, wo der Holocaust geplant und durchgeführt wurde – eine besondere Verantwortung für jüdisches Leben.

Und ja, lieber Werner Graf, ich teile das. Antisemitismus ist nicht verhandelbar. Umso verwunderter war ich, dass ihr ziemlich lange über Antisemitismus verhandelt habt.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Dr. Kristin Brinker (AfD): Und immer noch verhandelt!]

Ihr habt viele Stunden zusammengesessen, um über Antisemitismus, um über das Existenzrecht Israels zu verhandeln.

[Zuruf von der LINKEN: Den Kampf dagegen!]

Das Existenzrecht Israels, Antisemitismus – ich dachte ehrlicherweise, das ist der Grundkonsens aller Demokratinnen und Demokraten in unserem Land – dürfen niemals als Verhandlungsgegenstand für eine Regierungsbildung in Deutschland dienen. Niemals! Auch das ist „Nie wieder“.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Tobias Schulze (LINKE): War es doch auch nicht!]

Nach dem 7. Oktober 2023, nach dem barbarischen Anschlag der Hamasterroristen auf Israel sind auch die Straftaten gegen jüdisches Leben in Berlin angestiegen. Ich gehöre zu den Menschen, die nach dem 7. Oktober 2023 in der israelischen Botschaft waren. Ich habe die Bilder, die Videos gesehen, die die Terroristen selbst mit Webcams aufgenommen haben. Ich habe gesehen, wie Frauen gequält, abgeschlachtet wurden. Ich habe gesehen, wie Babys ermordet wurden. Ich habe gesehen, auf welch unmenschliche, barbarische Art und Weise Menschen abgeschlachtet wurden. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt oder entschuldigt die Taten der Terroristen der Hamas.

[Allgemeiner Beifall]

Ich habe es hier in diesem Haus auch bei meiner Regierungserklärung am 19. Oktober 2023 gesagt: Wenn ich die Bilder in den Monaten danach vom Gazastreifen gesehen habe, wenn ich die vielen Familien gesehen habe, die auf der Flucht sind, wenn ich das Schicksal der Familien und der Kinder in Gaza gesehen habe, dann bewegt mich auch das. Dann sind auch meine Gedanken bis heute bei diesen Kindern und bei diesem Familien. Ich habe auch damals gesagt: Wir dürfen nie vergessen, wer die Verantwortung auch für das Schicksal dieser Kinder und dieser Familien trägt. Auch diese Verantwortung tragen die Terroristen der Hamas. Aber ich frage mich ganz häufig seit dem 7. Oktober 2023: Was nützt es einer Familie, einem Kind in Gaza, wenn in Berlin Jüdinnen und Juden angegriffen werden? Was nützt es einem Kind in Gaza, wenn Häuser in Berlin mit Hamassymbolen oder mit Judensternen markiert werden? Was nützt es eigentlich einer Familie oder einem Kind in Gaza, wenn Polizistinnen und Polizisten in Berlin mit Steinen beworfen werden?

Lassen Sie mich auch das an dieser Stelle sagen: Liebe Iris Spranger! Seit dem 7. Oktober 2023 steht die Berliner Polizei unter einem besonderen Druck, jüdisches Leben zu schützen, Demonstrationen zu schützen und zu begleiten, aber auch konsequent einzuschreiten, wenn Straftaten auf diesen Demonstrationen stattfinden. Ich finde, unsere Berliner Polizei verdient nicht nur Respekt, sondern einen großen Dank des Hauses für ihren konsequenten Einsatz für den Schutz jüdischen Lebens.

[Anhaltender Beifall bei der CDU,
der AfD und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Elif Eralp (LINKE),
Niklas Schrader (LINKE)
und Damiano Valgolio (LINKE)
Heiko Melzer (CDU): Unglaublich, unfassbar!

Keine Hand bei der Linken! –
Zurufe von der AfD]

Ich finde das sehr interessant, liebe Frau Eralp, dass Ihre Fraktion jetzt nicht geklatscht hat.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Ich kann Ihnen nur raten, zumindest Sie haben das ja gesagt, ein Sicherheitsversprechen an die Berlinerinnen und Berliner abzugeben.

[Dr. Kristin Brinker (AfD): Das ist ja nichts wert!]

Ich sage Ihnen: Diese Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner werden Sie nur mit einer starken Polizei gewährleisten. Deswegen verdient die Polizei auch Ihre Unterstützung.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Beifall von Dennis Buchner (SPD)
und Derya Çağlar (SPD) –
Zuruf von Dr. Kristin Brinker (AfD)]

Was lehrt uns also der 9. November in unserer Geschichte? – Der 9. November lehrt uns, dass Wandel möglich ist und mutige Frauen und Männer Mauern zum Einsturz bringen und Freiheit und Demokratie erreichen können. Der 9. November lehrt uns aber auch, dass wir nie wieder zusehen, nie wieder schweigen dürfen, wenn es darum geht aufzustehen. Es geht darum, Haltung zu zeigen, wenn Menschen angegriffen werden, wenn jüdisches Leben in Sorge ist, wenn es darum geht, dass zur DNA dieser Stadt jüdisches Leben dazugehört. Der 9. November zeigt uns auch, dass „Nie wieder!“ niemals eine Floskel für Gedenktage sein darf, sondern „Nie wieder!“ muss der Maßstab für unser Handeln sein, gerade dann, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, aber vor allen Dingen Haltung zu zeigen.

Ich kann Ihnen sagen: Ich bin dankbar, dass nach den Jahren des Nationalsozialismus jüdisches Leben in unserer Stadt existent ist; ich bin dankbar dafür, dass sich Jüdinnen und Juden für Berlin entscheiden. Und ich sage Ihnen: Die große Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner steht hinter Ihnen.

Lassen Sie mich abschließend noch Danke sagen. Ich möchte mich ganz herzlich – es ist erwähnt worden, lieber Werner Graf – bei Cornelia Seibeld, aber auch bei der Bezirksbürgermeisterin von Mitte, Stefanie Remlinger, bedanken, dass der Platz vor dem Berliner Abgeordnetenhaus einen Namen trägt – nicht nur einen würdigen Namen, sondern den Namen einer großen Frau mit einer starken Botschaft: Margot Friedländer. Ich hoffe, dass alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, wenn sie dieses Haus betreten, nicht nur an die große Frau, sondern vor allen Dingen an ihre Botschaften denken, die sie uns mitgegeben hat. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aktuelle Stunde hat damit ihre Erledigung gefunden.

Ich komme zu

lfd. Nr. 2:

Fragestunde

gemäß § 51 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Nun können mündliche Anfragen an den Senat gerichtet werden. Die Fragen müssen ohne Begründung, kurz gefasst und von allgemeinem Interesse sein sowie eine kurze Beantwortung ermöglichen; sie dürfen nicht in Unterfragen gegliedert sein. Ansonsten werde ich die Fragen zurückweisen. Zuerst erfolgen die Wortmeldungen in einer Runde nach der Stärke der Fraktionen mit je einer Fragestellung. Nach der Beantwortung steht mindestens eine Zusatzfrage dem anfragenden Mitglied zu, eine weitere Zusatzfrage kann auch von einem anderen Mitglied des Hauses gestellt werden. Es beginnt Herr Schulze für die Fraktion Die Linke.

Tobias Schulze (LINKE):

Danke schön, Frau Präsidentin! – Ich frage den Senat: Der Senat, konkret die Senatsverwaltung für Kultur, fordert derzeit die Berliner Kultureinrichtungen auf, Spar- und Kürzungspläne einzureichen. Vor dem Hintergrund, dass die Kultur sowieso sehr verunsichert ist und der jetzige Senat voraussichtlich gar keinen Haushalt mehr aufstellen wird: Was veranlasst den Senat, die Senatskulturverwaltung Kürzungsvorschläge abzufragen?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für den Senat antwortet der Finanzsenator. – Bitte schön!

Senator Stefan Evers (Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Da bin ich wieder. Vielen Dank für diese Frage, denn sie gibt Gelegenheit, einmal einen Blick auf das große Ganze zu werfen, das vielleicht ein bisschen aus dem Blick geraten ist.

[Tobias Schulze (LINKE): Einfach die Frage
beantworten!]

Aus dem Blick scheint bei allem, was ich so in den letzten Wochen lese und höre, geraten zu sein, in welcher Haushaltslage sich das Land Berlin befindet und absehbar weiter befinden wird.

[Sebastian Walter (GRÜNE): Das sagen ausgerechnet
Sie! Sie sind schuld an dem Schlamassel! –
Zurufe von der AfD]

Aus dem Blick scheint geraten zu sein, dass wir ab dem 1. Januar eine Haushaltsaufstellung für das Haushaltsjahr 2028 und das Haushaltsjahr 2029 beginnen, in der der Senat, welcher auch immer, gehalten ist, bis zum Sommer des kommenden Jahres einen Haushaltsentwurf zu verabschieden, der diesen Realitäten einerseits und der Rechts- und Verfassungslage andererseits Rechnung trägt. Das scheint Teil der Neuigkeit für manche zu sein.

[Beifall von Olaf Schenk (CDU)]

Die Rechts- und Verfassungslage bedeutet, dass eines nicht möglich ist: Dass wir auf der einen Seite, wie es ja teilweise gefordert wird, die Schuldenbremse umgehen, und auf der anderen Seite Vorgaben des Stabilitätsrats missachten. Wenn man beides in den Blick nimmt, weiß man: Wir stehen vor einem erheblichen Konsolidierungsbedarf, aus dem kein Bereich ausgenommen sein wird. Eines erfordert eine Haushaltsaufstellung in jedem denkbaren Fall: gute Vorbereitung. Ich werde jetzt nicht auf Details der Haushaltsaufstellung in meinem Haus und anderen Häusern eingehen, aber eines werden alle Kollegen hier bestätigen, dass ich am Senatstisch immer wieder in diesem Jahr wiederholt habe, dass alle klug beraten sind, sich auf die Realität der Haushaltslage einzustellen, sie nicht schönzureden und sich auf das, was kommt, vorzubereiten. Vorzubereiten heißt übrigens: für alle Szenarien vorauszudenken und vorauszuplanen. Natürlich entscheidet dieses Haus, wie ein Haushalt am Ende aussieht, aber eine Verwaltung hat dafür Vorbereitungen zu treffen, wie sie insgesamt mit der Haushaltslage der nächsten Jahre umzugehen hat.

Ich hoffe doch sehr, dass alle Kolleginnen und Kollegen dem Ruf des Finanzsenators gefolgt sind und für ihre gesamten Verantwortungsbereiche ausloten, jetzt ausloten, welche Konsolidierungsmöglichkeiten bestehen, damit eine stabile Haushaltsaufstellung für die kommenden Jahre gelingt. Das war mein Appell. Und weil ich als Kultursenator dem Appell des Finanzsenators selbstverständlich folge, wie alle Kolleginnen und Kollegen in dieser Weise seriös ihren Job machen sollten, sollten Sie sich nicht wundern, dass wir selbstverständlich für alle Eventualitäten vorbereitet sein wollen, und das werden wir auch sein. – Vielen Dank!

[Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Beifall von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die erste Nachfrage Herr Schulze, bitte schön!

Tobias Schulze (LINKE):

Wie die Feuilletons schreiben, hinterlässt die CDU einen Scherbenhaufen im Kulturbereich, dazu gehört jetzt auch diese Abforderung, Kürzungspläne einzureichen. Deswegen frage ich an dieser Stelle: Wenn Sie schon Kürzungspläne abfragen, haben Sie denn eine konkrete Sparsumme, die Sie intern schon verwenden, um in die Vorbereitung für die Haushaltsaufstellung zu gehen?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Senator, bitte schön!

Senator Stefan Evers (Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt):

Vielen Dank! – Auch ich habe den Artikel – ich glaube, es war im Neuen Deutschland – gesehen. Das dürfte das einzige Blatt sein, das hier noch nicht als rechtes Hetzblatt verschrien ist.

[Heiterkeit bei der AfD]

Natürlich kann man zur Kulturpolitik und der Herangehensweise immer unterschiedliche Auffassungen vertreten; für mich beginnt Politik mit der Betrachtung der Wirklichkeit – auch Kulturpolitik. Das mag ein wenig nüchtern klingen, das mag für das Land der großen Kreativität, der Fantasie ein wenig zu sachlich klingen, aber im Haushalt sind der unbegrenzten Fantasie dann irgendwann Grenzen gesetzt. Insofern ist das kein Scherbenhaufen, sondern die Basis guter Vorbereitung auf das, was kommt. Wer das Blaue vom Himmel herab verspricht, schafft nichts anderes als Unsicherheit und Enttäuschung; und wohin politische Enttäuschung führt, haben wir bei den Wahlen gesehen. Davon mögen einige an den Rändern dieses Hauses profitiert haben, aber ich glaube, die Mitte der Gesellschaft wird darunter zu leiden haben.

[Tobias Schulze (LINKE): Die konkrete
Frage beantworten!]

Wenn es jetzt um die Frage von Vorgaben geht: Na, selbstverständlich nicht! Wir bereiten vor, wir betrachten die Wirklichkeit als Basis der Realität, die wir im nächsten Haushalt abzubilden haben. Das ist unser Job, das ist unsere Aufgabe. Jeder, der etwas anderes behauptet, agiert an der Wirklichkeit vorbei.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Vielen Dank! – Bevor ich zur nächsten Frage komme, stellen wir hier vorn fest, dass es in Sachen „Eindrücken“ unterschiedliche Auffassungen gibt. Wir hatten hier unsere Technikeinweisung und mehrfach diskutiert und uns alle darauf geeinigt, dass man sich erst für die zweite, dann offene Nachfrage eindrücken kann, wenn der Senat das zweite Mal geantwortet hat nach seiner Begrüßungsformel. Das hat jetzt dazu geführt, dass wir alle löschen mussten und keiner mehr für die zweite Nachfrage drauf ist. Wir nehmen das mit in unsere Runden und klären das noch mal. Wir würden aber für diese Sitzung so verfahren, wie ich es eben gesagt habe: Erst wenn der Senat das zweite Mal antwortet, kann man sich für die zweite Nachfrage eindrücken. Haben wir jetzt jemanden? – Jetzt haben wir Herrn Schulze von den Grünen. – Bitte schön!

André Schulze (GRÜNE):

Der neue Herr Schulze! – Wenn wir darüber reden, eine Basis für die Haushaltsaufstellung 2028/29 darzustellen – Sie haben in der Finanzplanung schon dargelegt, dass Sie es geschafft haben, das Defizit auf 5 Milliarden Euro zu erhöhen und alle Rücklagen aufzubrauchen –, wann plant denn der Senat, die eigentlich laut Landeshaushaltsordnung zur Finanzplanung gehörende Investitionsplanung, die uns bis heute, Stand 12. November, nicht vorliegt, in diesem Jahr noch vorzulegen?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Senator, bitte schön!

Bürgermeister Stefan Evers (Senatsverwaltung für Finanzen):

Vielen herzlichen Dank! – Sie sind ja ein altgedienter, langjähriger, vertrauenswürdiger Haushaltsabgeordneter und wissen natürlich, zu wann eine Finanzplanung vollständig, einschließlich der Investitionsplanung, vorzuliegen hat. Die Finanzplanung muss rechtzeitig zum Stabilitätsbericht vorliegen, und die Investitionsplanung muss spätestens zu den Haushaltsberatungen im Parlament vorliegen.

Nachdem wir gerade darüber gesprochen haben, wie wir mühsam unterscheiden zwischen vorbereitenden Handlungen jeder künftigen Regierung, jedes künftigen Senats, der einen Haushalt aufzustellen hat, und dem, was jetzt noch zusammengeführt werden sollte, sollten wir, glaube ich, Einigkeit darüber haben, dass eine Investitionsplanung, die in den kommenden Wochen verhandelt und wieder über den Haufen geworfen wird und Hunderte Menschen in diesem Land beschäftigt, und das völlig ohne Not, in genau dieser Zeit nicht gerade angezeigt ist.

[Zuruf von André Schulze (GRÜNE)]

Man kann nicht auf der einen Seite Respekt vor dem Parlament einfordern und auf der anderen Seite das Gegenteil davon. Insofern harren wir mit Respekt der Ergebnisse der Regierungsbildung, die mit Sicherheit sehr spannend wird, insbesondere wenn es um die Frage geht, welchen Beitrag die Investitionsplanung ihrerseits zur Konsolidierung beitragen wird. Sie können aber gewiss sein, dass wir auch hier in allen Häusern die Konsolidierungsmöglichkeiten ausloten und selbstverständlich jederzeit auf Nachfrage zur Verfügung stellen. Das wird sicherlich jedes einzelne Haus können, wenn es darum geht, wo Investitionen anders gewichtet und priorisiert werden können, um dem haushälterischen Handlungsbedarf der Zukunft Rechnung zu tragen.

Ansonsten will ich auch eines mal festhalten: Sie tun gerade so, als sei es die neueste Finanzplanung, die auf die Defizitentwicklung hinweist. Das ist nicht der Fall. Das haben alle Finanzplanungen der Vorjahre genau so für diesen Zeitraum getan.

[Zuruf von André Schulze (GRÜNE) –
Zuruf von der LINKEN]

Auch deswegen gehe ich davon aus, dass alle vorbereitet sind auf das, was kommt, und dass niemand überrascht sein kann von dem, was kommt.

[Zurufe von Rouzbeh Taheri (LINKE)
und Werner Sebastian Graf (GRÜNE)]

Wer mir in den vergangenen Sitzungen, Monaten und Jahren zugehört hat, auch in diesen Fragestunden, in denen es immer wieder Thema war, im Hauptausschuss, in dem es ebenfalls immer wieder Thema war, der weiß, dass ich das genau für diesen Zeitraum auch sicher vorhergesagt habe;

[Zurufe von Antje Kapek (GRÜNE)
und André Schulze (GRÜNE)]

übrigens nicht nur für Berlin, wir stehen im Bund gerade vor der gleichen Diskussion.

[Moritz Warnke (LINKE): Sie haben
unseriös gehaushaltet! –
Robert Eschricht (AfD): Und das von einem Linken!]

Wenn Sie den Kollegen im Bund zuhören, was vor der Haushaltsaufstellung 2028 auch dort bevorsteht, wenn Sie in andere Kommunen, in andere Länder hineinhorchen, auch dort geschieht gerade genau das Gleiche. Natürlich würde ich mich freuen, wenn wir uns einmal geschlossen und parteiübergreifend der Ursachenbekämpfung widmen, denn die Ursache für die Defizitentwicklung liegt ehrlicherweise nicht in der Investitionsplanung des Landes Berlin oder in unserer Kulturpolitik,

[Zuruf von Antje Kapek (GRÜNE)]

sondern sie liegt ganz maßgeblich in den bundespolitischen und gesetzlichen Leistungsverpflichtungen begründet. Ich kann bis jetzt noch nicht das Engagement Ihrer Fraktion bei dem Thema verzeichnen. Nun mag man auch sagen, das soll jetzt mal die Große Koalition, so klein sie auch sein mag, im Bund regeln.

[Werner Sebastian Graf (GRÜNE): Wer regiert
denn eigentlich?]

Ich glaube aber, es ist ein Thema, das uns alle angeht, die wir in den Ländern und Kommunen Verantwortung tragen.

[Moritz Warnke (LINKE): Sie haben
die Augen zugemacht!]

Insofern herzlichen Dank für die Verantwortungsübernahme!

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die CDU-Fraktion stellt die Frage Herr Schenk.

Olaf Schenk (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich frage den Senat: Wie beurteilt der Senat die Wirkung einer Vergesellschaftung von großen Wohnungskonzernen für die Möglichkeit zur Aufnahme von Krediten am Finanzmarkt?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Evers, bitte schön!

Bürgermeister Stefan Evers (Senatsverwaltung für Finanzen):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Jetzt meldet sich der Finanzsenator zur Beantwortung der Frage. Vielen Dank dafür, Herr Abgeordneter! Einmal mehr geht es um das liebe Geld, in diesem Fall um die Frage, wie es aktuell um die Situation am Kapitalmarkt bestellt ist, wenn das Land Berlin versucht, Kredite zu platzieren, was wir in nennenswertem Umfang tun.

Die Beobachtung unseres Kreditreferats zeigt, dass der Kapitalmarkt den Rückmeldungen und Wortmeldungen, die dort einlaufen, zufolge aktuell mit großer Sorge auf die politische Entwicklung in Berlin – nicht nur in Berlin, sondern auch in Sachsen-Anhalt – schaut, in Berlin allerdings in besonderer Weise geprägt von der Debatte rund um ein mögliches Vergesellschaftungsgesetz. Wir stehen deswegen als Senatsverwaltung für Finanzen in einem ständigen Dialog mit den Kapitalgebern. Wir beobachten die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt. Wir beobachten und schätzen ab, welche Auswirkungen das für die Kreditaufnahme des Landes Berlin in Zukunft haben kann.

Insbesondere bei deutschen Investoren – was daran liegen mag, dass sie näher an den Debatten sind –, aber auch vereinzelt schon bei internationalen Investoren zeichnete sich zuletzt eine messbare Zurückhaltung gegenüber dem Emittenten Berlin ab. Das deutet auf eine sehr genaue Wahrnehmung der aktuellen Situation hier hin, und das insbesondere mit Blick auf die Vergesellschaftungsdebatte, von der ich eben sprach. Nach einem bisher sehr guten Standing des Landes Berlin als Kreditnehmer ist nicht auszuschließen, sondern im Gegenteil eher wahrscheinlich, dass daraus in der Perspektive auch Risikozuschläge gegenüber anderen Bundesländern erwachsen. Die ersten Analysen von Banken, in die wir Einblick erhalten, deuten darauf hin. Auch die Gespräche und Non-Gespräche, zu denen man immer wieder Gelegenheit bei Treffen mit Bankenverbänden hat, deuten darauf hin. Welche Auswirkungen das hat, ist jetzt nicht allzu schwer zu ermessen: Risikoaufschläge führen zu höheren Zinskosten, und damit verschärfen sie natürlich unmittelbar die Haushaltssituation.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Schenk für die erste Zusatzfrage, bitte schön!

Olaf Schenk (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Welche Folgen hätte eine Vergesellschaftung von großen Wohnungskonzernen auf den Landeshaushalt, insbesondere vor dem Hintergrund der Vorgaben des Stabilitätsrates?

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ein schlechtes Rating!]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Senator, bitte schön!

Bürgermeister Stefan Evers (Senatsverwaltung für Finanzen):

Vielen herzlichen Dank! – Als Jurist muss ich jetzt sagen, das kommt darauf an. Das kommt natürlich auf das konkrete Modell an, auf die gesetzliche Regelung, auf die getroffene Entschädigungsregelung vor allem, und auch auf die Frage, zu welchem Zeitpunkt, in welcher Art und Weise dann Entschädigungsleistungen finanziert werden.

Wenn ich der Presse aufmerksam folge, dann ist häufig davon die Rede, dass man eine solche Entschädigungsleistung im Wege der Kreditaufnahme finanzieren möchte. Unabhängig davon, wo sich die Dimension bewegt – ob nahe der Wirklichkeit, also irgendwo im Umfeld unter oder über 30 Milliarden Euro, niemand weiß es genau, oder in der Welt der Fantasie, da habe ich etwas von 16 Milliarden Euro gelesen –, unabhängig von der konkreten Summe ist es zunächst einmal ein Betrag, der mit Blick auf das, was ich eben gesagt habe, schon gar nicht ohne Weiteres am Kapitalmarkt platzierbar ist. Einen solchen Milliardenbetrag an Kreditaufnahme unter den aktuellen Rahmenbedingungen als Land Berlin zu platzieren, stellt schon für sich genommen eine im Moment schwer vorstellbare Herausforderung dar.

Was löst es darüber hinaus aus, sollte es denn gelingen, dass in dieser Höhe Kreditaufnahmen möglich sind? – Man würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bei den Beträgen, von denen die Rede ist, gegen die Vorgaben des Stabilitätspaktes verstoßen, denn es ist nicht nur die Schuldenbremse allein, die uns limitiert, also die Regelungen der Finanzverfassung, es sind auch die Regelungen des europäischen und daraus abgeleiteten Rechts. Das sind in Deutschland die Regeln des Stabilitätsrates. Dort ist unsere Möglichkeit zur Kreditaufnahme aus guten Gründen limitiert, denn jede Kreditaufnahme Berlins schlägt am Ende der gesamtstaatlichen Kreditaufnahme zur Last. Das wiederum ist deutsche Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union, sich hier an die Vorgaben des Stabilitätspakts zu halten. Damit nicht einzelne Länder auf die Idee kommen, Fantasiemilliarden am Kreditmarkt aufzunehmen,

[Tobias Schulze (LINKE): Ja,
so wie Schwarz-Rot!]

die womöglich sogar Regelungen der Schuldenbremse entsprechen könnten, gibt es diese Regeln, die uns Länder in der Höhe der zulässigen Kreditaufnahme begrenzen.

Das Regime, das darauf folgt, wenn hier Kennziffern verletzt werden – und das verletzt übrigens aufgrund des aktuellen Volumens finanzieller Transaktionen schon heute Kennziffern, da reden wir lange nicht von 16, 20, 28, wie viel auch immer Milliarden Euro an Entschädigungsleistungen, sondern dem, was wir insbesondere für Wohnungsbauförderung und Eigenkapitalzuführungen an Krediten aufnehmen –, führt dazu, auch darauf habe ich immer wieder hingewiesen, dass wir absehbar mit dem Stabilitätsrat ein Sanierungsverfahren werden verabreden müssen, um die Kreditfinanzierungsquote signifikant abzusenken.

Das heißt, die Vorgaben des Stabilitätsrats bedeuten, dass wir mit der Kreditfinanzierungsquote im Haushalt runter müssen. Sie durch eine solche Milliardenentschädigung exponentiell zu vervielfachen, wird im Rahmen eines Sanierungsverfahrens, das mutmaßlich ab dem nächsten Jahr hier zu betreiben ist, nicht umsetzbar sein. Insofern sind wir von zwei Seiten her streng limitiert, was das Thema angeht. Man mag noch argumentieren, dass die Verfassung oder die Finanzverfassung im Rahmen des Rechts über werthaltige finanzielle Transaktionen eine Kreditaufnahme rechtfertigt, aber auf der anderen Seite wird schon der Kapitalmarkt Probleme signalisieren, und der Stabilitätsrat setzt uns aus guten Gründen Grenzen. – Vielen Dank!

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Streeck von der AfD-Fraktion. – Bitte schön!

Jan-Philip Streeck (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Finanzsenator! Sie haben es schon angesprochen; bei den von den Koalitionsverhandlern angestrebten 16 Milliarden Euro an Entschädigungsleistungen gegenüber schätzungsweise 23 bis 28 Milliarden Euro Verkehrswert der zu verstaatlichenden Immobilien:

[Zuruf von Niklas Schenker (LINKE)]

Wie bewertet der Senat, dass Banken bereits jetzt Warnungen aussprechen, dass die Entschädigung unter dem Marktwert Grundpfandrechte entwerten und damit Kredite in Milliardenhöhe fällig stellen würde? – Vielen Dank!

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Senator, bitte schön!

Bürgermeister Stefan Evers (Senatsverwaltung für Finanzen):

Herzlichen Dank für die Frage! Natürlich nehme ich das sehr ernst. Das sind auch keine neuen Signale; die werden uns bereits seit einigen Monaten gegeben, und natürlich haben sie sich verstärkt. Ich habe darauf hingewiesen: Die Unsicherheit am Finanzmarkt ist mit Blick auf Berlin aktuell sehr groß, und sie bezieht sich natürlich auch auf die Frage, was hier möglicherweise für Entschädigungsregeln getroffen werden, denn natürlich würde Deutschland seine Investitionsschutzverpflichtungen gegenüber anderen, gegenüber Drittländern verletzen, wenn man hier in einem Bundesland auf die Idee käme, Investitionen nicht mehr angemessen, in der Höhe von Verkehrswerten, zu schützen. Natürlich hat das Auswirkungen auf die Frage, wie die Investitionsbereitschaft bezogen auf Berlin aussieht. Natürlich hat es Auswirkungen auf die Frage, wie Sicherungsketten insgesamt noch als in Deutschland sicher – nicht nur national, sondern international – angesehen werden.

Das sind alles Themen, die uns seit geraumer Zeit am Markt beschäftigen und die die Bundesregierung dazu veranlasst haben, ein Investitionsschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Ich kenne den Entwurf nicht, aber nach dem, was ich höre, soll er genau das zum Zweck haben: für den Fall des Beschlusses von Vergesellschaftungsgesetzen festzulegen, dass genau so etwas nicht erfolgen kann, sondern dass eine am Verkehrswert orientierte Entschädigung erfolgen muss. Die aktuelle, noch den Senat stellende Koalition, die Koalition der letzten Legislaturperiode hat übrigens genau das Gleiche getan. Mit einem Vergesellschaftungsrahmengesetz hat sie genau diese Sicherheit in den Markt signalisiert, dass, wenn es zur Vergesellschaftung kommt, selbstverständlich Verkehrswerte der Orientierungspunkt für Entschädigungsleistungen sein werden, denn alles andere hätte schon zu dem Zeitpunkt dazu geführt, dass Debatten in einzelnen Unternehmen, übrigens auch Landesunternehmen, über die Notwendigkeit von Rückstellungen zu führen sind, und vieles andere mehr, was erhebliche wirtschaftliche Nachteile, auch für uns als Land Berlin, bedeutet.

Insofern: Ja, wir nehmen das sehr ernst. Ich bin aber insbesondere dankbar, dass die Bundesregierung das sehr ernst nimmt. Frau Hubig hat das neulich noch einmal deutlich gemacht. Ich bin zuversichtlich, dass es hier zeitnah zu einer Regelung kommt.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die AfD-Fraktion stellt die Frage Herr Kohler. – Bitte schön! – Wir haben hier gerade Technikprobleme.

[Zuruf von Antje Kapek (GRÜNE)]

Kann die Technik vielleicht Herrn Kohler das Wort geben? Geht das? – Ich glaube, jetzt können Sie reden – bitte schön!

Martin Kohler (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Ich möchte den Senat fragen: Wie war es möglich, dass ausgerechnet kurz vor dem Gedenktag an den Fall der Berliner Mauer und die nationalsozialistische Pogromnacht ein Propalästina-demonstrant am Mast der Einheitsflagge vor dem Reichstagsgebäude emporklettern, die Flagge der Deutschen Einheit in den Schmutz werfen und sie durch die Fahne der Palästinensischen Autonomiebehörde austauschen und sich dabei auch noch filmen konnte, ohne dass er durch die Polizei daran gehindert wurde? – Vielen Dank!

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Innensenatorin Spranger, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich sage hier eines ganz deutlich: Ich verurteile aufs Schärfste diese Tat; es ist eine unsägliche Tat.

[Beifall bei der SPD, der CDU und der AfD – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Gerade nach der Aktuellen Stunde, die wir heute gemeinsam hatten, finde ich, dass man so eine Tat nicht dulden darf.

Weil Sie jetzt auf die Frage angespielt haben, warum die Polizei das nicht verhindert hat: Es war vorher keine Kenntnis vorhanden, dass diese Gruppe –

[Lachen bei der AfD]

– Ich finde es, ehrlich gesagt, nicht zum Lachen. –

[Beifall von Sebahat Atli (SPD)]

– eine entsprechende Tat durchführen wollte. Das war nicht bekannt.

Ich habe mir selbstverständlich danach sofort den Ablauf zeigen und geben lassen. Sie wissen, es sind zwei beteiligt, einmal die Polizei des Deutschen Bundestages und einmal die Berliner Polizei. Die Berliner Polizei war nach zwei Minuten mit einem Funkwagen sofort vor Ort. In dem Augenblick aber war derjenige – – Es waren drei Tatverdächtige: ein 22-Jähriger, ein 20-Jähriger und ein 32-Jähriger. Zwei Tatverdächtige wurden unten sofort festgenommen, und der andere Tatverdächtige, der mit einer entsprechenden Ausrüstung und dieser Fahne nach oben gegangen ist, war dermaßen schnell oben, dass es nicht mehr möglich war, ohne entsprechendes Gerät ihn, obwohl er zigmal aufgefordert wurde, sofort den Fahnenmast wieder zu verlassen, herunterzuholen.

[Lachen bei der LINKEN]

– Das finde ich, ehrlich gesagt, auch nicht zum Lachen.

[Rolf Wiedenhaupt (AfD): Unmöglich!]

Ich finde, in solchen Situationen sollte sich das Hohe Haus wirklich Gedanken machen: Wie gehen wir mit solchen Taten um? – Bitte nicht so, wie Sie es gerade hier gemacht haben!

[Beifall bei der SPD, der CDU und der AfD]

Die drei Personen wurden in Gewahrsam genommen. Es wurden Strafermittlungsverfahren eingeleitet wegen des Verunglimpfens des Staates und seiner Symbole, Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin. Die Bearbeitung erfolgt durch den polizeilichen Staatsschutz, das LKA, und selbstverständlich die Staatsanwaltschaft.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir haben selbstverständlich sofort – – Ich habe die beiden Polizeisituationen schon benannt. Wir stehen im Austausch und werden diese Situation sowohl mit der Polizei des Deutschen Bundestages als auch mit der Berliner Polizei auswerten und schauen, weil dort eine Baustelle ist, Sie wissen es, Sie sehen es auch jeden Tag – – Wir werden im Austausch dann auch Sicherungsmaßnahmen gemeinsam festlegen. Dieser Austausch ist bereits sofort danach erfolgt, heute ein weiteres Mal. Gegenseitige Zuweisungen der Schuld bringen jetzt gar nichts, um das auch ganz deutlich zu sagen. Wir müssen den Schutz dieser deutschen Fahne, die dort oben hängt, absichern. Das ist unsere gemeinsame Verpflichtung. – Danke schön!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der AfD]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die erste Zusatzfrage Herr Kohler, bitte schön!

Martin Kohler (AfD):

Vielen Dank erst einmal für die ausführliche Antwort! Mich würde dennoch interessieren: Welche konkreten Schritte wird der Senat unternehmen, um angesichts vieler anderer solcher Fälle von Flaggenschändungen die verschiedenen Flaggen an öffentlichen Gebäuden generell besser zu schützen?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Danke schön, Frau Präsidentin! – Danke schön für die Fragestellung! Wir haben sehr viele Fahnen, die vor öffentlichen Gebäuden stehen. Ich kann nicht vor jedes Gebäude einen, zwei oder drei Polizisten stellen; das geht nicht.

[Zurufe]

Das ist völlig unrealistisch. Was wir aber gemeinsam als Verantwortung haben, auch als Gesellschaft: Wenn jemand so etwas sieht, auch im öffentlichen Raum, dann sollte – wir haben heute immer wieder von Mut und von tatsächlichem Handeln gesprochen – eingeschritten werden. Wenn es vor öffentlichen Gebäuden ist, wird es selbstverständlich sein, dass da gehandelt wird; wir haben einen entsprechenden Objektschutz, der dort auch selbstverständlich handelt. Aber auch die Gesellschaft: Wenn Sie so etwas sehen, sollten Sie einschreiten. – Danke schön!

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die zweite Zusatzfrage geht an Herrn Pauli.

Hendrik Pauli (AfD):

Frau Senatorin! Wie bewertet der Senat aktuell die Gefahr, die für Juden und israelische Staatsbürger, die sich in Berlin aufhalten, von propalästinensischen Judenhassern ausgeht?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Die Konflikte im Nahen Osten – darauf zielen Sie ja ab – bewegen in Berlin sehr viele Menschen. Wir haben in Berlin mittlerweile, und das konzentriert sich auch sehr auf Berlin, 7 000 Demonstrationen. Diese sind jetzt nicht alle in diesem Konflikt, aber die Polizei Berlin – und darauf bin ich sehr stolz – schützt jede einzelne Demonstration, nämlich dass Versammlungsfreiheit in Berlin stattfindet.

Jüdinnen und Juden haben Sorge um ihre Sicherheit. Ich habe erst in der letzten Woche, nein, es war sogar in dieser Woche, mit dem Präsidenten des Zentralrates, Dr. Schuster, gesprochen. Er war bei mir, und ich habe ihm versichert, dass ich als Innensenatorin – sehr viele hier im Haus kennen mich mittlerweile sehr gut, auch aus der letzten Wahlperiode – gemeinsam mit der Polizei Berlin alles dafür tun werde, dass wir diesen Hass und diese Hetze, die durch Extremisten auf unsere Straßen getragen werden, die die Versammlungsfreiheit klar ausnutzen, nicht dulden werden. Da oben sitzen Kolleginnen und Kollegen. Ich danke euch dafür, dass ihr diejenigen seid, die das verteidigen! – Danke schön!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nun Frau Kapek. – Bitte schön!

Antje Kapek (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Ich frage den Senat: Welche Baumfällungen, die im Rahmen von Straßenbauvorhaben von der aktuellen Regierung, dem aktuellen Senat geplant sind, werden denn im Sinne des Zurückhaltungsgebotes im Zuge der Regierungsneubildung zurückgestellt?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Senator Gaebler zur Beantwortung, bitte! – Frau Bonde, Entschuldigung!

Senatorin Ute Bonde (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Kapek! Klimaschutz und Umwelt liegen in meinem Bereich und damit auch etwaige Baumfällungen. Ich kann Ihnen sagen, dass es sich hier um gewöhnliches Verwaltungshandeln handelt – ohne politische Einflussnahme. Insofern werden wir das, was Verwaltungshandeln erfordert, was Baumaßnahmen an Straßen erfordern, durchführen und umsetzen.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Kapek für die erste Zusatzfrage, bitte schön!

Antje Kapek (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Ich stelle fest, es gibt keine Zurückhaltung. Deshalb frage ich den Senat: Kann der Senat bestätigen, dass die Verwaltung trotz des Zurückhaltungsgebotes den Tiefbauvertrag für den Umbau der Torstraße am 28. Oktober, also mehr als einen Monat nach der Wahl, an die Firma Eurovia vergeben hat? Wenn ja: Wie wird der Senat verhindern, dass Bäume gefällt werden, bevor ein neuer Senat solche Entscheidungen treffen oder gegebenenfalls sogar zurücknehmen kann?

[Zuruf von Carsten Ubbelohde (AfD)]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin Bonde, bitte schön!

Senatorin Ute Bonde (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Kapek! Da Sie mehrere Fragen gestellt haben, suche ich mir eine Ihrer Fragen aus.

[Heiterkeit bei der CDU]

Noch einmal: Es gibt kein Zurückhaltungsgebot, da wir ganz normales Verwaltungshandeln ausführen. Das gilt auch für die Torstraße. Es gibt Planungen, auf die jedenfalls von meiner Seite keine politische Einflussnahme erfolgt ist – vielleicht von Vorgängerinnen, aber nicht von mir. Insofern ist das absolut normales Verwaltungshandeln. Meine Verwaltung bestätigt mir insbesondere, dass die Planungen auch unter grüner Hausleitung jedenfalls mindestens so existiert haben, wie sie heute umgesetzt werden.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die zweite Zusatzfrage geht an Herrn Grothe. – Bitte schön!

Pascal Grothe (GRÜNE):

Frau Senatorin Bonde! Ich möchte Sie fragen, wie Sie verhindern, dass am Tempelhofer Damm, an der Ollenhauerstraße und in der Pankower Kastanienallee trotz Klimaanpassungsgesetz und trotz dieses Zurückhaltungsgebots noch Bäume gefällt werden, bevor ein neuer Senat eigene Entscheidungen treffen kann. – Danke!

[Zuruf von der AfD]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin Bonde, bitte schön!

Senatorin Ute Bonde (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! An dieser Stelle möchte ich Ihnen sagen, dass das Klimaanpassungsgesetz nicht das einzige Gesetz ist, das maßgeblich ist,

[Zuruf von Sebastian Walter (GRÜNE)]

sondern wenn es um Infrastrukturmaßnahmen in unserem Land, in unserer Stadt geht, haben wir noch viel mehr Dinge zu berücksichtigen – und das ist die Infrastruktur in Gänze. Niemand hat etwas davon, wenn wir jetzt ein Baummoratorium aussprechen, das heißt, erforderliche Baumaßnahmen an Straßen nicht mehr durchführen. Sie haben gerade den Tempelhofer Damm genannt: Da sollen ADL-Leitungen, also große Wasserleitungen, ausgetauscht werden, die nahezu 100, 120 Jahre alt sind. Da tickt eine Zeitbombe. Wir müssen dort handeln, und das werden wir auch tun, weil es gewöhnliches Verwaltungshandeln ist.

[Lachen bei den GRÜNEN]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die SPD-Fraktion stellt die Frage Herr Schulz. – Bitte schön!

Mathias Schulz (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Ich frage den Senat: Bis wann ist mit der Veröffentlichung der Evaluation zum Winterdienst zu rechnen, die der Senat laut Parlamentsbeschluss vom 11. Februar 2026 diesem bis zum 1. Juni bereits vorgelegt haben sollte?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Zur Beantwortung Frau Senatorin Bonde, bitte schön!

Senatorin Ute Bonde (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir stehen im regen Austausch mit den jeweils Beteiligten in diesem Kontext, und wir treffen uns regelmäßig mit ihnen. Insofern werden wir mit der BSR, mit den Bezirken gemeinsam zu einer Stellungnahme und Veröffentlichung der Maßnahmen kommen, und das wird in Kürze der Fall sein.

[Tobias Schulze (LINKE): Pünktlich, wenn Frost ist!]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Schulz, bitte schön!

Mathias Schulz (SPD):

Dann ändere ich einmal die Frage ein bisschen ab: Inwieweit wird denn der vorzulegende Bericht aus Ihrer Sicht auch konkrete Änderungsvorschläge am Straßenreinigungsgesetz oder anderen Rechtsvorschriften enthalten, damit bei der einen oder dem anderen nicht länger der Eindruck entsteht, der Senat würde in die nächste Winterkrise, die wahrscheinlich wieder bevorsteht, schlittern, so wie im letzten Jahr? Oder vertrauen Sie darauf, wie es zu lesen war, dass es im Winter wohl nicht kalt werden wird und damit auch kein Glättechaos entstehen wird?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin Bonde, bitte schön!

Senatorin Ute Bonde (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Klarstellen möchte ich, dass der Winterdienst in der Verantwortung der jeweiligen Eigentümer und nicht in der Verantwortung des Senats liegt. Die Bezirke sind auch verantwortlich dafür, dass die Straßen und Wege

entsprechend gereinigt werden, gemeinsam mit der BSR. Das ist nicht Verantwortung des Senats.

Diese Koalition hat sich darauf verständigt, das maßgebliche Gesetz zu ändern. Dort ist jetzt eine Verordnungsermächtigungsgrundlage für mein Haus, für die jeweilige Leitung des Hauses enthalten. Das ist wirklich erforderlich gewesen, und es ist gut, dass es zu dieser Änderung gekommen ist. Insofern kann wesentlich schneller gehandelt werden, als das im letzten Jahr der Fall war. Sollte ein Winter noch einmal so stattfinden, wie der letzte Winter stattgefunden hat, dann ist mein Haus sehr schnell handlungsfähig, obwohl – und das möchte ich noch einmal betonen – die Verantwortung für den Winterdienst bei den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern und bei den Bezirken liegt.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die zweite Zusatzfrage geht an Frau Kapek. – Bitte schön!

Antje Kapek (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Dann frage ich ebenfalls den Senat: Der Winter betrifft ja nicht einzelne Bezirke, sondern ganz Berlin. Verstehe ich es richtig, obwohl wir alle im letzten Winter gesehen haben, dass sich die Leute eben nicht an die Regeln halten und nicht ihren Eigentümerpflichten nachkommen, übernehmen Sie hier gerade ausgesprochen wiederum nicht die zentrale Verantwortung, sondern lassen wider besseres Wissen die Leute zum zweiten Mal in ein gefährliches Winterchaos schlittern?

[Zuruf von der AfD]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Ute Bonde (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Kapek! Sie haben mir offensichtlich nicht zugehört. Ich habe gesagt, dass wir mehrere Runden mit allen Beteiligten durchgeführt haben, um eben so etwas, was im letzten Winter passiert ist, nicht wieder passieren zu lassen. Gleichwohl liegt die Verantwortung nicht in meiner Senatsverwaltung, sondern die Verantwortung liegt auch nach Änderung des Gesetzes weiterhin bei den Eigentümerinnen und Eigentümern und bei den Bezirken.

[Zuruf von Antje Kapek (GRÜNE)]

Das ist auch gut und richtig so, weil man die Bürgerinnen und Bürger nicht gänzlich aus jeder Verantwortung und schon gar nicht aus einer Eigentumsverantwortung nehmen kann. – Vielen Dank!

[Zurufe von Antje Kapek (GRÜNE) und Andreas Otti (AfD)]

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die Runde nach der Stärke der Fraktionen ist damit beendet. Nun können wir die weiteren Meldungen im freien Zugriff berücksichtigen. – Ich stelle auch fest, dass wir jetzt gut gelernt haben, wann man sich bei der zweiten Zusatzfrage eindrücken kann. Vielen herzlichen Dank dafür! – Ich werde diese Runde mit einem Gongzeichen eröffnen. Schon mit dem Ertönen des Gongs haben Sie die Möglichkeit, sich durch Ihre Ruftaste anzumelden. Alle vorher eingegangenen Meldungen werden hier nicht erfasst und bleiben unberücksichtigt.

[Gongzeichen]

Ich gehe davon aus, dass alle Fragestellerinnen und Fragesteller die Möglichkeit zur Anmeldung hatten. Damit beende ich die Anmeldung.

[Gongzeichen]

Dann verlese ich die Liste der Namen der ersten acht Wortmeldungen: Herr Vallendar, Herr Ubbelohde, Herr Mirzaie, Herr Simon, Herr Zander, Herr Trefzer, Herr Tabor und Herr Dr. Bronson. Die Liste der Wortmeldungen, die ich soeben verlesen habe, bleibt hier erhalten, auch wenn Ihre Mikrofone diese Anmeldung nicht mehr darstellen. Sie können sich also wieder zu Wort melden, wenn sich aus der Beantwortung des Senats Nachfragen ergeben.

Es beginnt Herr Vallendar.

Marc Vallendar (AfD):

Wie bewertet der Senat die aktuelle Sicherheitslage mit Blick auf die bevorstehende Weihnachtsmarktsaison in Berlin, insbesondere hinsichtlich möglicher Anschlagsgefahren und der vorgesehenen Sicherheitskonzepte?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Innensenatorin Spranger, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! So wie jedes Jahr sitzen wir sehr intensiv – ich habe das hier schon oft gesagt, auch in der letzten Wahlperiode – nach Silvester und nach Weihnachten selbstverständlich schon wieder an den Planungen für das kommende Jahr und für dieses Jahr. Wir haben selbstverständlich auch schon die entsprechenden Konzepte mit den Weihnachtsmärkten besprochen und besprechen sie. Sie können sicher sein, dass wir so wie auch im letzten Jahr sehr intensiv nicht nur Beratungen durchführen, weil die Polizei Berlin nicht alles machen kann, sondern vieles

muss auch von den Betreibern der Weihnachtsmärkte als Sicherheit gewährleistet sein. Aber die Beratungen laufen, und wir werden uns selbstverständlich jeden einzelnen Weihnachtsmarkt anschauen. Sie haben beim letzten Mal auch gemerkt, dass die Sicherheitskonzepte in Berlin sehr gut gegriffen haben.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Für die erste Nachfrage Herr Vallendar, bitte schön!

Marc Vallendar (AfD):

Frau Senatorin! Veranstalter von Weihnachtsmärkten und anderen Straßenfesten klagen seit Langem, dass sie für die durch die veränderte Sicherheitslage erforderlichen zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen bezahlen müssen, obwohl der damalige Betreiber des Weihnachtsmarkts am Schloss Charlottenburg ein Urteil erstritten hat, dass dies in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegt. Warum lässt der Senat die Betreiber hier in dieser Frage allein?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich habe das auch schon beim letzten Mal beantwortet, weil Sie mir diese Frage, glaube ich, schon mal gestellt haben.

[Marc Vallendar (AfD): Alle Jahre wieder!]

– Alle Jahre wieder!

[Rolf Wiedenhaupt (AfD): Wie Weihnachten!]

– Kommt auch alle Jahre wieder und Silvester auch, und deshalb bereiten wir das ordentlich vor! – Die Ordnungsbehörden liegen in den Bezirken. Die Ordnungsbehörden müssen selbstverständlich mit den Betreibern entsprechende Vereinbarungen treffen. Die Ordnungsbehörden und die Bezirke werden nicht die finanziellen Mittel haben, um die Sicherheit sicherzustellen. Das können sie nicht, aber sie können selbstverständlich – und deshalb sage ich es noch mal – gemeinsam mit der Polizei einzelne Sicherheitsmaßnahmen nicht nur anregen, sondern auch durchführen. Sie wissen, dass auch die Polizei Berlin an vielen, gerade prägnanten Standorten selbst mit Sicherheitsmaßnahmen dabei ist. Das wird auch in diesem Jahr wieder so sein. Aber das, was Sie angesprochen haben, sind die Ordnungsbehörden der Bezirke.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die zweite Nachfrage geht an Herrn Kohler.

Martin Kohler (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Mich würde noch interessieren: Wie wirken sich nach Erkenntnis des Senats die gestiegenen Sicherheitskosten auf die Wirtschaftlichkeit der Weihnachtsmärkte aus?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich bin keine Betreiberin eines Weihnachtsmarktes. Diese Fragestellung müssen Sie an die Kolleginnen und Kollegen, die die Weihnachtsmärkte – –

[Zuruf von der AfD: Herrn Evers!]

– Er kann das auch nicht beantworten!

[Bürgermeister Stefan Evers: Weihnachtsmärkte rekommunalisieren!]

– Ja, das wird auch nicht klappen! – Jeder Betreiber, der einen Weihnachtsmarkt betreibt, weiß, dass wir eine veränderte Sicherheitslage haben. Das, was wir als Sicherheitsbehörden dazu beitragen können, werden wir selbstverständlich beitragen.

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die nächste Frage stellt Herr Ubbelohde.

Carsten Ubbelohde (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Nach einem Medienbericht gab Berlin im Jahr 2024 täglich 2,4 Millionen Euro für die Unterbringung von Migranten aus, was einer Verdreifachung seit 2020 entspricht. Dazu frage ich den Senat: Wie erklärt denn der Senat den Berliner Steuerzahlern diese Kostenexplosion, insbesondere angesichts angeblich seit Jahren sinkender Ankunftszahlen?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Zur Beantwortung Frau Senatorin Kiziltepe, bitte schön!

Senatorin Cansel Kiziltepe (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist unsere gesetzliche Verpflichtung, dass Menschen, die vor Flucht und Krieg fliehen, bei uns hier untergebracht werden. Diese Menschen werden auf die Bundesländer verteilt. Es gibt natürlich Unterschiede in der Unterbringung, was die finanziellen Kosten angeht. Ich habe immer gesagt, in Großunterkünften sind die Kosten am größten. Das ist so. Dezentrale Unterbringung

ist die kostengünstigere Variante. Der Berliner Senat guckt sich das natürlich auch an. Gerade jetzt in diesen Zeiten, wo die Zahlen relativ konstant sind, achten wir darauf, dass wir in die kostengünstigere Unterbringungsform verlagern. Daran arbeiten wir auch sehr intensiv. – Danke!

Präsidentin Hendrikje Klein:

Herr Ubbelohde für die erste Nachfrage!

Carsten Ubbelohde (AfD):

Vielen Dank! – Frau Senatorin! Sie sprachen von der Verpflichtung. Es gibt ja auch eine Verpflichtung zur Rückführung, wenn der Aufenthaltstitel nicht mehr greift. Wie erklären Sie denn den Berlinern angesichts der Wohnungsverknappung diese Kosten, die hier täglich in eine Unterbringung von Menschen investiert werden, die zu einem großen Anteil gar nicht aufenthaltsberechtigt sind?

Präsidentin Hendrikje Klein:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Cansel Kiziltepe (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Danke für die Frage! Wie Sie wissen, leben wir in einem Rechtsstaat, und da sind auch rechtsstaatliche Verfahren abzuwarten.

[Zuruf von Jan-Philip Streeck (AfD)]

Die Menschen, die hier im Asylbewerberverfahren sind, werden natürlich auch von uns untergebracht. Das ist unsere gesetzliche Verpflichtung. – Danke!

Präsidentin Hendrikje Klein:

Die zweite Zusatzfrage geht an Frau Ehlers.

Daniela Ehlers (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich frage den Senat, ob er die absolut populistische Stimmungsmache auf dem Rücken von Menschen, die – genauso wie ich oder alle anderen hier – das Grundrecht auf Wohnen in dieser Stadt haben, genauso widerlich findet wie ich.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Zuruf von Jan-Philip Streeck (AfD) –
Weitere Zurufe von der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Cansel Kiziltepe (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für die Nachfrage! Es ist eine gesamtstädtische Herausforderung, dass wir als Berliner Senat in Berlin dafür sorgen müssen, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum errichtet wird und vorhanden ist. Wir haben unterschiedlichste Gruppen in Berlin, die davon betroffen sind. Dazu gehören natürlich obdachlose Menschen; dazu gehören Frauen, die von Gewalt betroffen sind und diese Unterbringung und bezahlbaren Wohnraum brauchen. Dazu gehören geflüchtete Menschen, und dazu gehören natürlich auch Berlinerinnen und Berliner. Deshalb ist es unsere gemeinsame Verantwortung, hier dafür zu sorgen, dass wir bezahlbaren Wohnraum schaffen und diese Menschen entsprechend unterstützen und unterbringen können, ohne unsere Gesellschaft zu spalten. – Danke schön!

[Beifall von Niklas Schenker (LINKE)
und Sebastian Walter (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin!

Die nächste Frage geht an den Kollegen Mirzaie. – Bitte schön!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich frage den Senat: Wie bewertet der Senat die aktuelle Lage der medizinischen Versorgung von Transpersonen in Berlin, insbesondere den Zugang zu Ärztinnen und Ärzten und den Zugang zur Hormontherapie, und hier insbesondere für Menschen ohne Krankenversicherung oder mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus?

[Lachen von Tommy Tabor (AfD) –
Zuruf von Tommy Tabor (AfD): Alter Falter! –
Weitere Zurufe von der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin Czyborra, bitte schön!

Senatorin Dr. Ina Czyborra (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege):

Die medizinische Versorgung von Transpersonen stellt uns nicht vollumfänglich zufrieden. Das ist völlig klar. Es gibt große Schwierigkeiten, Ärztinnen und Ärzte zu finden, und es gibt auch Rechtsunsicherheiten für die Praxen und so weiter. Daran arbeiten wir; daran müssen wir auch gemeinsam mit dem Bund arbeiten.

Die Frage wurde jetzt hier verknüpft mit der generellen Frage nach der gesundheitlichen Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung. Auch da tun wir ja eine ganze Menge. Wir haben in den letzten Jahren tatsächlich steigende Millionenbeträge für die medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung ausgegeben, welcher Art auch immer die medizinischen Versorgungsbedarfe an der Stelle sind. Selbstverständlich ist es so, dass es verschiedene Schwierigkeiten im Gesundheitssystem gibt, zu einer Versorgung zu kommen – wie ganz spezielle Bedarfe oder dann hinzutretend keine Krankenversicherung –, die den Zugang zu medizinischen Leistungen sehr stark erschweren. Wie gesagt, wir haben da Programme, wir haben Anlaufstellen, wir haben Versorgung. Auch die Krankenhäuser versorgen Menschen ohne Krankenversicherung im Notfall. Da haben wir ja das Problem mit der Nothelfersituation, dann auch eine Erstattung für diese Leistungen zu bekommen. – Bei einer relativ komplexen Frage mit verschiedenen Facetten so viel zunächst einmal als Antwort.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann geht die erste Nachfrage an den Kollegen Mirzaie. – Bitte schön!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE):

Vielen herzlichen Dank! – Ich frage noch mal nach: Wie begründet der Senat eigentlich Umfang und Zeitpunkt der Durchsuchung bei Casa Kuà am 18. Oktober 2026, bei der laut Medienberichten 38 Einsatzkräfte während eines Selbsthilfetreffens von Transpersonen eingesetzt und die Personalien von mindestens 21 Anwesenden festgestellt wurden, und inwiefern wurde bei dem Einsatz auch berücksichtigt, dass es sich um einen Schutzraum handelt?

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin Czyborra, bitte schön!

Senatorin Dr. Ina Czyborra (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege):

Dieser Vorgang wurde von der Gesundheitsverwaltung und von meinem Haus nicht veranlasst und kann daher auch nicht kommentiert werden.

[Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Jemand anders? – Niklas Schrader (LINKE): Die zuständige Senatsverwaltung hätte vielleicht mehr sagen können!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann geht die zweite Nachfrage an die Kollegin Steinmetz. – Bitte schön!

Charlotte Steinmetz (GRÜNE):

Danke schön! – Ich frage noch mal nach: Welche Folgen hat der Polizeieinsatz nach Einschätzung des Senats für das Vertrauen von Transpersonen, insbesondere queeren Personen of Colour, in staatliche Institutionen, und wie stellt der Senat sicher, dass Beratungs- und Selbsthilfeangebote, die vom Land gefördert werden oder mit ihm kooperieren, weiterhin sicher genutzt werden können?

[Lachen von der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin Spranger! Sie können sich eine der beiden Fragen zur Beantwortung aussuchen.

[Zuruf von Lars Düsterhöft (SPD)]

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Selbstverständlich ist der Schutz von Transfrauen sehr wichtig. Es wird auch viel dafür getan. Es gibt trotzdem keine rechtsfreien Räume, denn danach wurde ja auch gefragt: Die gibt es nicht. Die Polizei geht grundsätzlich nur so vor, wie Sie es gerade beschrieben haben, wenn es eine richterliche Anordnung gibt, sonst macht sie es nicht, weil es ein Schutzraum war und kein rechtsfreier Raum. So etwas gibt es nicht; so etwas sollte es auch nicht geben. – Danke schön!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin!

Dann geht die nächste Frage an den Kollegen Simon. – Bitte schön!

Roman Simon (CDU):

Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin! – Wie bewertet der Senat öffentliche Äußerungen aus dem politischen Umfeld von Parteien, in denen die Berliner Polizei als krimineller Clan bezeichnet wird, hinsichtlich ihrer Auswirkung auf das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden und die Motivation der sich täglich im Einsatz befindlichen Polizeibeamten?

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Frau Senatorin Spranger, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich dulde solche Aussagen nicht, um das ganz deutlich zu sagen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der CDU und der AfD —
Rolf Wiedenhaupt (AfD): Die Linke schon!]

Das muss jede Partei und jede Fraktion für sich ausmachen. Ich habe hier eine klare Haltung, und die klare Haltung hat auch die Polizei Berlin. Ich war sehr erstaunt darüber, was gesagt worden ist, weil ich glaube, dass hier in diesem Hohen Haus die Polizei immer geachtet werden muss und soll. Jetzt sitzen die nächsten Kolleginnen und Kollegen dort oben.

[Lachen von Kurt Wansner (CDU)]

– Da lacht schon wieder einer. Das finde ich nicht gut. Wer hat denn jetzt gelacht?

[Tommy Tabor (AfD): War einer von der CDU!]

– Okay, mein Freund Kurt.

[Tobias Schulze (LINKE): Mann, Mann, Mann!]

Er hat es aber anders gemeint.

[Niklas Schrader (LINKE): Ah, bei dem gibt es Nachsicht, oder wie?]

Aber noch einmal: Wir haben vorhin gerade darüber gesprochen, und ich habe auch vorhin gerade gesagt, dass die Polizei einen sehr klaren Auftrag hat, nämlich den Schutz der Berlinerinnen und Berliner zu sichern. Und das macht sie jeden Tag.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der CDU und der AfD –
Beifall von Tobias Schulze (LINKE),
Eda Terkan (LINKE)
und Daniela Ehlers (GRÜNE)]

Dabei dürfen politische Bewertungen in keiner Weise eine Rolle spielen.

Ich habe vorhin gerade von 7 000 Demonstrationen gesprochen, die wir jedes Jahr in Berlin haben. Ich kann Ihnen sagen: Wenn ich bei Innenministerkonferenzen bin – und ich lobe immer auch die Bundespolizei; ich lobe die anderen Einsatzkräfte aus anderen Bundesländern –, sagen mir alle Innenminister jedes Mal: Iris, du kriegst von uns jede Unterstützung, aber tauschen wollen wir nicht. – Wir haben es auch am 31. des letzten Monats gemerkt, wie professionell unsere Polizei mit den Situationen in Berlin umgeht. – Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Die erste Nachfrage geht an den Kollegen Simon. – Bitte schön!

Roman Simon (CDU):

Herzlichen Dank – insbesondere für die politische Rückendeckung! Die ist ganz entscheidend und wichtig. Wie glaubwürdig kann denn eine politische Rückendeckung für die Berliner Polizei aus Sicht des Senats sein, wenn gleichzeitig aus einer Jugendorganisation einer Partei die Polizei öffentlich als krimineller Clan bezeichnet wird – so geschehen aus der Jugendorganisation ['solid] der Linken?

[Antje Kapek (GRÜNE): Wollen wir noch mal kontrollieren, was die Junge Union alles gesagt hat? – Weiterer Zuruf von den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin Spranger, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich habe mich vorhin schon dazu geäußert. Ich verurteile solche Aussagen.

[Beifall von Derya Çağlar (SPD) –
Beifall bei der CDU und der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Die zweite Nachfrage geht an den Kollegen Förster.

Christopher Förster (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Welche konkreten Erwartungen – wir sprachen ja gerade über Erwartungen, Frau Senatorin – haben Sie denn hinsichtlich des Umgangs mit der Berliner Polizei? Betrachten Sie eine eindeutige Distanzierung von solchen pauschalen Verunglimpfungen als Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Innenpolitik?

[Zuruf von Antje Kapek (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin Spranger, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich bin die Innensenatorin von Berlin, und als solche habe ich immer und habe auch jetzt eine klare Auffassung.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin!

Dann geht die nächste Frage an den Kollegen Zander. – Bitte schön!

Christian Zander (CDU):

Vielen Dank! – Vor dem Hintergrund, dass die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angekündigt haben, wesentliche Teile der vom schwarz-roten Senat durchgesetzten ASOG-Novelle wieder abzuschaffen und zuvor bereits dagegen geklagt haben, frage ich den Senat, wie er die in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene Novelle des ASOG insbesondere im Hinblick auf die neuen Möglichkeiten der Ermittlung im digitalen Raum, zur Videoüberwachung und zum Einsatz von künstlicher Intelligenz beurteilt.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Ich darf zunächst bitten, von der Pressetribüne nicht auf Unterlagen der Abgeordneten zu fotografieren! – Dann zur Beantwortung Frau Senatorin Spranger, bitte schön!

[Niklas Schrader (LINKE): Wird der Senat jetzt zu Koalitionsverhandlungen befragt oder was?]

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrter Herr Abgeordneter! Wir haben in der letzten Wahlperiode als Koalitionsfraktionen SPD und CDU, als Senat ein Gesetz vorgelegt, das nicht nur notwendig war, sondern es war auch höchste Zeit, dass wir das getan haben,

[Beifall von Derya Çağlar (SPD) – Beifall bei der CDU]

denn wir haben hier sehr lange darüber diskutiert, welche Befugnisse und welche rechtlichen Befugnisse für die Stadt Berlin richtig sind und welche rechtlichen Befugnisse auch gut für die Handlungsweisen der Polizei und der Feuerwehr sind. Ich bin sehr froh, dass dieses Gesetz nach vielen Beratungen – nach sehr vielen Beratungen! – hier durch das Parlament beschlossen worden ist. Sie können sich vorstellen, dass ich als Innensenatorin selbstverständlich an diesem Gesetz genau so, wie wir es gemacht haben, festhalten werde, weil es genau diese Befugnisse braucht, um die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner auch weiterhin so zu sichern und damit die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, der Feuerwehr, der Rettungsdienste und so weiter genau wissen, was sie rechtlich dürfen und was sie eben auch rechtlich nicht dürfen. – Herzlichen Dank!

[Martin Kohler (AfD): Da gibt es Kopfschütteln beim künftigen Koalitionspartner!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann geht die erste Nachfrage an den Kollegen Zander. – Bitte schön!

Christian Zander (CDU):

Noch einmal etwas konkreter dazu die Frage, wie Sie die Einrichtung der KI-gestützten Videoüberwachung am Kottbusser Tor beurteilen und welche voraussichtlichen Auswirkungen Sie auf die Kriminalität dort vor Ort erwarten.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin Spranger, bitte schön!

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Danke schön, Frau Präsidentin! – Herr Abgeordneter! Wir haben am Kottbusser Tor, Sie kennen es, die Kotti-Wache eingerichtet. Ich war die erste Senatorin, die das gemeinsam mit – jetzt darf ich das mal sagen – der SPD-Fraktion dort durchgesetzt hat. Wir haben das Geld bereitgestellt gekriegt, 3,4 Millionen Euro, und mittlerweile ist die Kotti-Wache die Wache, die am modernsten ausgestattet ist. Ich bin sehr froh darüber, dass mich die SPD-Fraktion in dieser Sache unterstützt hat, denn ohne Geld geht es nun mal nicht.

Wir haben gemeinsam auch, und darauf sprechen Sie mich ja an, jetzt 30 Kameras angebracht in der Umgebung des Kottbusser Tores, KI-gestützt. Das ist ein Pilotprojekt. Dieses Pilotprojekt dient dazu, dass die Kriminalität, nämlich gerade die körperlichen Übergriffe mit über 900 pro Jahr, dass diese körperlichen Übergriffe dort sehr klar verhindert werden. Das können die KI-gestützten Kameras tun.

Der Innenausschuss ist ja noch nicht eingerichtet. Aber wenn der Innenausschuss dann eingerichtet ist, dann würde ich mich sehr darum kümmern, dass die Kolleginnen und Kollegen des Abgeordnetenhauses das Gleiche auch noch mal sehen wie wir an dem Tag, als wir das geöffnet haben, die KI, damit auch den Abgeordneten mal sichtbar wird, wie das funktioniert. Denn da kursiert viel, was gar nicht so ist.

Das heißt also, wir haben 20 Kolleginnen und Kollegen, die in der Kotti-Wache an einem Arbeitsplatz nicht nur ausgebildet worden sind, sondern die dort sitzen, vor einem dunklen Bildschirm. Wenn draußen eine der Kameras eine Bewegung erkennt, die untypisch ist, beispielsweise eine Schlägerei, dann geht diese Kamera auf den Bildschirm und gibt ein Signal und kommt in einem normalen Bild, und dann sitzt ein Polizist oder eine Polizistin davor und entscheidet: Muss ich jetzt dort Einsatzkräfte hinschicken, ja oder nein? – Ansonsten ist der Bildschirm dunkel. Das heißt also, die KI entscheidet gar nichts. Sie entscheidet nur eine bestimmte Bewegung, die sie signalisiert und nach oben meldet. Alles andere entscheiden Menschen, nämlich die Kolleginnen und Kollegen, die dafür ausgebildet sind. – Danke schön! – Und ich

finde es richtig, dass wir das als Pilotprojekt gemacht haben.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann geht die zweite Nachfrage an den Kollegen Förster.

Christopher Förster (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Frau Innensenatorin, danke auch noch mal für die klaren Worte zur Wichtigkeit der ASOG-Novelle, die hier ermöglicht wurde! – Kann ich annehmen, dass alles, was Sie jetzt gerade ausgeführt haben, am Ende dazu führt, dass Sie einem möglichen Linksbündnis, das das zurückdrehen wollte, als Innensenatorin nicht zur Verfügung stehen würden?

[Allgemeine Heiterkeit]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Senatorin!

[Bürgermeister Stefan Evers: „Dazu liegen mir keine Informationen vor!“]

Senatorin Iris Spranger (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Ich wiederhole den Finanzsenator: Dazu liegen mir keine Informationen vor!

[Allgemeine Heiterkeit]

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrter Herr Abgeordneter! Ich leite für die SPD das Ressort – auch in den Verhandlungen – Inneres und Sport, und das tue ich selbstverständlich, und ich tue es mit meiner Überzeugung, die Sie hier alle kennen. Deshalb werde ich zu weiteren Sachen, weil das ja nun auch immer in der Öffentlichkeit war – –

Selbstverständlich hat man unter anderem an dem Tag, als ich die KI-Videoüberwachung vor eigentlich fast der gesamten bundesdeutschen Presse vorgestellt habe – sie waren alle da –

[Niklas Schrader (LINKE): Wer spricht da jetzt gerade?]

mich gefragt: Frau Spranger, können Sie sich denn vorstellen, wenn Sie gefragt werden, weiterzumachen? –, und ich habe selbstverständlich, so wie jeder männliche Kollege das auch tun würde, gesagt: Natürlich! – Danke schön!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Damit ist die Fragestunde für heute beendet.

Wir kommen zu

lfd. Nr. 3:

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

lfd. Nr. 3.1:

Priorität der Fraktion Die Linke (keine Anmeldung)

lfd. Nr. 3.2:

Priorität der Fraktion der CDU (keine Anmeldung)

Die Fraktion Die Linke und die Fraktion der CDU haben auf die Anmeldung einer Priorität verzichtet.

Wir kommen daher direkt zu

lfd. Nr. 3.3:

Priorität der AfD-Fraktion

Tagesordnungspunkt 4

Gesetz zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2027

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0016

Erste Lesung

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion und hier der Abgeordnete Wiedenhaupt. – Bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Parlamentarische Demokratie ist teuer, aber es ist gut angelegtes Geld, denn selbst bei vieler Kritik, die man auch hinnehmen muss, ist es das beste System, das wir in Deutschland jemals hatten.

[Zuruf von Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE)]

Trotzdem müssen wir uns ständig hinterfragen, ob Ausgaben sinnvoll und angemessen sind. Berlin muss über 4 Milliarden Euro sparen. Der Finanzsenator hat vorhin die schlimme Lage dargestellt. Im Stabilitätsbericht heißt es „äußerst angespannt“, und wahrscheinlich werden wir im Dezember ein Prüfverfahren des Stabilitätsrats bekommen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns fragen, ob die zum 1. Januar 2027 anstehende nächste Erhöhung unserer Entschädigung angemessen ist.

Das Amt für Statistik hat für 2025 ein Lohnplus von 5,2 Prozent errechnet. Das heißt nach § 6 unseres Landesabgeordnetengesetzes, dass unsere Diäten von jetzt 8 161 auf circa 8 600 Euro steigen werden. Ist das angesichts dieser Haushaltslage noch angemessen? – Die AfD-Fraktion sagt Nein und beantragt deshalb: Die Diätenerhöhung fällt 2027 aus.

[Beifall bei der AfD]

Diese Debatte haben wir 2024 schon einmal geführt. Ich erinnere mal an die Diskussion von damals. Die CDU – Herr Kollege Melzer! – hat damals gesagt, das Verfahren sei formalisiert und gelte in guten wie in schlechten Zeiten. Der Bundestag hat das gleiche Verfahren. Der Bundestag hat am 10. Juli einstimmig die Erhöhung für 2026 ausgesetzt, auf Antrag von CDU und SPD. Linke und Grüne hatten einen ähnlichen Antrag eingebracht. Die Koalition nannte das das richtige Signal. Ich sage: Was im Juli im Bundestag richtig war, ist im November in diesem Hause genauso richtig.

[Beifall bei der AfD]

Dazu kommt: Dieses Haus muss sowieso in den nächsten sechs Monaten nach der Konstituierung über die Frage des § 6 Landesabgeordnetengesetz, über die Indexierung, über die Entschädigung, neu beschließen. Das heißt, wir haben es in der Hand, jetzt zu handeln.

Es ist damals gesagt worden, der öffentliche Dienst bekomme ja auch seine Tariferhöhungen. Das stimmt, nur verhandelt der Tarifbeschäftigte nicht mit sich selbst; wir schon. Die SPD hat damals die mögliche Einsparungssumme gegen die Milliardenlücke gerechnet und für zu klein befunden. Es geht vordergründig um rund 780 000 Euro in diesem Jahr. Damit saniert niemand den Haushalt; das will auch meine Fraktion nicht behaupten. Weil aber jede spätere Anpassung auf diesen niedrigeren Betrag ansetzt, weil auch die Auswirkungen auf die Ruhegeldempfänger berücksichtigt werden müssen, reden wir über round about 5,5 Millionen Euro Einsparung für den Steuerzahler in Berlin in dieser Legislaturperiode. Dieses Haus wird in den nächsten Monaten als Haushaltsgesetzgeber Bezirken und freien Trägern Verzichte abverlangen, abverlangen müssen. Wir sind der Meinung: Wer das tut, fängt am besten bei sich selbst an.

[Beifall bei der AfD]

Einige verweisen auf die Möglichkeit, man könnte die Erhöhung ja auch spenden. Ja, viele von uns spenden viel, aber die wirkliche Entlastung erreichen wir nur durch ein Gesetz, das alle 153 Abgeordneten und die Ruhegeldempfänger betrifft. Wir glauben, 8 161 Euro für einen Abgeordneten sind ausreichend und würdigen auch die Arbeit.

Ich möchte mich persönlich an den Kollegen Schenker der Linksfraktion wenden, der leider dieser Debatte nicht lauscht: Der Kollege Schenker hat im Dezember 2025 dem Tagesspiegel gesagt: Ich bin gegen eine Erhöhung der Diäten.

[Lachen von Robert Eschricht (AfD)]

Liebe Kollegen der Linksfraktion: Wenn Sie Ihren eigenen Kollegen ernst nehmen, dann sollte man solche Behauptungen nicht nur im Vorwahlkampf abgeben, sondern sollte auch nach der Wahl dazu stehen. Das wäre politische Ehrlichkeit.

[Beifall bei der AfD]

Bis zum 1. Januar 2027 bleiben uns noch zwei Plenarsitzungen, am 26. November und am 10. Dezember. Das ist Zeit genug, um vorher im Hauptausschuss zu beraten und das hier in der zweiten Lesung zu verabschieden. Lassen Sie uns ein Zeichen setzen, und lassen Sie uns auf die Diätenerhöhung 2027 verzichten! – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Melzer das Wort. – Bitte schön!

Heiko Melzer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten den ersten Gesetzesantrag in dieser Legislaturperiode, und wir machen das als Parlament wie bei jedem anderen Gesetzesantrag auch: Wir ringen um die beste Lösung, und dazu gehört auch die Bereitschaft, sich zuzuhören, und die Erkenntnis, dass nicht der radikalste Vorschlag automatisch die beste Idee für unsere Stadt ist. Wir werden in den nächsten Jahren immer wieder darum ringen, die Mitte zu halten und Maß und Mitte einzuhalten,

[Lachen von Marc Vallendar (AfD)]

und das ist das, was die Berlinerinnen und Berliner auch zu Recht von uns erwarten. Wir sollten uns also davor hüten, bei diesem Gesetzesantrag und auch bei allen weiteren, mit Populismus zu beginnen.

[Zuruf von Tommy Tabor (AfD)]

Die AfD hat sich dafür entschieden – Sie haben das ja gerade selber gesagt –, so weiterzumachen wie bisher. Sie haben einen Antrag aus dem Jahr 2024, konkret die Drucksache 19/2000 vom 29. Oktober 2024, erneut eingebracht. Damals sollte die Anpassung für 2025 ausgesetzt werden, heute für 2027. Der Gesetzestext ist bis auf diese eine Jahreszahl gleich.

[Zurufe von der AfD]

Sie haben auch gesagt, dieser Antrag wurde damals abgelehnt, von den Linken, von den Grünen, von der SPD und auch von meiner Fraktion.

[Zuruf von Martin Kohler (AfD)]

Wir finden: Natürlich können Sie einen Antrag neu stellen; noch besser wäre es dann, außer einer ausgetauschten Jahreszahl aber auch neue Argumente vorzutragen.

[Jan-Philip Streeck (AfD): Aber es ist die gleiche Thematik!]

Ich würde Sie auch bitten, sich an Ihren eigenen Maßstäben zu orientieren. Sie haben das damals kritisiert und dann aber in den Jahren 2024, 2025 und 2026 die Erhö-

hung der Abgeordnetenentschädigung kassiert. Also nach außen laut kritisieren und nach innen heimlich kassieren – das ist dann der Populismus, den wir uns hier nicht angewöhnen sollten, und das ist kritikwürdig.

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Niklas Schrader (LINKE)
und Eda Terkan (LINKE) –
Zuruf von Tommy Tabor (AfD)]

Sie haben gerade begründet, wie dringend gespart werden muss, und das ist richtig. Sie haben aber vergessen zu sagen: Allein heute, bei der ersten Plenarsitzung, stellt die AfD-Fraktion vier weitere Anträge, die, würde das Haus sie umsetzen, jährlich einen Millionenbetrag in zweistelliger Höhe an Kosten verursachen würden.

[Zuruf von der AfD: Und die Bürger entlasten!]

Das eine ist, darüber zu reden: Wo kann man sinnvoll sparen? –, das andere ist aber, wenn Sie es ernsthaft betreiben wollen, dann nicht mit einem Füllhorn das Geld ausgeben zu wollen, wie Sie es heute tagsüber dann weiter vorhaben.

[Zurufe von Jan-Philip Streeck (AfD)
und Carsten Ubbelohde (AfD) –
Weitere Zurufe von der AfD]

Das ist unlauter, und das ist unseriös. Das ist eben nur Schaufensterpolitik.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN,
den GRÜNEN und der SPD]

Die Frage einer angemessenen Abgeordnetenentschädigung verdient eine ernsthafte Abwägung, und das gesetzlich geregelte Anpassungsverfahren gibt dafür wichtige Argumente. Die Entschädigung folgt der Einkommensentwicklung der Menschen in Berlin. Den jährlichen Prozentsatz können wir uns eben nicht selber frei aussuchen, und das ist richtig so. Die Grundlage sind unabhängig ermittelte statistische Daten. Die Berechnung muss deswegen nachvollziehbar bleiben und überprüfbar sein. Und drittens: Die Regel wirkt in beide Richtungen. Steigende Einkommen bei den Berlinerinnen und Berlinern können steigende Entschädigungen bedeuten, sinkende Einkommen können natürlich auch sinkende Entschädigungen bedeuten. Der Automatismus garantiert eben keinen jährlichen Aufschlag.

Genauso klar ist aber auch: Die Frage einer zeitweiligen Aussetzung verlangt eine abgewogene Antwort. Diese Abwägung gehört hier auf den Tisch. Ich möchte § 6 Absatz 4 des Landesabgeordnetengesetzes zitieren: Innerhalb der ersten sechs Monate nach der konstituierenden Sitzung entscheidet das Abgeordnetenhaus über das indexbezogene Verfahren und die Anpassung der Entschädigungen. Dafür leitet die Präsidentin den Fraktionen einen Gesetzesvorschlag zu. – Dieser Gesetzesvorschlag liegt heute nicht vor, und das ist zwei Wochen nach Beginn der Legislaturperiode auch wenig überraschend.

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Weil es aber eben nicht um Kopien von alten Anträgen geht, sondern um ein sauberes Verfahren, sollten wir uns gemeinsam diese Zeit auch nehmen, ein sauberes Verfahren aufzusetzen, so wie es das Landesabgeordnetengesetz normiert. Wenn Sie daran Interesse haben, dann hätten Sie heute einen Gang runterschalten müssen. Wenn Sie daran kein Interesse haben und den Populismus nach vorne stellen wollen, dann können Sie so weitermachen wie bisher. Ich prophezeie aber: Für einen solchen populistischen Weg gibt es dann wenig Unterstützung. Das geltende Landesabgeordnetengesetz gibt den Fahrplan vor.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Sie müssen zum Ende kommen.

Heiko Melzer (CDU):

Danke, Frau Präsidentin! Dazu komme ich. – Es braucht diesen Antrag nicht. Wir haben einen klaren Fahrplan, und der gilt für uns auch in Zukunft: sorgfältig prüfen, öffentlich beraten und verantwortlich entscheiden. Das werden wir aus der Mitte dieses Hauses als CDU-Fraktion auch gewährleisten. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Beifall von Niklas Schrader (LINKE)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat für eine Zwischenbemerkung der Kollege Wiedenhaupt das Wort. – Bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Melzer! Sie haben unseren Antrag „radikal“ genannt. Genau das ist er nicht, sondern wir haben angemessen gesagt: Wir wollen nicht den gesamten Paragrafen weg haben. Wir wollen nicht das Indexierungsverfahren weg haben, sondern wir wollen jetzt angesichts der konkreten Lage einmalig diese Diät auf 8 161 Euro einfrieren. – Wir sind der Meinung, dass dieses Geld ausreicht, um wirklich die Arbeit eines Abgeordneten zu würdigen.

[Beifall bei der AfD]

Aber weshalb ich mich vor allem melde: Sie sind langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer und kennen das Verfahren. Sie werfen meiner Fraktion hier vor, dass wir Anträge einbringen, die nur Geld kosten. Das tun wir nicht, aber die Diskussion darüber, wie wir gegenfinanzieren, führen wir wie immer, und das wissen Sie, im Ausschuss. Es wird in dieser Fraktion in dieser Legislatur

angesichts dieser Lage keinen Antrag geben, in dem wir nicht klar eine Gegenfinanzierung dabeihaben.

[Lachen und Zuruf von Niklas Schrader (LINKE)]

Denn wir tragen Mitverantwortung für diese Stadt, und wir nehmen sie auch wahr, Herr Kollege! – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann hat zur Erwiderung der Kollege Melzer das Wort.

Heiko Melzer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sollten mit Fake News gar nicht erst anfangen. Die AfD ist da vielleicht schon einen deutlichen Schritt weiter, aber das sollten wir uns hier nicht angewöhnen. Die AfD hat heute vier weitere Anträge in das parlamentarische Verfahren eingebracht.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Und ihr gar nichts!]

Alle kosten sehr viel Geld, und bei keinem einzigen gibt es nur ein Wort zu einer Gegenfinanzierung.

[Tobias Schulze (LINKE): So ist es!]

Das ist totaler Quatsch, was Sie erzählt haben, und das muss richtiggestellt werden!

[Beifall bei der CDU, der LINKEN, den Grünen und der SPD]

Zweitens: Populismus schürt und unterstützt Radikalität. Das gilt für den Populismus von ganz rechts, und das gilt für den Populismus von ganz links. Wir haben gerade einiges gehört, wie aus Teilen dieses Hauses die Polizei begutachtet wird. Beides ist schädlich; beides geht weit über die Diskussion dieses Antrages hinaus. Ich habe ja gesagt, dafür gibt es hier ein Verfahren. Wir haben es uns selbst als Regelwerk gegeben, und wir wollen es einhalten. Wir werden als CDU-Fraktion sicherstellen, dass dieses transparente Diskussionsverfahren eingehalten wird, und ich habe den Verdacht, dafür wird es in diesem Haus eine breite Mehrheit geben. Aber so, wie Sie es 2024 gesagt haben und wie Sie es in anderen Landesparlamenten sagen,

[Rolf Wiedenhaupt (AfD): Und im Bundestag!]

in jedem Jahr zu fordern, die Abgeordnetenentschädigung auszusetzen, und sich selber in den Folgejahren genau diese Entschädigung in die Tasche zu stecken, hat mit Seriosität nichts zu tun.

[Frank Scheermesser (AfD): Das ist beschlossenes Gesetz!]

Das wollte ich deutlich machen: Populismus führt zu Radikalisierung, und das ist bei diesem Antrag so wie leider bei viel zu vielen Anträgen, die Sie ansonsten stellen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Carsten Ubbelohde (AfD): Das sieht die Bundes-CDU anders!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat für die Linksfraktion der Kollege Schrader das Wort. – Bitte schön!

Niklas Schrader (LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind ein neu gewähltes Abgeordnetenhaus und haben demnach über die Höhe unserer Abgeordnetenentschädigung in der vor uns liegenden Wahlperiode zu entscheiden. Dafür gibt es ein gesetzlich vorgesehenes Verfahren. Es steht im Landesabgeordnetengesetz; Kollege Melzer hat es gerade zitiert: Innerhalb von sechs Monaten hat das Abgeordnetenhaus über die Anpassung der Diäten zu entscheiden, und – das ist auch schon genannt worden – die Präsidentin oder der Präsident leitet den Fraktionen einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu. Genau das wird die Präsidentin tun, und dann diskutieren wir darüber. Das ist das Verfahren, und nicht irgendwelche Anträge von der AfD.

[Beifall bei der LINKEN und der SPD – Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Ich glaube, alle demokratischen Fraktionen sind sich einig: Auf der einen Seite braucht ein starkes Parlament, das den Senat effektiv kontrollieren soll – diesen Anspruch haben wir –, und das Gesetze erarbeiten und beschließen soll, eine vernünftige Ausstattung und auch eine angemessene Entschädigung für uns Abgeordnete. Auf der anderen Seite haben wir selbstverständlich aufgrund der Haushaltslage eine ganz besondere Verantwortung bei der Verwendung von Steuermitteln. Da darf man natürlich auch über die künftige Anpassung der Diäten diskutieren, und darüber, ob die jährliche Indexierung so, wie sie bisher festgelegt war, angemessen ist.

Aber eines sage ich Ihnen von der AfD: Sie sind die Letzten, die hier glaubwürdig etwas davon sagen können.

[Beifall bei der LINKEN – Beifall von Sebastian Walter (GRÜNE)]

Keine Partei ist in den letzten Monaten und Jahren so oft wegen Zweckentfremdung von Mitteln für Abgeordnete, wegen Vetternwirtschaft und Kungelei mit Steuermitteln aufgefallen wie die AfD.

[Beifall bei der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Kristin Brinker (AfD): Wer denn von uns?]

– Ja, das sage ich Ihnen. Machen wir einmal eine Deutschlandreise mit der AfD! Aus Niedersachsen gibt es Berichte, dass der AfD-Vorsitzende Abgeordnetengelder

für persönliche Beschäftigte illegal in Parteiarbeit gesteckt hat; da laufen Ermittlungsverfahren.

[Dr. Kristin Brinker (AfD): Wir sind in Berlin! –
Weitere Zurufe von der AfD]

In Sachsen-Anhalt haben AfD-Abgeordnete gegenseitig ihre Familienmitglieder mit Jobs versorgt – ziemlich verwerflich, würde ich sagen.

[Dr. Kristin Brinker (AfD): Huhu! Wir sind in Berlin! –
Zuruf von Tommy Tabor (AfD) –
Lachen und weitere Zurufe von der AfD]

Weil Sie sich hier in Ihrem Antrag auch auf den Rechnungshof beziehen: In Rheinland-Pfalz hat der Rechnungshof beanstandet, dass die AfD-Fraktion ihre Fraktionsmittel, fast eine Viertelmillion, nicht ordnungsgemäß verwendet hat.

[Dr. Kristin Brinker (AfD): Herr Schrader!
Wir sind hier in Berlin!]

Sie sind also die Letzten, die sich hier als moralische Instanz aufschwingen können, und deswegen sind Sie für uns auch kein Diskussionspartner.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN
und der SPD]

Viel mehr gibt es da nicht zu sagen. Wir werden das auf der Grundlage des gesetzlichen Verfahrens diskutieren. Alle Fraktionen werden ihre Positionen dazu einbringen. Natürlich haben die demokratischen Parteien unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema Diäten. Wir Linken

[Jan-Philip Streeck (AfD): Linksradikalen!]

zum Beispiel haben entschieden, dass wir einen festen Anteil unserer Diäten für soziale Zwecke spenden; andere Parteien haben andere Sichtweisen darauf. Das werden wir gemeinsam beraten, wenn es so weit ist, aber diese Beutegemeinschaft von der AfD brauchen wir dafür nicht. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und der SPD –
Lachen und Zurufe von der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Hopp jetzt das Wort. – Bitte schön!

[Carsten Ubbelohde (AfD): Sachlichkeit!]

Marcel Hopp (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren von der AfD! Das Abgeordnetenhaus hat sich heute vor zwei Wochen konstituiert. Vor gerade einmal zwei Wochen haben wir eine neue Präsidentin gewählt.

[Zuruf von der AfD]

Natürlich steht es Ihnen frei, schon jetzt einen Antrag zur Aussetzung der Diätenanpassung einzubringen, aber ein Blick in das Landesabgeordnetengesetz zeigt uns, wie das Verfahren dafür eigentlich vorgesehen ist.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Wir geben Vorgaben!]

Denn nach § 6 Absatz 4 LAbgG muss dieses Parlament innerhalb von sechs Monaten nach der Konstituierung über die Abgeordnetenentschädigung und das Verfahren dieser Anpassung beschließen, und es ist die gerade erst gewählte Präsidentin, die den Fraktionen dazu einen entsprechenden Gesetzesentwurf zuleitet. Dieser gesetzlich vorgesehene Vorschlag liegt noch nicht einmal vor. Ihnen geht es also nicht um eine sachliche Debatte um die Abgeordnetenentschädigung, Ihnen geht es hier um populistische Inszenierung.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Sebastian Walter (GRÜNE)]

Sie wollen Ihr spalterisches Narrativ bedienen, dass sich die demokratischen Parteien hier im Parlament angeblich nach Belieben die eigenen Taschen vollmachen. Dabei gibt es gute Gründe, warum Abgeordnetenentschädigungen an die allgemeine Lohnentwicklung gekoppelt sind: gerade damit nicht jedes Jahr Abgeordnete nach politischer Opportunität über ihre eigene Bezahlung entscheiden, sondern eine nachvollziehbare, transparente und objektive Berechnungsgrundlage gilt, nämlich – die Vorredner sind darauf eingegangen – die Lohnentwicklung der Berlinerinnen und Berliner. Selbstverständlich werden die demokratischen Fraktionen, sobald der Vorschlag der Präsidentin vorliegt, darüber miteinander offen und ernsthaft sprechen. Aber Sie wollen hier keine ernsthafte Debatte, Sie wollen Schlagzeilen, und Sie wollen weiter Misstrauen gegen das parlamentarische System schüren.

[Zuruf von der AfD]

Bei dieser Gelegenheit sollten wir einmal über Ihre eigene Glaubwürdigkeit sprechen – Kollege Melzer ist darauf eingegangen –, denn Sie stellen sich hier als große Kämpferinnen gegen angebliche Selbstbedienung dar, dabei nehmen Ihre Abgeordneten die gesetzlich vorgesehenen Diätenanpassungen der letzten Jahre, in denen wir im Übrigen auch rücklaufende Haushalte hatten, selbstverständlich in Anspruch. Oder habe ich da irgendetwas verpasst? Wo sind denn die AfD-Abgeordneten, die freiwillig auf diese Erhöhung verzichten? Wo sind die öffentlichen Erklärungen, die entsprechenden Beiträge stattdessen für gemeinnützige Zwecke zu spenden? Sie wettern hier gegen Diätenerhöhungen, aber wenn das Geld auf Ihrem Konto ankommt, ist der Protest offensichtlich schnell vorbei.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Besonders interessant wird es, wenn wir uns mal ansehen, was der Tagesspiegel vor zwei Wochen über die Finanzierung der Wahlkreisbüros

[Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Hört, hört!]

in diesem Haus recherchiert hat.

[Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Hört, hört!]

Da ging es um fast 2 Millionen Euro Steuergeld in Berlin, Geld, das wir bekommen, mit dem wir Abgeordnetenbüros in unseren Wahlkreisen unterhalten, um für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erreichbar zu sein,

[Zuruf von Hendrik Pauli (AfD)]

ein wichtiger Schwerpunkt dieses Hauses, um in ganz Berlin präsent zu sein. Wissen Sie, bei wem besonders viele Auffälligkeiten festgestellt wurden?

[Zuruf von Jan-Philip Streeck (AfD)]

– Bei den Kolleginnen und Kollegen der AfD.

[Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Pfui! –
Zuruf von Orkan Özdemir (SPD) –
Zurufe von der AfD]

Vier Abgeordnete unterhielten demnach ihre Büros in einem Gebäude in Marzahn-Hellersdorf, von außen kaum erkennbar, keine ersichtlichen Öffnungszeiten, und wer die Abgeordneten besuchen möchte,

[Zurufe von der AfD]

steht im neunten Stock vor einer verschlossenen Glastür.

[Zurufe von der AfD]

– So viel zum Thema Bürgernähe der AfD.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN –
Zurufe von der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Eschricht oder Wiedenhaupt?

Marcel Hopp (SPD):
Nein, danke schön! – Es wird noch interessanter. Denn während für die Abgeordneten für ein solches Büro vom Abgeordnetenhaus eine monatliche Pauschale in Höhe von 1 000 Euro vorgesehen ist, sollen vergleichbare Räume in diesem Gebäude laut Tagesspiegel gerade mal zwischen 177 und 355 Euro

[Zurufe von Dr. Kristin Brinker (AfD)
und Frank-Christian Hansel (AfD) –
Weitere Zurufe von der AfD]

Miete kosten. Das wäre eine Differenz von bis zu 823 Euro pro Monat pro Abgeordnetem.

[Orkan Özdemir (SPD): Oh! –
Zuruf von Elif Eralp (LINKE) –
Zurufe von der AfD]

Als der Tagesspiegel wissen wollte, wie hoch die tatsächliche Miete hier überhaupt ist

[Zurufe von der AfD und von links]

und ob dort Bürgersprechstunden stattfinden sollten, blieben die Fragen von der AfD unbeantwortet.

[Zurufe von der AfD]

Die AfD stellt sich also hier ans Rednerpult, fordert angesichts des Berliner Haushaltes finanzielle Zurückhaltung von den Abgeordneten, inszeniert sich als große Hüterin der Steuergelder, aber wenn es um die eigenen Vorteile geht, scheint plötzlich eine andere Devise zu gelten: Mitnehmen, was die Staatskasse hergibt!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Whohoo! –
Anneliese Dummer (AfD): Lügen! –
Zurufe von der AfD]

Ich verstehe, dass Sie sich jetzt aufregen, aber Sie von der AfD sind wirklich nicht in der Position, sich beim Thema der Verwendung von Steuergeldern moralisch zu überhöhen, ganz im Gegenteil.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN]

Deswegen sagen wir Ihnen hier ganz klar: Kehren Sie erst mal vor der eigenen Wahlkreisbürotür,

[Anneliese Dummer (AfD): Sie aber auch!]

bevor Sie anderen Vorträge darüber halten, wie sie verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen haben! Wir werden im Parlament seriös und ernsthaft über die Anpassung sprechen, sobald der Vorschlag der Präsidentin vorliegt. Sie haben sich jetzt schon als ernstzunehmender Gesprächspartner für diesen gesamten Prozess disqualifiziert.

[Zuruf von Anneliese Dummer (AfD)]

Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat die Abgeordnete Dr. Brinker die Gelegenheit zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Verehrter Kollege Hopp! Ich möchte an den Hauptausschuss erinnern, wo ich selbst mit Ihrem vormaligen Kollegen Schneider darüber debattiert habe, warum es nicht möglich ist, dass wir die Kosten, die Miete für die

Büros, unmittelbar abrechnen und eben nicht eine große Pauschale kriegen. Da hat Ihr Kollege Schneider von der SPD-Fraktion gesagt: Nein, das machen wir nicht, viel zu aufwendig, funktioniert nicht!

[Beifall bei der AfD]

Wir wollten das. Jetzt können Sie uns nicht zum Vorwurf machen, dass wir Räume gefunden haben, die entsprechend günstiger sind.

[Zuruf von Dennis Buchner (SPD)]

Der zweite Punkt: Sie selbst haben vor dem Büro meines Kollegen Robert Eschricht gestanden

[Zuruf von der AfD: Pfui!]

und gegen das Büro demonstriert.

[Beifall bei der AfD]

Sie haben den Mitarbeitern Angst eingeflößt,

[Zurufe von der AfD]

den Nachbarn, aber ich sage Ihnen eins: Sie werden das nicht schaffen!

[Hendrik Pauli (AfD): Jawoll!]

Dieses Büro bleibt! Da können Sie 30 Mal davor stehen, demonstrieren

[Beifall bei der AfD –
Zurufe von Martin Trefzer (AfD)
und Orkan Özdemir (SPD)]

und versuchen, ihre Schergen dahin zu holen und dort Angriffe und Übergriffe zu organisieren. Das ist auch passiert. Die ersten Übergriffe gab es schon. Das ist auch das, was ich Ihnen sage: Das, was Sie mit uns seit Jahren machen, führt dazu, dass meine persönlichen Mitarbeiter Angst haben, in einem Ladenlokal zu sitzen. Sie haben Angst vor Übergriffen Ihrer linken Schergen.

[Beifall bei der AfD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Bravo!]

Die Vermieter haben wegen Ihrer linken Schergen Angst davor, uns Räume zu vermieten. Genau das ist die Stimmung in dieser Stadt!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Dr. Brinker! Sie müssen sich in Ihrer Zwischenbemerkung bitte auf den Beitrag von Herrn Hopp beziehen!

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Ich weise zurück, dass wir hier irgendwo etwas falsch machen! Wir halten uns an Recht und Gesetz!

[Beifall bei der AfD –
Lachen bei der SPD –
Zuruf von Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE) –
Zurufe von der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass sich Zwischenbemerkungen auf den vorherigen Beitrag beziehen müssen.

[Zurufe von der AfD]

Jetzt hat zur Erwiderung der Kollege Hopp das Wort. – Bitte schön!

Marcel Hopp (SPD):

Frau Kollegin Dr. Brinker! Ich habe nicht alleine demonstriert, sondern mit Hunderten Anwohnerinnen und Anwohnern, die im Übrigen Angst davor haben,

[Zurufe von der AfD]

unter anderem, weil am Abend der Wahlparty laut gegrölt wurde: „Ausländer raus!“

[Zuruf von der AfD: Lüge! Lüge! –
Weitere Zurufe von der AfD]

Das haben viele Anwohnerinnen und Anwohner so bestätigt. Deswegen ist das eine ganz normale Haltung unter Demokraten, dass man da Stellung bezieht. Ich will aber auf das Thema zurückkommen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN –
Denis Henkel (AfD): Skrupellos sind Sie! –
Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE):
Das sagen die Richtigen!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Es wäre schön, wenn wir wieder zu einem parlamentarischen Umgang zurückkommen könnten.

[Zurufe von der AfD]

Dazu gehört im Übrigen auch, dass der Redner jetzt das Wort hat.

Marcel Hopp (SPD):

Das, was Sie hier ausgeführt haben, erklärt in keiner Weise – und im Übrigen geht das auch überhaupt nicht zusammen mit der Antragseinbringung von wegen Bürgernähe und Transparenz –, wieso sich Abgeordnete Ihrer Fraktion zu günstigen Preisen irgendwelche Besenkammern mieten, die nicht mal offensichtlich als Wahlkreisbüros deklariert werden, weder vor der Haustür noch auf Webseiten.

[Dr. Kristin Brinker (AfD):
Weil die Mitarbeiter Angst haben!]

Da ist offensichtlich der Verdacht vorhanden, dass von dieser Pauschale einiges eingeheimst werden soll.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Zuruf von rechts]

Deswegen muss ich wirklich sagen, Sie disqualifizieren sich hier auf ganzer Linie, denn Sie repräsentieren

[Zuruf von Jeannette Auricht (AfD)]

in keiner Weise den Anspruch, den wir mit den Wahlkreisbüros haben.

[Frank-Christian Hansel (AfD):
Wer ist die kleinste Partei im Haus?]

Aber um die Wahlkreisbüros geht es hier nicht. Es geht darum, dass Sie in Ihrer Argumentation einfach nicht glaubwürdig sind.

[Zuruf von Anneliese Dummer (AfD) –
Weitere Zurufe von der AfD]

Ich bin auch Herrn Schrader sehr dankbar, der darauf hingewiesen hat, dass die Frage von Korruption und Vetternwirtschaft ein strukturelles Problem

[Zuruf von Anneliese Dummer (AfD)]

Ihrer Partei ist.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN –
Zurufe von der AfD]

Ich komme gerne noch mal auf das konstruktive Niveau hier zurück. Wir werden uns hier ernsthaft miteinander verständigen, sobald der Vorschlag der Präsidentin vorliegt, aber das werden wir nicht mit Ihnen tun.

[Jan-Philip Streeck (AfD):
Besprechen Sie das mal mit Herrn Krach!]

– Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann hat sich der Abgeordnete Eschricht gemeldet und möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Damit dürfen Sie nur persönliche Angriffe zurückweisen oder eigene Ausführungen berichtigen. Die Redezeit beträgt drei Minuten.

Robert Eschricht (AfD):

Das möchte ich sehr gerne machen. Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Sehr geehrter Herr Hopp! Sie haben hier eine ganz feige Lüge wiederholt, die Sie auch schon medial verbreitet haben: dass bei der Eröffnung meines Abgeordnetenbüros in der Gropiusstadt „Ausländer raus!“ gerufen worden wäre. Die Polizei war natürlich durchgängig vor Ort, und wir haben uns bestätigen lassen, dass das nicht der Fall war.

Zu den Demonstrationen von angeblich Hunderten Anwohnern, die Sie hier aufführen: Das Bündnis Neukölln ist von der ehemaligen Abgeordneten Susanna Kahlefeld organisiert worden; alle ihre kleinen linken Vorfeldorganisationen, die Sie da mit Bezirksmitteln hochpäppeln. Es ist nicht der Fall, dass das von Anwohnern getragen worden wäre. Man sieht daran exemplarisch, wie Sie mit politischen Wettbewerbern in Ihrem eigenen Wahlkreis umgehen,

[Beifall bei der AfD]

wie schwer es für die AfD ist, Wahlkreisbüros zu finden. Sie selbst haben den Vermieter aufgefordert, den Mietvertrag zu kündigen. Der bleibt Gott sei Dank standhaft.

[Zuruf von der AfD: Stasimethoden! –
Zuruf von Orkan Özdemir (SPD) –
Weitere Zurufe von der AfD]

Deswegen noch mal der ganz klare Hinweis: Sie dürfen hier in der Immunität von diesem Pult aus auch Unwahrheiten verbreiten, aber es ist eine klare und bestätigte Lüge, dass irgendjemand „Ausländer raus!“ gerufen hätte. So etwas würden wir nicht tolerieren. Das ist nicht unser Anspruch.

[Beifall bei der AfD –
Lachen bei der LINKEN, den GRÜNEN und der SPD –
Zurufe von Elif Eralp (LINKE),
Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE)
und Orkan Özdemir (SPD)]

Dass Sie lachen, zeigt ja nur, dass Sie sich das wünschen. Sie wünschen sich einen Gegner, der so etwas machen würde. Wir haben immer gesagt, für uns ist wichtig – –

[Zurufe von links]

Was Sie machen, ist: Sie hetzen gegen die Opposition, weil Sie um Ihr Steuergeld für Ihre Vereine, Vorfeldorganisationen und Strukturen bangen.

[Beifall bei der AfD]

Der Antrag ist deswegen sehr richtig, und ich bedanke mich. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD –
Zurufe von der AfD: Whohoo!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann hat für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen der Kollege Walter das Wort.

Sebastian Walter (GRÜNE):

Vielleicht nur kurz: Das war keine persönliche Erklärung, sondern eine Zwischenbemerkung: Vielleicht nehmen Sie auch die parlamentarischen Instrumente wirklich ernst.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und der SPD –
Zuruf von der AfD]

Kommen wir zurück. Dass Sie Ihre Emotionen nicht im Griff haben, haben wir auch schon gemerkt. Daran müssen Sie auch noch arbeiten.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal bringt die AfD ihren Schaufensterantrag zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung ein. Natürlich geht es der AfD dabei nicht um die Sache. Wir haben es schon gehört, die AfD müsste eigentlich wissen, dass die gesetzliche Grundlage im Landesabgeordnetengesetz, auf die sich ihr Änderungsantrag bezieht, noch gar nicht vorhanden ist. Denn, so ist es dort festgelegt, die Präsidentin leitet den Fraktionen innerhalb der ersten sechs Monate nach der Konstituierung des Parlaments einen Gesetzesvorschlag zu. Diesen Vorschlag werden wir, wie auch in der Vergangenheit, gemeinsam und verantwortungsvoll unter den demokratischen Fraktionen diskutieren.

Es gibt sehr gute Gründe für den an der allgemeinen Lohnentwicklung gekoppelten Anpassungsmechanismus für die Diäten. Zugleich haben wir aber immer auch eine politische Gesamtbewertung vorgenommen. Während Corona beispielsweise haben wir beschlossen, gemeinsam auf diese Anpassung zu verzichten. Diese Diskussion werden wir führen und zwar dann, wenn darüber zu entscheiden ist. Dafür wird die AfD nicht gebraucht.

[Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Zuruf von der AfD: Offenbar schon!]

Angesichts der jährlich inszenierten Empörung der AfD müsste man annehmen, dass die AfD-Abgeordneten die Diätenerhöhung für sich ausschließen und an die Landeskasse zurücküberweisen. Kollege Melzer hat es schon angesprochen. Das ist natürlich nicht der Fall. Ganz empört streicht man das Geld dann doch gerne ein. Das ist heuchlerisch – und das wissen Sie auch.

[Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Es ist genauso heuchlerisch, dass die AfD hier ein Zeichen der Solidarität inszeniert angesichts von – ich zitiere aus ihrem Antrag: „weitreichenden Mittelkürzungen“. Denn weitreichende Mittelkürzungen sind Ihr politisches Ziel: bei der Kultur, im Sozialen, beim Klimaschutz, bei der Integration. Ihr Haushaltskurs würde großflächig soziale Infrastruktur zerschlagen. Ihre vermeintliche Solidarität ist nur verlogen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Der Kollege Hopp hat es angesprochen. Lassen Sie uns sehr gerne über den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern durch die AfD-Abgeordneten reden. Stichwort Bürgerbüros: Der Tagesspiegel hat recherchiert – ich will es Ihnen gerade noch einmal sagen –, dass AfD-Abgeordnete die volle Bürokostenpauschale von 1 000 Euro mitnehmen, aber dann dafür beispielsweise im neunten Stock eines Bürokomplexes kleine Räume für sehr wahrscheinlich einen Bruchteil der Pauschale angemietet werden, ohne Türschild, ohne Öffnungszeiten, ohne – ich zitiere: „Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis“.

[Zurufe von Moritz Warnke (LINKE)
und Dr. Kristin Brinker (AfD)]

Ich zitiere weiter: „Gibt es Auffälligkeiten, stammen Sie oft aus den Reihen der AfD.“ Frau Brinker, es ist gut, dass Sie sich hier noch mal hingestellt haben. Aber haben Sie auch diese überschüssigen Mittel dann an den Landeshaushalt zurückgezahlt? – Nein, natürlich nicht. Die Pauschale ist bei Ihnen voll eingegangen. Auch da haben Sie sich wieder bedient.

[Dr. Kristin Brinker (AfD): Wir wollen das
grundsätzlich ändern!]

Ja, über diese Verschwendung der Steuergelder der AfD müssen wir reden. Das in der Tat sollte Konsequenzen haben und zwar so schnell wie möglich. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und der SPD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Vorgeschlagen wird die Überweisung des Gesetzesantrags an den Hauptausschuss. – Widerspruch dazu höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

lfd. Nr. 3.4:

Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (keine Anmeldung)

lfd. Nr. 3.5:

Priorität der Fraktion der SPD (keine Anmeldung)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der SPD haben auf die Anmeldung einer Priorität verzichtet.

Tagesordnungspunkt 4 war die Priorität der AfD-Fraktion unter der Nummer 3.3. Tagesordnungspunkt 5 steht auf der Konsensliste.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 6:

Bezahlbare Spritpreise sicherstellen – Steuern auf Kraftstoffe dauerhaft senken

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0012

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion und hier der Abgeordnete Hansel. – Bitte schön!

Frank-Christian Hansel (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! An der Tankstelle zeigt sich, was politische Versprechen wert sind. Der Kanzler erklärt, die Menschen seien an ihrer Belastungsgrenze. Er verspricht bezahlbare Energie und einen Fahrplan für 2027. Doch während Friedrich Merz Entlastung verspricht, schiebt seine Regierung jede Entscheidung vor sich her.

[Beifall von Robert Eschricht (AfD) und Martin Trefzer (AfD)]

Die Stromsteuer senken wolle man für alle. Beschlossen ist die Entlastung nur für bestimmte Unternehmen. Die privaten Haushalte warten. Der Kanzler sagt, sie wollen es machen. Der Finanzminister sagt, dafür gibt es keine Spielräume. Das ist keine Energiepolitik. Das ist Koalitionsstreit auf Kosten der Bürger.

Und beim Sprit? Der Tankrabatt läuft Ende des Jahres aus. Die Entlastung ist befristet, aber die Belastung kommt verlässlich zurück. Für 2027 kündigt die Regierung einen Spritpreisdeckel an. Wirtschaftsministerin Reiche war zuerst dagegen. Jetzt legt ihr Haus einen Entwurf vor, der den Deckel zur Ausnahme macht. Er greift erst nach Wochen stark überdurchschnittlicher Preissteigerungen und gilt höchstens drei Monate. Das ist kein Schutzschirm, das ist ein Deckel, der womöglich nie kommt und greift. Die Regierung verkündet ihn und baut die Hürden gleich mit ein. Merz verspricht Entlastung. Klingbeil hat dafür kein Geld, und Reiche baut die Hürden.

Das sind große Worte nach außen, kleine Schritte in der Sache. Mit Ankündigungen fährt kein Auto, und von Ankündigungen wird kein Tank voll. Die Handwerker müssen heute zum Kunden. Die Pflegekraft muss heute zu ihrem Patienten, und der Pendler muss heute zur Arbeit. Niemand kann an der Zapfsäule mit einem Versprechen für 2027 bezahlen. Hohe Spritpreise treffen nicht nur Autofahrer, sie verteuern Lieferungen, Lebensmittel, Dienstleistungen. Sie treffen Familien, Mittelstand, Speditionen, mobile Pflegedienste.

Der Staat darf nicht so tun, als sei das eine abstrakte Marktbewegung, mit der er nichts zu tun hätte. Er ist kein Zuschauer. Er kassiert mit ab.

[Tobias Schulze (LINKE): Das regelt der Markt!]

– Herr Kollege, erzählen Sie doch nichts Dummes hier. – Bei einem Liter Super E10 für rund 1,98 Euro entfallen derzeit wie viel auf die anderen Abgaben? – Richtig, es sind rechnerisch etwa 0,99 Euro, die auf Energiesteuer, CO_2-Bepreisung und Mehrwertsteuer entfallen, also knapp jeder zweite Euro. Bei einem Liter Diesel für rund 2,22 Euro sind es etwa wie viel? – Na ja, 86 Cent, also knapp 4 von 10 Euro. Der Tankrabatt, der diese Anteile vorübergehend drückt, läuft zum Jahresende aus.

Genau dort setzt unser Antrag an. Berlin kann die Steuern natürlich nicht alleine senken. Aber der Senat kann im Bundesrat darauf hinweisen und drängen, dass der Bund endlich handelt. Deshalb fordern wir eine Bundesratsinitiative mit vier Punkten.

Erstens wird gefordert, die Energiesteuer auf Benzin und Diesel dauerhaft auf das europäische Mindestmaß zu senken. Das ist das Mindeste, was wir machen können. Zweitens fordern wir, die nationale CO_2-Bepreisung, die sowieso nicht hilft, auf Kraftstoffe komplett zu beenden. Drittens fordern wir, die Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel für sechs Monate auf 7 Prozent zu senken.

[Tobias Schulze (LINKE): Jetzt die Gegenfinanzierung, die versprochene! Sagen Sie mal!]

Warum sechs Monate? Wir haben eine gewisse Verantwortung, auch für den Haushalt. Das nehmen wir ernst. Wir haben gerade darüber gesprochen, Herr Kollege. Viertens fordern wir zu verhindern, dass neue europäische Belastungen an die Stelle der nationalen CO_2-Bepreisung treten, weil wir wissen, dass Ihre Kollegen immer in Brüssel einiges auf der Pfanne haben, um die Leute hier wieder hinter die Fichte zu führen. Die Menschen brauchen jetzt eine klare politische Entscheidung, und Entlastung darf nicht von der nächsten Krise abhängen und nicht von einem Preisdeckel, der vielleicht nie kommt.

Was heißt unser Antrag an der Zapfsäule? Bei den heutigen Preisbestandteilen könnte ein Liter Super E10 in den ersten sechs Monaten rechnerisch bis zu 70 Cent günstiger werden, ein Liter Diesel rund 58 Cent. Danach bliebe durch die niedrigere Energiesteuer und den Wegfall der nationalen CO_2-Bepreisung dauerhaft eine Entlastung von 54 Cent bei Benzin und 37 Cent bei Diesel. Das ist etwas, was den Leuten im Portemonnaie zugutekommt. Das sind Modellwerte, keine Preisgarantie natürlich, aber sie zeigen die Größenordnung und eine spürbare Entlastung, die wir brauchen.

An die linke Dreiermehrheit, die sich heute hier so wunderbar zeigt, dieses Hauses: Sie wollen die Menschen doch gar nicht entlasten. Bei Ihnen soll Energiemobilität doch teuer bleiben, damit die Bürger ihr Verhalten ändern. Wer jede Entlastung verweigert und jede neue Belastung als klimapolitischen Erfolg feiert, für den ist doch die Verteuerung kein Nebeneffekt, sondern sie ist das Ziel. Sie frönen gemeinsam einem linksgrünen Antiindustriekurs, einem Schrumpfungsfetischismus, der Produktion, Wohlstand und Bewegungsfreiheit als Problem betrachtet. Das mag in Ihrem verquasten, wachstumsfeindlichen Sozialismus konsequent sein. Für die Menschen und Betriebe dieser Stadt ist es eine asoziale Zumutung.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Bravo!]

Der Senat hat mit der vernünftigen Seite dieses Hauses noch die Möglichkeit, im Bundesrat eine klare Stimme für Berlins Pendler, Familien und Betriebe zu sein. Machen wir aus Versprechen endlich Entlastung. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Schaal jetzt das Wort. – Bitte schön!

Lucas Schaal (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es zeigt sich eine bemerkenswerte Parallelität: Die einen versprechen billige Mieten, die anderen versprechen billige Spritpreise. Nur einhalten will es am Ende wieder keiner.

[Zuruf von Tommy Tabor (AfD)]

Ich bin froh. Ich bin froh, dass wir sozusagen jetzt in der ersten inhaltlichen Debatte – das mag man mir nachsehen – über Wirtschafts- und Energiepolitik sprechen, denn ich denke, das ist das wichtigste politische Feld. Ich bin davon überzeugt, dass ohne Wirtschaft alles nichts ist und wir natürlich alles dafür tun müssen, dass Preise sinken, wir eine starke Wirtschaft haben, weil wir wissen, dass niedrige Energie- und Kraftstoffpreise geschichtlich am stärksten mit Wohlstand und Wachstum korreliert sind. Das ist so.

Ihr Antrag auf Bundesratsinitiative zeigt aber für die Kolleginnen und Kollegen, die neu im Parlament sind, dass wir hier in erster Linie als Gesetzgeber mal wieder gar nicht zuständig sind. Es lohnt sich also der Blick in den Bundestag. Der hat schon am 15. Oktober beschlossen, dass das Brennstoffemissionshandelsgesetz – ein bisschen sperriger Begriff – mit dem aktuellen Preiskorridor von 55 bis 56 Euro auch für 2027 gelten soll. Das heißt, der Bundesgesetzgeber und die schwarz-rote Bundesregierung sind schon tätig geworden. Das wird auch bald im Bundesrat sein. Da wird das wahrscheinlich im November durchgehen.

Der deutsche CO_2-Preis – deswegen ist das Thema auch etwas komplex – wird im Jahr 2028 in dem europäischen CO_2-Verfahren aufgehen und davon abgelöst. Wir werden dann die europäische Marktlogik für die CO_2-Bepreisung gemeinsam auf europäischer Ebene regeln. Wie hoch der Preis dann ausfällt, lässt sich verlässlich noch gar nicht sagen.

Ich fand es schön – das ist eben schon angeklungen –: Ihr Antrag hat natürlich wieder eine Leerstelle, und das ist die Gegenfinanzierung. Herr Wiederhaupt – ich habe extra auf die Uhr geguckt –, Sie haben um 12.31 Uhr gesagt, Sie bringen keinen Antrag ohne Gegenfinanzierung ein. Hier ist der erste.

[Rolf Wiedenhaupt (AfD): Im Ausschuss! Das habe ich eben gesagt!]

Es ist der erste Antrag, wo keine Gegenfinanzierung da ist. Wir werden momentan – – Sie wissen das alles. Die Spritpreisbremse, die wir momentan haben, kostet 2,5 Milliarden Euro, und die Länder beteiligen sich hälftig daran. Das heißt, auch wir hätten massive Steuerausfälle, wenn das so wäre.

In Wahrheit, das wissen Sie genau, sind nun mal die europäischen und globalen Rohstoffmärkte gestört. Sie sind natürlich durch den Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine gestört. Das sind vielleicht Zahlen, die wir uns hier alle nochmal vor Augen führen sollten. Die Preise haben nämlich am 20. Februar 2022, unmittelbar vor Kriegsbeginn, noch bei 1,80 Euro pro Liter gelegen und bei 1,75 Euro für E10. Am 20. März waren es dann 2,14 Euro und 2,09 Euro. Sie sehen also, es sind Ihre Freunde in Moskau, die dafür sorgen, dass der europäische und auch der globale Rohstoffhandel gestört ist und dass unsere Bürger diese Preise zahlen müssen. Wenn Sie etwas tun wollen als AfD, dann starten Sie vielleicht mal eine diplomatische Initiative, geben Sie dem einen oder anderen bei Ihnen ein paar Dosen ins Gepäck und schicken ihn auf eine Reise nach Moskau. Sie können Herrn Tillschneider mit seiner Tasse noch mitnehmen. Und dann sprechen Sie mal mit Putin über Ihren Antrag und darüber, wie wir tatsächlich dauerhaft die Spritpreise für die Deutschen wieder senken können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die Linksfraktion hat die Kollegin Dr. Behrens das Wort. – Bitte schön!

Dr. Julia Behrens (LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Hohe Sprit- und Lebensmittelpreise belasten die Menschen in Berlin. Die AfD zeigt mit ihrem Antrag aber, dass es ihr nicht um diese belasteten Menschen geht. Die Maßnahmen, die die AfD in ihrem Antrag vorschlägt, sind sozial ungerecht und heizen die Klimakrise weiter an. Sie kommen überwiegend denen zugute, die eh schon genug haben, den Konzernen, die mit fossilen Energien in Krisenzeiten Übergewinne machen. Nach Berechnungen der britischen Tageszeitung The Guardian verdienten die 100 größten Öl- und Gaskonzerne im ersten Monat des Irankriegs 23 Milliarden US-Dollar an Zusatzgewinnen durch gestiegene Rohöl- und Treibstoffpreise. Das sind 30 Millionen US-Dollar pro Stunde.

Wenn es der AfD um die Menschen in unserer Stadt gehen würde, würden Sie auf langfristige Lösungen statt auf kurzfristige Flickerei setzen. Wenn es der AfD um die Menschen in unserer Stadt gehen würde, wüssten Sie, dass eine steigende Feinstaubbelastung schwere gesundheitliche Folgen hat. Wenn es der AfD um die Menschen in unserer Stadt gehen würde, wüssten Sie, dass die Folgen der Klimakrise arme Menschen und vulnerable Gruppen zuerst treffen.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Wenn es der AfD um die Menschen in unserer Stadt gehen würde, wüssten Sie, dass der Anteil der Autobesitzerinnen und Autobesitzer abnimmt, je geringer das Einkommen ist.

Die AfD setzt mit diesem Antrag eine jahrzehntelange Taktik der Freunde der fossilen Energielobby fort, die Kosten einer ökologischen Wende als zu hoch darzustellen, während man die Preise fossiler Energien künstlich niedrig hält. Sie tun so, als könnten wir uns Alternativen nicht leisten. Dabei können wir das nicht nur, wir müssen.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Wir verhandeln jetzt gerade für ein soziales und klimagerechtes Berlin, indem wir bestehende Risiken und Belastungen von Menschen anerkennen und dann echte Lösungen finden, die langfristig eine gute Zukunft sowie bezahlbare Energien für alle ermöglichen. Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr stärken. Dazu gehören verlässliche Busse und Bahnen – nicht ganz so wie heute Morgen – und bezahlbare Tickets. Das Sozialticket hilft Menschen mit wenig Einkommen, unabhängig von Spritpreisen von A nach B zu kommen. Wir wollen die Außenbezirke besser anbinden. Wir bauen den Rad- und Fußverkehr aus und machen ihn sicherer. All diese Maßnahmen wirken jahre- und jahrzehntelang. Mobilität darf weder vom Wohnort noch vom Autobesitz, Gesundheitszustand oder Geldbeutel abhängen. Mit einem stabilen, schnellen, günstigen und ökologischen öffentlichen Verkehr können die Menschen nachhaltig unterstützt werden, anstatt ihre Steuern an Konzerne zu verteilen.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Und da wir dank der AfD schon bei einem Bundesthema sind, weil Ihnen zu Berlin nichts einfällt: Dort setzen wir uns für ein günstigeres Deutschlandticket und für ein Klimageld als Flankierung der CO_2-Steuern ein.

Wir sind hier in Berlin aber auch nicht die einzigen, die gerade die Zukunft verhandeln. Wir kämpfen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stadt und Welt zusammen mit denen, die gerade in Antalya bei den Klimaverhandlungen sind. Wir sorgen dafür, dass Berlin Teil einer globalen Bewegung ist, die nicht aus scheinheiligen Gründen den Konzernen Geldgeschenke machen will, sondern für Klimagerechtigkeit kämpft.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben auf die Anmeldung von Redebeiträgen verzichtet, sodass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Vorgeschlagen wird die Überweisung des Antrags federführend an den künftig für Bundesangelegenheiten zuständigen Ausschuss sowie mitberatend an den künftig für Energie zuständigen Ausschuss sowie an den Hauptausschuss. – Widerspruch höre ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 stehen auf der Konsensliste.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9:

Das Recht aller Schüler auf bestmögliche Förderung verwirklichen – Elite-Schulen in Berlin einrichten und Hochbegabtenförderung systematisch stärken

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0015

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion und hier der Abgeordnete Tabor. – Bitte schön!

Tommy Tabor (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Berliner! § 1 des Berliner Schulgesetzes formuliert einen klaren Anspruch: Die Schule soll alle wertvollen Anlagen unserer Schüler zur vollen Entfaltung bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, Wissen und Können vermitteln. Dieser Auftrag gilt für jedes Kind, und er gilt nicht nur dann, wenn ein Kind besondere Unterstützung benötigt, weil es Lernrückstände hat. Er gilt ebenso für Kinder, die schneller lernen, komplexer denken und deutlich größere geistige Herausforderung benötigen. Ich will ausdrücklich klarstellen: Es geht hier nicht um die Beseitigung der Unterstützung von lernschwachen Kindern. Es soll weiterhin natürlich voll ausfinanziert sein. Es ist nämlich richtig und wichtig.

Wenn wir aber ausschließlich auf Defizite schauen, verlieren wir die Hochbegabten auf der anderen Seite völlig aus dem Fokus. Das kann nicht die Bildungsgerechtigkeit sein, von der Sie hier immer alle reden.

[Beifall bei der AfD]

Das Berliner Schulgesetz ist da eindeutig: § 4 Absatz 3 verpflichtet die Schulen, Schüler mit besonderen Begabungen und hohen kognitiven Fähigkeiten besonders zu fördern. Es ist also bereits geltendes Recht. Die entschei-

dende Frage lautet daher: Wie konsequent wird dieser Anspruch in der Praxis tatsächlich umgesetzt? Das muss verbindlich organisiert werden. Wo müssen wir nachjustieren? Was braucht es Neues?

Man gilt als hochbegabt, wenn man einen IQ von mindestens 130 hat. Das betrifft statistisch gesehen 2,3 Prozent der Bevölkerung, übrigens weltweit. In Berlin sind das ungefähr 760 bis 780 Kinder pro Jahrgang, also knapp 10 000 junge Menschen, die sich aktuell im Berliner Bildungssystem befinden. Berlin hat sieben Gymnasien mit Schnelllernerklassen. Dieses Angebot erkennen wir natürlich an, aber es beantwortet nicht die gesamte Frage der Hochbegabtenförderung. Ein Zugang nach der 4. Klasse mit Aufnahmeprüfung und schulischen Leistungskriterien ersetzt keine systematische Begleitung ab dem frühen Kindesalter. Gute Noten sind nicht dasselbe wie Hochbegabung. Gerade hochbegabte Kinder können unter ihren Möglichkeiten bleiben. Manche sind unterfordert, verlieren die Lernmotivation oder zeigen schwankende oder sogar schwache schulische Leistung. Bei Kindern, die zugleich etwa eine Lern- oder Entwicklungsbeeinträchtigung haben, können besondere Fähigkeiten zusätzlich verdeckt werden. Wer nur auf Zeugnisse schaut, übersieht möglicherweise genau die Kinder, die Unterstützung brauchen. Dabei müssen wir aber auch den Blickwinkel von der anderen Seite in den Fokus nehmen. Deshalb müssen wir früher ansetzen. Warum nutzen wir nicht die ohnehin vorhandenen Beobachtungs- und Entwicklungsprozesse in den Kitas, um besondere Interessen und außergewöhnliche Lernfortschritte systematisch wahrzunehmen? – Qualifizierte Beobachtung, Beratung der Eltern, geschulte Erzieher und bei begründetem Bedarf eine fachgerechte Diagnostik – all das muss verbessert werden. Wir brauchen klare Zuständigkeiten, eine Förderkette von der Kita über die Grundschule bis zur weiterführenden Schule. Dazu gehören Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, transparente Diagnosewege, verbesserte und verlässliche Beratungsangebote zur Vertiefung und Beschleunigung und zusätzliche Lernangebote.

Der vorliegende Antrag will diese Förderung systematisch stärken und mit sechs bis sieben öffentlichen Schulen ein zusätzliches Angebot schaffen. Wir brauchen diese Konzentration auf die Eliteschulen.

[Beifall bei der AfD]

Wir dürfen Hochbegabtenförderung nicht länger dem Zufall, dem Wohnort oder dem besonderen Engagement einzelner Lehrer überlassen, oder dass es Eltern durch Zufall irgendwie herausbekommen, dass ihr Kind hochbegabt ist. Jedes Kind hat ein Recht darauf, gefördert und gefordert zu werden. Wer nur dort unterstützt, wo Schwächen sichtbar sind, lässt vorhandene Stärken einfach verkümmern. Eine Stadt, die vorgibt, jedem Kind gerecht zu werden, kann sich nicht erlauben, ausgerechnet jene zu vernachlässigen, die das größte Potenzial mitbringen. Darum gilt: Schleifen wir unsere Rohdiamanten!

[Beifall bei der AfD]

Da ich noch ein bisschen Zeit habe, noch kurz zwei Worte zu Frau Dr. Behrens. Sie hatten unter anderem gerade die Klimakrise angesprochen. Frau Greta Thunberg, Ihre Lichtgestalt, lacht Sie mittlerweile aus, weil Sie immer noch dieser Klimakrise hinterherleben, und der wirtschaftspolitische Unsinn, den Sie noch von sich gegeben haben, ist wirklich absoluter Nonsens, denn die Industrie baut doch ab, es werden Arbeitsplätze verlagert, oder die Industrien gehen reihenweise in die Insolvenz. Wer soll denn bitteschön alles finanzieren, was Sie sich so Schönes vorstellen?

[Zuruf von Elina Schumacher (GRÜNE)]

Wer soll das alles finanzieren? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die CDU-Fraktion hat die Kollegin Khalatbari das Wort.

Sandra Khalatbari (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag beginnt mit einer berechtigten Frage und endet mit einer Weltanschauung. Über die Frage reden wir gern, über die Weltanschauung nicht – jedenfalls nicht in unseren Schulen.

Die Frage lautet: Werden hochbegabte Kinder in Berlin gut genug gefördert? – Dass sie Anleitungen brauchen und nicht von allein durchkommen, stimmt, aber die Antwort des Antrags greift unseres Erachtens zu kurz. Sechs Eliteschulen, offen nur für Kinder ab einem IQ von 130, verengt Begabung auf eine einzige Zahl, und es passt nicht zum inklusiven Schulsystem und Selbstverständnis unserer Berliner Schule. Berlin versteht Begabung breiter, nicht nur als kognitive Spitzenleistung, sondern als ganz unterschiedliche Potenziale. So sieht es auch die Bund-Länder-Initiative „Leistung macht Schule“ vor.

[Zuruf von Carsten Ubbelohde (AfD)]

Dabei sind die kognitiv Stärksten keineswegs hier in Berlin alleingelassen, im Unterricht fordern differenzierte Aufgaben sie heraus, dazu kommen schnelleres Lernen und zusätzliche Vertiefung. In sieben Berliner Gymnasien lernen hochbegabte Kinder, fest verankert in Schnelllernerklassen, am Nachmittag gibt es Begabtengruppen, online die Digitale Drehtür, in den Ferien die JuniorAkademie auf Scharfenberg. Dort treffen Kinder auf Gleichgesinnte, ohne dass dafür ein ganzes Schulsystem umgebaut werden muss.

Auch bei der validen Diagnostik ist Berlin weiter, als der Antrag unterstellt. Das Testverfahren wurde gemeinsam mit Wissenschaftlern aus Kognitionswissenschaft und psychologischer Diagnostik neu gefasst. Gehen Testergebnisse und Zeugnisnoten stark auseinander, zählt der Test mehr. Damit kommen gerade die sogenannten Underachiever zum Zug – Kinder mit großem Potenzial und schwächeren Noten. Um die sorgt sich der Antrag, Berlin, die SenBJF, handelt. Der Antrag widerspricht zudem sich selbst. Er rechnet vor: Rund 130 Hochbegabte pro Schule und Jahrgang, wenn alle denn kämen. Zugleich verlangt er Rangfolgen und ein Verfahren bei Punktgleichheit. Entweder ist Platz für alle, oder es gibt einen Überhang, aber beides geht irgendwie nicht.

Die Schüler sollen ausschließlich unter ihresgleichen lernen, was angeblich „nicht zur gesellschaftlichen Absonderung“ führen soll. Wer Kinder ab einem IQ von 130 bündelt, sondert sie ab.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN –
Beifall von Dr. Maja Lasić (SPD)]

Dann der eigentliche Kern: Diese Schüler sollen „Verantwortung für die Erziehung des Volkes“ übernehmen – im Geist von „preußischem Pflichtbewusstsein“, mit einem eigenen Lehrplan. Das ist nicht der Auftrag von Schule. Schule vermittelt Wissen, Urteilsfähigkeit und demokratische Werte, sie erzieht nicht auf ein Weltbild hin. Dafür steht der Beutelsbacher Konsens mit seinem Überwältigungsverbot auch für Eliteschulen. Der Antrag selbst sagt: Hochbegabung ist eine Fähigkeit, keine Tugend. Eine Tugend wollen Sie dann irgendwie trotzdem verordnen. Statt neue Elitestrukturen zu schaffen, sollten wir weiterentwickeln, was wir bereits haben, Angebote vernetzen, bedarfsgerecht ausbauen, mit zum Beispiel weiteren Schnelllernerklassen in Gymnasien, sodass alle zwölf Bezirke berücksichtigt werden, und Lehrkräfte so qualifizieren, wie wir das ja mit dem BLiQ machen, damit sie Begabungen erkennen und auch dort gut diagnostizieren können, wo sie sich hinter schwächeren Noten oder einer Beeinträchtigung verstecken. Das ist Bildungsgerechtigkeit. Jedes Kind bekommt das, was es individuell braucht, in einem inklusiven Schulsystem, das niemanden aussortiert. Ihren Antrag lehnen wir ab.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Mathias Schulz (SPD)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Die Linksfraktion hatte auf die Anmeldung eines Redebeitrags verzichtet, sodass die SPD-Fraktion und damit Frau Dr. Lasić jetzt das Wort hat. – Bitte schön!

Dr. Maja Lasić (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie viele hier im Raum, melde auch ich mich heute aus dem Maschinenraum der Koalitionsverhandlungen. Sie müssen sich vorstellen: Wir sitzen zusammen mit unterschiedlichen Vorstellungen, wie wir den Berliner Bildungsbereich weiterentwickeln, wir diskutieren über verschiedene Ideen, kämpfen um Wortlaute, wie wir jedem Berliner Kind gerecht werden können. Ich komme aus diesem Maschinenraum und finde diesen Antrag vor; unterschiedlicher könnten die Welten nicht sein – die, aus der ich komme, und das, was ich in diesem Antrag vorfinde.

Ich gehe gleich inhaltlich auf das Thema Begabung ein, aber ich muss erst mal die AfD ernsthaft fragen: Ist das das Thema, das Sie als erstes im Bildungsbereich einbringen? Ist das das Thema, von dem Sie sagen, dass das die Bildungsagenda der AfD definiert? – Ich sage: Hier zeigt die AfD ihr wahres Gesicht. Das Motto der AfD, überall sonst, aber auch im Bildungsbereich, heißt: Wir segregieren, wo es irgendwie geht. Wir packen geflüchtete Kinder in eine Klasse, wir packen hochbegabte Kinder in eine andere Klasse. Dann erfinden wir neue Kategorien, nach denen wir segregieren. Was bleibt am Ende übrig? Wo bleibt der Ort, an dem wir unseren Kindern beibringen, wie man diese Gesellschaft zusammenhält? Oder haben Sie gar kein Interesse an gesellschaftlichem Zusammenhalt? – Das würde ich Ihnen nämlich an dieser Stelle angesichts solch eines Antrags unterstellen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN]

Das Thema Hochbegabung ist eines, dem sich jeder in diesem Raum stellen muss – und demokratische Parteien tun das auch. Wir haben auch Entwicklungen in diesem Bereich. Das Thema Bega, die Programme, mit denen wir das tun, und die verschiedenen Arten der Schulstruktur versuchen eine Antwort darauf zu finden, die Hochbegabtenklassen an unseren Gymnasien und die Förderung in der Breite der verschiedenen Sorten der Begabung sind schon genannt worden. Es ist also nicht so, dass irgendjemand auf die AfD gewartet hätte, um das Thema Hochbegabung zu adressieren. Das Thema ist im Raum. Wir werden bei den Koalitionsverhandlungen darüber sprechen, wie wir das weiterentwickeln, immer mit der Vorstellung davon, dass wir jedem Kind in diesem System weiter gerecht werden wollen. Was wir dabei nicht brauchen, sind solche Anträge der AfD, mit denen nur gehetzt und segregiert wird. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der SPD,
der LINKEN und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Tabor zu einer Zwischenbemerkung. – Bitte schön!

Tommy Tabor (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Frau Dr. Lasić! Wie oft wir jetzt hier schon unser wahres Gesicht gezeigt haben; Sie müssten uns jetzt schon richtig gut kennen, besser als wir selbst mittlerweile, so oft wie Sie in unser wahres Gesicht geblickt haben. Wahnsinn, ich bin begeistert!

[Zurufe von Tobias Schulze (LINKE), Lars Düsterhöft (SPD) und Dr. Maja Lasić (SPD)]

Warum ist das unser erster Antrag im Bildungsbereich, die Eliteschulen für Hochbegabte? – Weil es auch ein Gegenentwurf sein soll zu Ihrer Gleichmacherei, zu Ihren gleichmacherischen Gemeinschaftsschulen, wo eines herauskommen wird, nämlich nichts, nur schlechte Bildung für die jungen Leute. Da muss man einfach auch mal ein Zeichen setzen, und das machen wir hier. Wir wollen auch, dass diese Kinder, die es einfach verdient haben, die Förderung zu bekommen, die ihnen zusteht, sie auch wirklich erhalten. In Gemeinschaftsschulen werden sie sie nicht bekommen, denn Sie wollen – das ist Ihr Langfristziel, Sie haben es schon ein paar Mal in den letzten Jahren in den Ausschüssen durchblicken lassen – auch das Gymnasium immer weiter einstampfen. Indem es nicht mehr weiter durchfinanziert wird und so weiter, soll es verfallen, und dann soll daraus irgendwann mal eine Gemeinschaftsschule werden. Das wollen wir nicht zulassen. Die Bürger in dieser Stadt brauchen auch ein Gegenangebot, und wir werden es liefern.

[Beifall bei der AfD]

Davon mal abgesehen tun Sie mal wieder so, als würde alles wunderbar laufen in dieser Stadt. Sie sprachen auch über Selektion. Wir sehen genau, was passiert, wenn man nicht etwas homogenere Klasseneinheiten oder homogenere Schulen schafft: Es funktioniert nämlich gar nichts mehr im Bildungsbereich.

[Tobias Schulze (LINKE): So wie in Finnland oder Schweden!]

Wir haben überforderte Lehrer, überforderte Schüler, überforderte Behörden, überforderte Eltern.

[Zuruf von Franziska Brychcy (LINKE)]

Wie weit wollen Sie das denn noch treiben? Bis wir im Bildungsranking irgendwann ganz unten sind und, was weiß ich, mit Burkina Faso verglichen werden? – Das kann doch nicht unser Anspruch sein in einer Hauptstadt in Europa. Wir wollen hier Spitzenleistung haben, und deswegen brauchen wir auch diese Hochbegabtenförderung.

[Beifall bei der AfD]

Darüber hinaus wachen wir ja nicht frühmorgens auf und denken: Ach, jetzt schreiben wir mal einen Antrag zu Eliteschulen für die Hochbegabtenförderung –,

[Franziska Brychcy (LINKE): Das ist passiert! – Dr. Maja Lasić (SPD): Genau das ist passiert!]

sondern, und das glauben Sie hier immer nicht, wir sprechen natürlich auch mit den Leuten. Wir kommen nämlich aus der Mitte der Gesellschaft, im Gegensatz zu Ihnen, Sie kommen nur aus dem linken Spektrum.

[Beifall bei der AfD]

Zu uns kommen die Eltern, die sagen: Mann, es wird zu wenig getan im Bereich der Hochbegabtenförderung. – Man spricht mit aktiven und inaktiven Lehrern, mit aktiven und inaktiven Rektoren. Man spricht mit Leuten aus der Verwaltung, auch wenn Sie uns das nicht zugestehen wollen, aber wir sprechen mit denen. Da wird uns halt kundgetan, dass es da eine große Lücke im Berliner Bildungssystem gibt. Dementsprechend hat sich daraus dieser Antrag entwickelt, und er ist gut und richtig und wird sich auch langfristig durchsetzen, ob Sie wollen oder nicht. Wir werden ihn einfach in fünf Jahren noch einmal stellen. Dann werden wir noch größer sein, und Sie werden kleiner sein, Sie werden wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sein, und dann werden wir das einfach durchziehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD – Zuruf von der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann hat zur Erwiderung die Kollegin Dr. Lasić das Wort.

[Zuruf von der AfD]

Dr. Maja Lasić (SPD):

Herr Tabor, Sie haben es schon richtig gesagt: Ich habe leider schon zehn Jahre Erfahrung damit, an dieser Stelle ständig Bildungsanträge der AfD abarbeiten zu dürfen und zu müssen. Das heißt, ich kann zum jetzigen Zeitpunkt leider sagen, ich kenne Ihr Gesicht und Ihre Ansichten zu gut, und da ist nichts Gutes aus dieser Ecke des Parlamentes zu erwarten.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Uh!]

Was die Qualität des Antrags betrifft, sage ich Ihnen, wie das wahrscheinlich stattgefunden hat: Irgendjemand ist morgens aufgewacht und hat die Bitte in ChatGPT eingetippt: Bitte spuck mir irgendeinen Antrag aus! – Das ist das Niveau der Sätze, die sich in diesem Antrag wiederfinden. Es ist eine Schande, dass wir uns überhaupt in diesem Plenum damit befassen müssen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN]

Weil Sie jetzt Expertinnen und Experten aus der Breite angeführt haben: Wir reden viel mit den Expertinnen und Experten aus der Breite. Deswegen fühle ich mich jetzt auch getriggert, tatsächlich die Namen der Expertinnen und Experten und Schulleitungen unserer grundständigen Gymnasien zu nennen. Ich bin mir hundertpro sicher, dass zum Beispiel der Schulleiter Herr Roth vom Humboldt-Gymnasium von Ihrer Idee, die Sie da hatten, nichts hält, weil er sehr behutsam darauf achtet, einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Anspruch auf der einen Seite, Kindern mit Hochbegabung gerecht zu werden, und auf der anderen Seite diesen Kindern beizubringen, trotzdem ein Teil dieser Gesellschaft zu sein.

[Zurufe von Richard Gamp (CDU)
und Frank Scheermesser (AfD)]

Das ist das Ziel, das wir an jeder Stelle erreichen müssen: auf der einen Seite der Begabung des Kindes gerecht zu werden und ihm trotzdem den Weg in dieser Gesellschaft zu ebnen. Ihre segregierenden Klassen und Schulen, die Sie hier permanent einbringen, werden diesem Anspruch nicht gerecht. Sie sprechen nicht im Namen der Pädagogen. Das tun die anderen Parteien in diesem Raum. Hören Sie auf, es immer wieder zu behaupten!

[Dr. Kristin Brinker (AfD): Es triggert Sie,
das ist gut!]

– Ja, es triggert mich, denn danach kommen die Schulleitungen zu uns, und die Schulleitungen sagen dann: Bitte schützen Sie uns!

[Lachen bei der AfD]

Schützen Sie uns vor der AfD! – Ja! Sie können lachen, so viel Sie wollen.

[Beifall bei der SPD,
der LINKEN und den GRÜNEN –
Zurufe von der AfD]

Ich habe in meinem Leben schon viermal oder fünfmal Frau Gryczke, die Schulleiterin der Gustav Falke Grundschule im Brunnenviertel, vor Ihnen schützen müssen, weil Sie permanent zu Felde ziehen mit Ihrem pädagogischen Ansatz.

[Jan-Philip Streeck (AfD): Ist die
auch SPD-Mitglied? –
Weitere Zurufe von der AfD]

Unsere grundständigen Gymnasien, keines von denen will von Ihnen gefördert werden. Sie tun so, als ob Sie für sie sprechen. Das sind reine Behauptungen. Die anderen demokratischen Parteien stehen für sie. Das sind alles Lügen, die Sie unterbreiten an dieser Stelle, und wir stellen sie richtig. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD,
der LINKEN und den GRÜNEN –
Zuruf von Dr. Kristin Brinker (AfD)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat auf die Anmeldung eines Redebeitrags verzichtet, sodass keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Vorgeschlagen wird die Überweisung des Antrags an den künftig für Bildung zuständigen Ausschuss sowie an den Hauptausschuss. – Widerspruch höre ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Die nächste Plenarsitzung findet am Donnerstag, den 26. November 2026, um 10 Uhr statt. Die Sitzung ist damit geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 13.27 Uhr]

Anlage

Konsensliste

Vorbehaltlich von sich im Laufe der Plenarsitzung ergebenden Änderungen haben Ältestenrat und Geschäftsführer der Fraktionen vor der Sitzung empfohlen, nachstehende Tagesordnungspunkte ohne Aussprache wie folgt zu behandeln:

Lfd. Nr. 5:

Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß § 32 Abs. 5 Satz 2 GO Abghs
Drucksache 20/0017

zur Kenntnis genommen

Lfd. Nr. 7:

Unterstützung für Alleinerziehende: Flexible Kinderbetreuung berlinweit bedarfsgerecht sicherstellen

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0013

vertagt

Lfd. Nr. 8:

Kurzzeitwohnen für versorgungsintensive junge Menschen ermöglichen – das „einePause-Haus“ verwirklichen

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 20/0014

vertagt